



DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„Flüchtlingswellen“ in Österreich

Diskursanalytische Aufbereitung der Darstellung
in der österreichischen Tageszeitung „die Presse“ seit 1955

verfasst von / submitted by

Carina Huber

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2018 / Vienna, 2018

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 190 313 299

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lehramtsstudium UF Geschichte, Sozialkunde,
Polit.Bildg. UF Psychologie und Philosophie UniStG

Betreut von / Supervisor:

Assoz. Prof. Dr. Annemarie Steidl, Privatdoz.

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung und Forschungsfrage	1
2. Forschungsstand.....	4
3. Methodik.....	6
4. Korpusbildung	10
4.1. Über <i>Flüchtlinge</i> und <i>Flüchtlingswellen</i>	11
4.1.1. <i>Flüchtlingswellen</i>	12
4.1.2. <i>Anzahl flüchtender Personen in Österreich seit 1955</i>	20
4.2. Zeitungen als Massenmedium.....	25
4.3. Forschungsfrage.....	29
5. Kontextanalyse.....	29
5.1. Historischer Kontext	30
5.1.1. <i>Migration in Österreich</i>	30
5.1.2. <i>Rechtliche Rahmenbedingungen</i>	34
5.2. Medialer Kontext	38
5.2.1. <i>Geschichte der Massenmedien</i>	39
5.2.2. <i>Massenmedien und Diskurs</i>	41
5.2.3. <i>Medienpolitik</i>	43
5.3. Institutioneller Kontext.....	44
5.3.1. <i>Die Österreichische Presselandschaft</i>	44
5.3.2. <i>Geschichte der Zeitung „Die Presse“</i>	46
6. Analyse der Aussagen	49
6.1. Makrostruktur.....	50
6.1.1. <i>Ungarischer Volksaufstand (1956/1957)</i>	54
6.1.2. <i>Prager Frühling (1968)</i>	58
6.1.3. <i>Solidarnosc Bewegung (1981)</i>	61
6.1.4. <i>Umsturz in Rumänien (1989/1990)</i>	64
6.1.5. <i>Zerfall Jugoslawiens und die „Migrationskrise“ der 1990er</i>	69
6.1.6. <i>Öffnung der Grenzen in Österreich (2015)</i>	75
6.2. Mikrostruktur.....	77
6.2.1. <i>Von der „Welle der Hilfsbereitschaft“ zur „Flüchtlingswelle“</i>	77
6.2.2. <i>„Es muss immer etwas geschehen, dass etwas geschieht.“</i>	80

6.2.3. „Eine einzige falsche Zahl“	83
6.2.4. Österreich als „Transitlager des Kontinents“	85
6.2.5. Die „gute österreichische Tradition“	86
7. Diskursanalyse.....	89
7.1. Frames und <i>Wellen</i> – Enthumanisierung durch Begriffe	90
7.2. „Wir“ und „die Anderen“ –Opferrolle Österreichs	93
7.3. Rassismus und Antimuslimismus – „falsche“ <i>Flüchtlinge</i>	95
7.4. Angemessenheit und Verantwortung – Was ist „sagbar“?	97
8. Resümee und Ausblick	98
9. Verzeichnis	103
9.1. Abbildungsverzeichnis	103
9.2. Tabellenverzeichnis.....	103
9.3. Literaturverzeichnis	104
9.4. Quellenverzeichnis.....	111
10. Anhang.....	119

1. EINLEITUNG UND FORSCHUNGSFRAGE

Sogenannte *Flüchtlingswellen*¹ sind in Österreich derzeit omnipräsent. Auch knapp drei Jahre nach Beginn der *Flüchtlingskrise* vergeht kaum ein Tag, an dem nicht in der einen oder anderen Art *Flüchtlinge* oder das Asylverfahren in Österreich in den Medien thematisiert werden.

Den Beginn zu einer ausführlicheren Auseinandersetzung mit der Thematik markierte bei mir persönlich der erste Jahrestag der sogenannten *Öffnung der Grenzen* im Herbst 2015. Es gibt wohl nur wenige Geschehnisse, die bei einer großen Anzahl an Menschen im Gedächtnis bleiben und zu welchen viele sogar sagen können, wo sie sich zu dem betreffenden Zeitpunkt aufgehalten und was sie getan haben. Der 05.09.2015 dürfte einer jener Tage sein. Ich kann mich noch genau daran erinnern, dass ich beim Frühstück über der Tageszeitung mit meinem Lebensgefährten darüber gesprochen habe, dass dies wohl einer dieser historischer Momente sein würde.

Knapp drei Jahre später hat sich der öffentliche Diskurs in Österreich von der sogenannten *Willkommenskultur* hin zu *Obergrenzen* und einer restriktiveren Politik gegenüber flüchtenden Personen verändert. So erscheint es für mich umso bedeutsamer, den Diskurs rund um flüchtende Personen in einem größeren Kontext zu sehen um so weg von einer reinen *Stammtischkultur* und hin zu einer differenzierteren Betrachtung dieser Thematik zu gelangen.

Für mich stellte sich schnell die Frage, was genau eine *Welle an Flüchtlingen* definieren soll und wie hier in den Medien mutmaßlich mit bestimmten, speziell ausgewählten Begriffen in eine bestimmte (politische) Richtung gearbeitet wird. Die Erkenntnisse dieser Arbeit sollen einen Gegenpol zu einer möglichen Vereinnahmung von Begrifflichkeiten im Kontext des Diskurses um flüchtende Personen darstellen. Die weitreichende Bedeutung der Nutzung von bestimmten Begrifflichkeiten erweist sich im Kontext sämtlicher Diskurse als wesentlich.

¹ *Anmerkung:* Da sich die vorliegende Diplomarbeit unter anderem mit der Wirkmacht von Begrifflichkeiten beschäftigt, werden möglicherweise problematische Schlagwörter der besseren Lesbarkeit halber in Kursiv geschrieben, anstatt sie in Anführungszeichen zu setzen.

Hannah Arendt schrieb in diesem Zusammenhang schon 1943 in ihrem Essay „We refugees“:

In the first place, we don't like to be called "refugees". We ourselves call each other "newcomers" or "immigrants." [...] A refugee used to be a person driven to seek refuge because of some act committed or some political opinion held. Well, it is true we have had to seek refuge; but we committed no acts [...]. With us the meaning of the term "refugee" has changed. Now "refugees" are those of us who have been so unfortunate as to arrive in a new country without means and have to be helped by Refugee Committees.²

Im Zuge meiner ersten Recherche über die Geschichte des Asylwesens sowie Zahlen zu flüchtenden Personen in Österreich im Laufe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war häufig von sogenannten *Flüchtlingswellen* die Rede. Auf der Homepage des Bundesamtes für Statistik Österreich ist beispielsweise in der Zusammenfassung zum Thema „Asyl“ zu lesen: „Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die *Flüchtlingswellen* der Jahre 1956 aus Ungarn, 1968 aus der damaligen Tschechoslowakei und 1981/82 aus Polen.“³ Auch in dem von der Stadt Wien (Magistratsabteilung 18) herausgegebenen Werkstattbericht zum „Zusammenleben in Wien. Einstellungen zu Zuwanderung und Integration“ ist die Rede von *Flüchtlingswellen*, die verschiedene europäische Gesellschaften (neben Österreich beispielsweise auch Deutschland) stark betroffen hätten⁴, sowie weiters:

Nach dem Volksaufstand in Ungarn im Jahr 1956 flüchteten zum Beispiel über 180.000 Menschen nach Österreich. Die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 und die Ausrufung des Kriegsrechts in Polen im Jahr 1981 führte zu ähnlichen Flüchtlingswellen.⁵

Es zeigt sich daher, dass der Begriff der *Flüchtlingswelle* bisher auch von staatlichen Institutionen nicht als problematisch angesehen wurde bzw. nach wie vor durchaus Gebrauch findet. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Sprach- und KognitionsforscherInnen wie Elisabeth Wehling darauf hinweisen, dass schon „kleinste Änderungen in der Wortwahl zu erheblichen Unterschieden und auch Verschiebungen in

² We Refugees. In: Robinson, Marc (Hg.). *Altogether Elsewhere. Writers on Exile* (Boston/London 1996) online unter <http://www-leland.stanford.edu/dept/DLCL/files/pdf/hannah_arendt_we_refugees.pdf> abgerufen am 05.03.2018 110.

³ Bundesanstalt Statistik Österreich. Asyl. online unter <http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/wanderungen/asyl/index.html> abgerufen am 05.03.2018.

⁴ Vgl. Verwiebe, Roland. Haindorfer, Raimund. Seewann, Lena et al (2015): *Zusammenleben in Wien. Einstellungen zu Zuwanderung und Integration*. In: Stadt Wien, Magistratsabteilung 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung (Hg.). (Werkstattbericht 152, Wien 2015) 14.

⁵ Ebda 14.

der politischen Meinungsbildung führen“.⁶ In einem weiteren Interview mit dem SRF geht sie darauf ein, dass die dauerhafte Nennung bestimmter Begrifflichkeiten und Schlagwörter über einen längeren Zeitraum hinweg ihrer Ansicht nach die beste Methode ist „um langfristig das Denken einer Gemeinschaft so zu prägen, dass der Begriff oder die Idee „Common Sense“ wird.“ Im Hinblick auf den Diskurs um flüchtende Personen ist es daher durchaus möglich, dass bestimmte Begrifflichkeiten sich durch die andauernde Nutzung im Denken der Gesellschaft manifestieren und die Gesellschaft und ihre Sicht auf bestimmte Ereignisse (wie eine *Flüchtlingswelle*) negativ oder positiv beeinflussen.⁷

Im Hinblick auf die Wirkmacht gewisser Schlagwörter und Begrifflichkeiten geht die Journalistin Sieglinde Geisel näher auf deren Instrumentalisierungsmöglichkeiten durch die Politik ein:

„Wenn von „Flüchtlingswelle“, von Fluten und Strömen die Rede ist, ducken wir uns instinktiv. Menschen sehen wir dabei keine, denn die Worte haben sie in unserem Bewusstsein in reißende Wassermassen verwandelt. Wir bekommen Panik und sind bereit, alles zu tun, um diese bedrohliche (und wohl auch schmutzige) Flut draußen zu halten. Wer die Wassermetaphern benutzt, will damit genau das erreichen.“⁸

Sie weist ebenso darauf hin, dass die Größe der *Masse* der Menschen auch Einfluss auf unsere Empathie hat. Sie nimmt als Beispiel das Bild des toten syrischen Kindes am Strand, das im Jahr 2015 medial große Resonanz hervorrief, während die viel häufigeren Meldungen einer viel größeren Anzahl an Flüchtenden, die auf ihrem Weg nach Europa auf unterschiedlichsten Wegen sterben, kaum (mehr) wahrgenommen werden.⁹

Es erscheint daher durchaus wichtig zu sein, zu betrachten, wie sich bestimmte Begrifflichkeiten im Zuge des Diskurses um flüchtende Personen in Österreich im Laufe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bis zur Gegenwart verändert haben. Diesbezüglich

⁶ Vgl. Wyss, Samuel. Flüchtlinge oder Flüchtende? Sprache ist Politik (Interview mit der Sprachwissenschaftlerin Elisabeth Wehling vom 25. Februar 2016, SRF Schweizer Radio und Fernsehen) online unter <<http://www.srf.ch/news/international/fluechtlinge-oder-fluechtende-sprache-ist-politik>> abgerufen am 05.03.2018.

⁷ Vgl. Bruckner, Johanna. „Aktuell spielen alle Parteien der AfD in die Hände“ (Interview mit Elisabeth Wehling) In Süddeutsche Zeitung vom 17.02.2016 online unter: <<http://www.sueddeutsche.de/kultur/sprache-in-der-fluechtlingsdebatte-das-wort-fluechtling-richtet-schaden-an-1.2864820>> abgerufen am 05.03.2018.

⁸ Geisel, Sieglinde. Geflüchtete versus Asylanten. Begriffe drücken Einstellungen aus. In: Deutschlandradio Kultur 10.09.2015 online unter <http://www.deutschlandradiokultur.de/gefluechtete-versus-asylanten-begriffe-druecken.-1005.de.html?dram:article_id=330623> abgerufen am 05.03.2018.

⁹ Vgl. Ebda.

stellt sich auch die Frage nach der Bedeutung der Begriffe sowie die Assoziationen, die mit den Begrifflichkeiten einhergehen. Schließlich löst ein Begriff wie jener der *Flüchtlingswelle* etwas in Menschen aus und kann von unterschiedlichen Akteuren des Diskurses zu bestimmten Gründen gezielt eingesetzt werden.

Die vorliegende Arbeit befasst sich demnach mit der Frage, wie sich der Diskurs in Österreich rund um sogenannte *Flüchtlingswellen* in diesem Zeitraum verändert hat. Im Zuge dessen soll ebenfalls beantwortet werden, wie sich Begrifflichkeiten wie die *Flüchtlingswelle* im Diskurs um Flüchtende in Österreich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bis hin zur Gegenwart verändert haben.

2. FORSCHUNGSSTAND

In diesem Kapitel soll der aktuelle Forschungsstand zu diesem Gebiet erläutert und ein Anknüpfungspunkt für die vorliegende Arbeit geboten werden. Generell zeichnet sich die wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet des Asyls in Österreich vor allem im Hinblick auf die Vielfalt der Literatur zur Migration und Integration in Österreich aus.

Wiebke Sievers wurde in diesem Zusammenhang vom Bundesministerium für Inneres in den Jahren 2011 und 2012 damit beauftragt, eine Studie zum Stand der Forschung auf diesen Gebieten durchzuführen. Zusammen mit ihren MitarbeiterInnen fand sie 3.131 Werke für ihre Datenbank. Die Zahl der Werke mit betreffender Thematik dürfte in den letzten Jahren wohl aufgrund des aktuellen Bezugs von Migration und Integration gestiegen sein. Frau Sievers schlüsselte in ihrer Studie auf, dass nur 84 der 3.131 Werke einen inhaltlichen Fokus auf AsylwerberInnen vorweisen. 37 beschäftigen sich mit der Thematik um *Flüchtlinge*. Im Gegenzug dazu machte Sie 316 Werke aus, die sich mit Asylrecht beschäftigen. Sie subsumiert die gefundenen Werke weiters unter Themenbereichen, wobei eines davon den Bereich „Geschichte“ darstellt. Diese Thematik befindet sich in der Themenverteilung im unteren Drittel zwischen „Kultur“ und

„Wohnen“. Die meisten Werke fanden Frau Sievers und ihre KollegInnen zum Thema „Recht“ gefolgt von „Politik“.¹⁰

Mehrfach sind im Zuge der Recherche zu „Asyl“ und „Migration“ in Österreich die beiden von Heinz Fassmann herausgegeben Integrationsberichte aufgekommen. Im ersten Bericht aus dem Jahre 2003 wird dabei ein ganzes Kapitel für die Aufarbeitung des Begriffs der „Grenzüberschreitenden Wanderungen“¹¹ verwendet. Ebenfalls umfassend recherchiert wurde in Patrik-Paul Volfs „Der politische Flüchtling als Symbol der Zweiten Republik“¹², der in diesem Artikel einen Bogen über die Entwicklung der Zahlen der Flüchtenden, die politischen Reaktionen auf diese, bis hin zu Gesetzesänderungen spannt. Etwas aktueller ist der Artikel von Werner T. Bauer über „Zuwanderung nach Österreich“ aus seiner Studie aus dem Jahr 2008, der damit ein kompaktes Bild über Österreich als Asylland erstellt hat.¹³

Die Auswirkungen von Begrifflichkeiten bzw. Sprache auf Menschen ist sowohl als Gegenstand der wissenschaftlichen Disziplin der Soziolinguistik als auch jener der Kognitionsforschung umfassend erforscht. In diesem Zusammenhang genießen Konzepte, wie jene des „politischen Framings“¹⁴ von Elisabeth Wehling, zusehends Aufmerksamkeit.

Ein Standardwerk auf dem Gebiet der Linguistik ist in Hinblick auf Begrifflichkeiten, wie jene der *Flüchtlingswellen*, George Lakoffs und Mark Johnsons „Leben in Metaphern“¹⁵. Deren Metaphertheorie ist seit knapp vier Jahrzehnten für zahlreiche interdisziplinäre Ansätze und Arbeiten in den oben genannten Gebieten als Ausgangspunkt zu sehen.

¹⁰ Vgl. Sievers, Wiebke. Migrations- und Integrationsforschung in Österreich. Literaturdatenbank und Forschungsstand (SIAK-Journal, Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis 4 Wien 2012) online unter: <http://dx.doi.org/10.7396/2012_4_B> abgerufen am 05.03.2018 12-18.

¹¹ Vgl. Münz, Rainer. Zuser, Peter. Kytir, Josef. Grenzüberschreitende Wanderungen und ausländische Wohnbevölkerung: Struktur und Entwicklung. In: Fassmann, Heinz. Stacher, Irene (Hg.). Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen- sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen (Wien 2003) 20-61.

¹² Vgl. Volf, Patrik-Paul. Der politische Flüchtling als Symbol der Zweiten Republik. Zur Asyl- und Flüchtlingspolitik in Österreich seit 1945. In: Zeitgeschichte 11-12, 22. Jahrgang (Wien 1995) 415-436.

¹³ Vgl. Bauer, Werner T. Zuwanderung nach Österreich (Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (Wien 2008) online unter: <http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/zuwanderung_nach_oesterreich_studie2008_oegpp.pdf> abgerufen am 07.09.2016.

¹⁴Vgl. Wehling, Elisabeth. Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht (Köln 2016).

¹⁵Vgl. Lakoff, George. Johnson, Mark. Leben in Metaphern. Konstruktion und Gebrauch von Sprachbildern (Heidelberg 2014).

Zudem kam es in den letzten Jahren im universitären Kontext zu diskursanalytischen Auseinandersetzungen zu den Themen Migration sowie Asyl in Österreich. Dies ist wohl auf die Aktualität der Themen sowie die zunehmende Beliebtheit von wissenschaftlichen Ansätzen, die unter der Diskursanalyse zu subsummieren sind bzw. die in dieser wurzeln, zurückzuführen. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Dissertation von Johannes Gold¹⁶, der eine umfassende Geschichte zur Darstellung der Migration in Österreich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sowie dem Beginn des 21. Jahrhunderts erarbeitet hat. Dieser analysiert in seiner Arbeit neben Nationalratssitzungsprotokollen auch Artikel aus „Kronen Zeitung“, „Der Standard“ und „Die Presse“ im Zuge einer Diskursanalyse nach Jäger. Dies allerdings nicht im Hinblick auf die sogenannten *Wellen*, sondern auf die mediale Berichterstattung an den drei Tagen, die auf eine Nationalratssitzung folgten, in der bestimmte von ihm vorgegebene Themenbereiche aufgegriffen wurden.¹⁷ Eine umfassende Betrachtung der Entwicklung des Diskurses in Bezug auf *Flüchtlinge*, die in sogenannten *Flüchtlingswellen* auftreten bzw. auf Begrifflichkeiten, die den Diskurs rund um Asyl und *Flüchtlinge* in Österreich bestimmen, wurde bisher jedoch nicht vorgenommen.

3. METHODIK

Nach diesem Einstieg in das Themengebiet stellt sich im nächsten Schritt die Frage, wie eine derartige Analyse überhaupt vonstattengehen kann und welche Methode sich dafür eignen würde. Für die erwähnte Analyse ist ein passendes Regelwerk obligatorisch, das die Vergleiche sowie die Darstellung der eventuell auftretenden Veränderungen überhaupt erst ermöglicht.

Die für diese Arbeit ausgewählte Systematik orientiert sich an jener des Standardwerkes der historischen Diskursanalyse nach Achim Landwehr.¹⁸ Dieser nimmt Foucaults Diskursbegriff als Ausgangspunkt und versucht mithilfe weiterer Theorien zum Begriff des Diskurses (wie bspw. von Habermas oder Bourdieu) für die Methode der historischen

¹⁶ Vgl. Gold, Johannes. Der Diskurs über Migration in Politik und Medien im Verlauf der österreichischen Zweiten Republik (ungedr. Diss. Universität Wien 2013).

¹⁷ Vgl. Ebda 50 sowie 53.

¹⁸ Vgl. Landwehr, Achim. Historische Diskursanalyse (Frankfurt/New York 2009).

Diskursanalyse eine Art Handlungsrahmen, einen methodischen Vorschlag zur Arbeit für Historiker, zu erarbeiten.

Ein Diskurs ist für Landwehr ein „Begriff mit einem sehr weiten Bedeutungsspektrum“¹⁹ wobei sich „sein (reflektierter) wissenschaftlicher Einsatz immer auf Untersuchungen des Sprach und Zeichengebrauchs“²⁰ richtet. Der Diskursbegriff zeichnet nach seiner Ansicht ein „Analyseinstrument“ aus, das dazu dienen soll, bestimmte Phänomene zu fassen, die mit zuvor vorhandenen begrifflichen Möglichkeiten nicht zu fassen waren.“²¹ Wobei ihm wichtig ist darauf hinzuweisen, dass Diskurse die Wirklichkeit keineswegs abbilden, sondern sie (mit dem dazu gehörigen Wissen) überhaupt erst hervorbringen und das Sagbare, Denkbare und Machbare regeln.²² Landwehr legt auch großen Wert auf die zentrale Bedeutung der Sprache für die Geschichtswissenschaft und ihren Methoden hinzuweisen, da die Geschichtswissenschaft (im Gegensatz zu bspw. Humanwissenschaften) in hohem Maße von der Sprache abhängig und das Geschriebene und auch Gesprochene daher sowohl im Studium als auch der Forschung von höchster Bedeutsamkeit sei.²³

Um die historische Diskursanalyse in Bezug zu anderen wissenschaftlichen Methoden zu setzen und damit abgrenzen zu können, welche der Methoden für die vorliegende Arbeit geeignet ist, ist es jedoch ebenfalls notwendig, die Definition von Andreas Diekmann zu erwähnen, der angibt, eine Inhaltsanalyse ganz generell befasse sich „mit der systematischen Erhebung und Auswertung von Texten, Bildern und Filmen.“²⁴ Es ist bedeutend, dass im Zuge einer Inhaltsanalyse ebenfalls die Auswertung der erhobenen Daten vorgenommen wird.²⁵ Im Regelfall handelt es sich bei dem Gegenstand, der zu analysieren ist, um einen Text. Diekmann unterscheidet in weiterer Folge generell zwischen formal-deskriptiven Analysen, die sich lediglich mit den formalen Aspekten des betreffenden Textes beschäftigen, diagnostischen Analysen, die das Hauptaugenmerk auf

¹⁹ Landwehr, Achim. Historische Diskursanalyse (Frankfurt/New York 2009) 15.

²⁰ Ebda 15.

²¹ Ebda 20.

²² Vgl. Ebda 21.

²³ Vgl. Landwehr, Achim. Geschichte des Sagbaren. Einführung in die historische Diskursanalyse (Historische Einführung Bd. 8 Berlin² 2004)9.

²⁴ Diekmann, Andreas. Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen (Hamburg 2010) 576.

²⁵ Vgl. Diekmann, Empirische Sozialforschung 576.

die Beziehung des Senders zur Mitteilung legen sowie prognostischen Inhaltsanalysen, bei denen ebenfalls die Wirkung auf den/die LeserIn miteinbezogen wird.²⁶ Phillip Mayring weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Inhaltsanalyse systematisch und regel- sowie theoriegeleitet vorgeht, um so Rückschlüsse auf bestimmte Aspekte der Kommunikation ziehen zu können.²⁷ Claudia Bruns beschreibt im Sammelband „Das Gerede vom Diskurs - Diskursanalyse und Geschichte“ den Vorteil, den die Diskursanalyse in diesem Forschungsfeld gegenüber der oben genannten Methoden aufweist, wie folgt:

*Eine diskursanalytische Herangehensweise eröffnet die Möglichkeit, Fiktion und Realität, Denken und Handeln, Kultur und Politik als besonders eng miteinander verschränkt zu konzipieren: Statt Makro- und Mikroebene, Struktur und Praxis gegeneinander zu setzen, rückt ihre Verwobenheit ins Zentrum der Aufmerksamkeit.*²⁸

Essentiell ist für sie ebenfalls, dass der Fokus der Analyse auf der „strategischen Bedeutung des Wissens in einem spezifischen, historischen Augenblick“²⁹ liegt.

Landwehr wiederum plädiert dafür, dass Sprache zum Gegenstand historischer Analysen gemacht werden muss, weil sie keinesfalls als Hülle zu verstehen ist, die die Bedeutungen umgibt. Die Geschichtswissenschaft kann dabei seiner Ansicht nach nicht als jener Forschungszweig verstanden werden, der das „Eigentliche“ enthüllt. Wichtig ist in diesem Zusammenhang ebenfalls, darauf hinzuweisen, dass Diskurse nicht „äußerliche Bezeichnungen“ oder „zweite Naturen“ sind, die den Dingen in ihrer „Eigentlichkeit“ übergestülpt werden.³⁰ Landwehr vertritt mit seiner Konzeption der historischen Analyse vielmehr die Ansicht, dass es keine „Möglichkeit gibt, um *hinter* die Diskurse zu gelangen“³¹ da die *Wirklichkeit an sich* nie erfahrbar, sondern immer nur für uns erfahrbar sei und uns unser Wissen und die Wirklichkeit immer auch kulturell vermittelt werden würde. Bei dieser Erschaffung der Wirklichkeit sei immer die Kopplung von

²⁶ Vgl. Ebda 582.

²⁷ Vgl. Mayring, Philipp. Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken (11., akt. und überarb. Aufl. Weinheim und Basel 2010).

²⁸ Bruns, Claudia. Wissen – Macht – Subjekt(e). Dimensionen historischer Diskursanalyse am Beispiel des Männerbunddiskurses im Wilhelminischen Kaiserreich. In: Eder, Franz X. (Hg.). Das Gerede vom Diskurs – Diskursanalyse und Geschichte (Öst. Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 16 Jg., Heft 4, Innsbruck 2005) 106.

²⁹ Vgl. Bruns. Wissen – Macht – Subjekt(e) 107.

³⁰ Vgl. Landwehr, Historische Diskursanalyse 23 und 91.

³¹ Ebda 91.

Diskursen und Macht zu beachten³², denn: „Wenn etwas mit dem Status ausgestattet wird, Wissen und Wirklichkeit zu sein, dann ist es zwangsläufig mit Machtwirkung versehen.“³³ Landwehr komprimiert diese Aussagen in letzter Instanz zu: „Diskurse bringen Wirklichkeiten hervor.“³⁴

Er merkt an, dass sich die historische Diskursanalyse nicht mehr damit beschäftigt, *hinter* die Erscheinungen zu blicken, sondern vielmehr zu betrachten, in welchem Kontext diese Erscheinungen als Wirklichkeit hervorgebracht wurden. Als Ausgangspunkt müsse eine Beobachtung stehen, welche Aussagen wann und wo auftauchen. Im nächsten Schritt könne eruiert werden, warum es diese speziellen (und keine anderen Aussagen) waren, um damit wiederum mögliche Regelmäßigkeiten von Aussagen aufzuzeigen.³⁵ Wesentlich ist für Landwehr ebenfalls der Hinweis auf die notwendige Reduktion der linguistischen Methodik in Zusammenhang mit der historischen Diskursanalyse, da diese (wie der Name schon aufzeigt) einer umfassenden linguistischen Analyse nicht gerecht werden kann, es aber auch nicht muss. Er ist vielmehr die Ansicht, es solle mit seinem Konzept der historischen Diskursanalyse eine mögliche Verbindung der sprach- und geschichtswissenschaftlichen Vorgehensweise unternommen werden, um so die Voraussetzung für eine angemessene Analyse von historischen Diskursen zu schaffen.³⁶

Die einzelnen Schritte der Methode der historischen Diskursanalyse sind nach Achim Landwehrs Konzeption (sehr verkürzt) wie folgt zu unterteilen: Korpusbildung, Kontextanalyse, Analyse der Aussagen sowie Diskursanalyse³⁷. Im ersten Schritt soll ein Korpus kreiert werden, in dem dann die Fülle aller zu analysierenden Texte zusammengeführt wird. Ein wichtiges Kriterium ist dabei die „Wiederholung und Gleichförmigkeit von immer wieder ähnlich Gesagtem oder Geschriebenem“.³⁸ Der nächste Schritt der Kontextanalyse beinhaltet den situativen, medialen, institutionellen und historischen Kontextes der jeweiligen Texte. Bei der Analyse der Aussagen wird der Korpus selbst nach Makro- und Mikrostruktur analysiert. Landwehr weist an dieser Stelle

³² Vgl. Ebda 91.

³³ Landwehr, Historische Diskursanalyse 92.

³⁴ Ebda 92.

³⁵ Vgl. Ebda 92.

³⁶ Landwehr, Geschichte des Sagbaren 105.

³⁷ Vgl. Landwehr, Geschichte des Sagbaren 103-134 sowie Landwehr, Historische Diskursanalyse 131.

³⁸ Vgl. Landwehr, Historische Diskursanalyse 102.

jedoch explizit darauf hin, dass dies keineswegs mit einer umfassenden, sprachwissenschaftlichen Analyse zu vergleichen ist.³⁹ Hinsichtlich der Makrostruktur ist bspw. das Thema des Textes oder die graphische bzw. gestalterische Form zu betrachten. Hinsichtlich der Mikrostruktur sind unter anderem Eigenheiten der Text-, Satz- oder Wortebenen zu analysieren.⁴⁰ Für die Diskursanalyse selbst, also die Darstellung der Ergebnisse, gibt Landwehr an, dass das Ziel sein sollte, „die Erkenntnisgrundlagen einer Zeit, eines Territoriums oder einer Gesellschaft zu beleuchten.“⁴¹ Claudia Bruns wiederum hält es für das Ziel von Diskursanalysen „Reihen von ähnlichen Äußerungen in verschiedenen Texten [...] zu ermitteln, die einem gemeinsamen Regelsystem von „Aussagen“ folgen, das den Diskurs strukturiert.“⁴² Sie gibt dazu weiter ausführend mögliche Fragen an, die man an Wissensdiskurse stellen könne, die durchaus auch in dieser Arbeit ihre Anwendung finden. Etwa wenn sie aufzeigt, dass Aus- und Einschlüsse mit der häufigen Nennung bestimmter Aussagen einhergehen oder wer in welcher Weise, Macht über und in dem Diskurs ausübt. Das Ziel sollte ebenfalls sein, in der Textanalyse ähnliche Äußerungen zu ermitteln, die übergreifend in dem Diskurs aufkommen und diesen strukturieren.⁴³

Landwehr weist in diesem Zusammenhang auf die Verstrickung der Forschenden in den Diskurs selbst hin. Sie wären an der Produktion der Diskurse selbst beteiligt, da sie mit der Diskursanalyse Diskurse über Diskurse produzieren würden. Auf diesen Aspekt soll explizit hingewiesen werden, bevor es nun zum eigentlichen Beginn der Analyse kommt.

4. KORPUSBILDUNG

Das nun folgende Kapitel setzt sich mit der Auswahl des Korpus der Analyse auseinander. Es behandelt im ersten Schritt die Frage, wie genau bestimmte Zeiträume für die Analyse eingegrenzt werden können, um im nächsten Schritt zu klären, welche Quellen für die Analyse in Frage kommen. Am Beginn steht laut Landwehr die Frage, auf welche Weise

³⁹ Vgl. Landwehr, Geschichte des Sagbaren 113.

⁴⁰ Vgl. Landwehr, Geschichte des Sagbaren 116f.

⁴¹ Ebda 132.

⁴² Bruns. Wissen – Macht – Subjekt(e) 108.

⁴³ Vgl. Ebda 108.

und mit welchen Mitteln über etwas gesprochen werden kann, wobei ein zentrales Kriterium der Auswahl die Wiederholung und Gleichförmigkeit von immer wieder ähnlich Gesagtem oder Geschriebenem sein müsse.⁴⁴

Wenn man vom Begriff der *Flüchtlingswellen* ausgeht, stellt sich daher die Frage, was eine *Welle* an *Flüchtlingen* ausmacht und wie diese genau definiert wird.

4.1. Über *Flüchtlinge* und *Flüchtlingswellen*

Laut Artikel 1 der Konvention über die Rechtsstellung der *Flüchtlinge* wird ein Flüchtling in Österreich als eine Person definiert, die sich:

*aus wohlbegründeter Furcht, aus Gründen der Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder der politischen Gesinnung verfolgt zu werden, außerhalb seines Heimatlandes befindet und nicht in der Lage oder im Hinblick auf diese Furcht nicht gewillt ist, sich des Schutzes dieses Landes zu bedienen; oder wer staatenlos ist, sich infolge obiger Umstände außerhalb des Landes seines gewöhnlichen Aufenthaltes befindet und nicht in der Lage oder im Hinblick auf diese Furcht nicht gewillt ist, in dieses Land zurückzukehren.*⁴⁵

Diese Definition wurde aus dem „Abkommen über die Rechtsstellung der *Flüchtlinge*“ (häufig auch Genfer Flüchtlingskonvention) von 1951 übernommen⁴⁶ und mit dem Jahr 1955 (verlautbart mit BGBl. Nr. 55/1955) verfassungsmäßig genehmigt und ratifiziert. Aufgrund dieser Definition werden auch heute noch Entscheidungen über den Status flüchtender Personen in Österreich getroffen.

Es stellt sich grundsätzlich die Frage, ab welcher Anzahl an flüchtenden Personen von einer *Flüchtlingswelle* gesprochen wird. Es soll zunächst ein kurzer Überblick über die Anzahl jener Personen gegeben werden, die seit 1955 nach Österreich geflüchtet sind. Der Zeitraum ab dem Jahr 1955 ist dabei keinesfalls willkürlich gewählt. Das Jahr der Unterzeichnung des Staatsvertrages wurde als Beginn des Zeitraumes angenommen, um eine bessere Vergleichbarkeit der angenommenen Phänomene zu ermöglichen. In den Nachkriegsjahren zwischen 1947 (Beginn der offiziellen Aufzeichnungen über Asylanträge

⁴⁴ Vgl. Landwehr, Historische Diskursanalyse 102.

⁴⁵ BGBl. Nr 55/1955 idF 02.05.2018

⁴⁶ Vgl. UNHCR. Die Genfer Flüchtlingskonvention online unter <http://www.unhcr.org/dach/at/ueber-uns/unser-mandat/die-genfer-fluechtlingskonvention> abgerufen am 11.05.2018.

in Österreich) und 1955 gab es aufgrund der vorangegangenen kriegerischen Auseinandersetzungen eine große Anzahl an vertriebenen und flüchtenden Personen. Im Jahr 1947 allein wurden in Österreich 113.425 Anträge auf Asyl gestellt (der zweithöchste Wert im Aufzeichnungszeitraum). Diese Zeitspanne verdient jedoch eine gesonderte Betrachtung. Hier soll nicht der Fehler begangen werden, diese Jahre mit denen seit 1955 und der anderen Struktur im Umgang mit flüchtenden Personen in Österreich zu vergleichen.

Parallel dazu ist es aufschlussreich, wann von *Flüchtlingswellen* in unterschiedlichen Publikationen die Rede ist, um diese Ausführungen im Anschluss mit den offiziellen Zahlen zu den Asylanträgen in Österreich vergleichen zu können. In letzter Instanz sollen dadurch Rückschlüsse darauf gezogen werden können, ob die betreffenden *Wellen* wirklich derart auffallend waren oder von unterschiedlichen Akteuren lediglich als *Welle* bezeichnet und dadurch instrumentalisiert wurden.

4.1.1. Flüchtlingswellen

Wie schon in der Einleitung erörtert, ist der Begriff der *Flüchtlingswelle* in der österreichischen Medienlandschaft durchaus gebräuchlich. Die Begrifflichkeit wird auch von offiziellen Institutionen genutzt. Die Statistik Austria schreibt beispielsweise über *Flüchtlingswellen* in den Jahren 1956 aus Ungarn, 1968 aus der damaligen Tschechoslowakei sowie 1981/82 aus Polen. Außerdem wird auf der Homepage auf die besondere geografische Lage Österreichs hingewiesen. Österreich würde an den wichtigsten interkontinentalen Migrationsrouten liegen und es käme zu einer zunehmenden Asylmigration in die EU.⁴⁷

Werner Bauer schreibt in seiner 2008 für die Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung erschienen Studie über die Jahre 1956/57 sowie 1968 und 1981/1982 und die Rolle Österreichs als Zielland für politische *Flüchtlinge*. Er weist auf 180.000 ungarische *Flüchtlinge* in den Jahren 1956/57 hin, wobei sich lediglich 20.000 Ungarn längerfristig in Österreich niedergelassen, und der Großteil Österreich als

⁴⁷ Vgl. Bundesanstalt Statistik Österreich. Asyl. online unter http://www.statistik.at/web_de/statistiken-/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/wanderungen/asyl/index.html abgerufen am 05.03.2018.

Transitland für die Weiterreise zur Einreichung des Asylantrages in einem anderen Land genutzt hätte. Er erläutert weiters die Situation der 162.000 Tschechoslowaken, die im Sommer 1968 nach Österreich flohen. Hier wären lediglich 12.000 in Österreich sesshaft geworden. Ein weitaus größerer Teil sei wieder in das Heimatland zurückgekehrt oder weitergereist. Er geht ebenfalls auf die Jahre 1981/82 ein und die 120.000 Polen, die in dieser Zeit nach Österreich kamen. Auch hier sollen die meisten der flüchtenden Personen Österreich als Zwischenstopp auf dem Weg zur Auswanderung in ein anderes Land genutzt haben. Bauer geht dann im Kontext des Jahres 1989 und dem Umsturz in Rumänien auf die damit einhergehende *Flüchtlingswelle* zum Jahreswechsel 1989/90 ein, welche seiner Ansicht nach eine weitere Wende der österreichischen Asyl- und Flüchtlingspolitik markierte und zur sukzessiven Verschärfung des Asylrechts und sogar zum Einsatz des Bundesheeres zur Grenzsicherung führte. Er merkt an, dass diese Maßnahmen jedoch nur bedingt zu einer Reduktion der Anzahl an Asylanträgen geführt hätten, da es mit dem Zusammenbruch des jugoslawischen Staates zur größten Fluchtbewegung in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg kam und dies auch Österreich betroffen hätte. Er schließt seine Ausführungen zum „problematischen“ Asyl- und Flüchtlingsland Österreich mit dem Verweis auf die Veränderung der Zusammensetzung der Flüchtlingspopulation seit 1999. Diese sei durch eine Umkehr gekennzeichnet, da nun mehr nichteuropäische Asylwerber nach Österreich kommen und die europäischen *Flüchtlinge* eine Minderheit darstellen würden.⁴⁸ Zusammenfassend lassen sich im Hinblick auf die erfolgte Recherche der Literatur folgende Zeiträume für die *Wellen* skizzieren:

Ungarischer Volksaufstand	1956	Unabhängigkeit Kroatiens & Sloweniens	1991/1992
Prager Frühling	1968	Bürgerkrieg Bosnien-Herzegowina	1992
Solidarnosc Bewegung	1981	Kosovo Konflikt	1999
Umsturz in Rumänien	1989	Öffnung der Grenzen	2015

Zur besseren Kontextualisierung soll im nun folgenden Abschnitt ein kurzer historischer Überblick zu den jeweiligen *Wellen* gegeben werden. Diese Hintergrundinformationen sind dabei bewusst kurz gehalten und streben keine vollständige Darstellung an. Für die

⁴⁸ Vgl. Bauer, Zuwanderung nach Österreich 4-7.

tieferegehende Betrachtung sind daher jedenfalls weiterführende Informationen notwendig.

Ungarischer Volksaufstand (1956)

Beim ungarischen Volksaufstand handelt es sich um die Periode des Protests der ungarischen Bevölkerung gegen die Besetzung durch die Sowjetarmee sowie die Politik der kommunistischen „Partei der Ungarischen Werktätigen“ vom 23.10. bis 11.11.1956. Der Aufstand wurde durch sowjetische Kräfte niedergeschlagen. Bei den Kämpfen in diesem Zeitraum wurden ca. 2.500 Aufständische getötet und rund 20.000 ZivilistInnen verletzt. Der ungarische Volksaufstand ist die erste Bedrohung der sowjetischen Vorherrschaft in Osteuropa in der Nachkriegszeit und markierte die Wende hin zur sukzessiven Delegitimation derselben. Dieser Aufstand ist als Vorreiter für die Umbrüche in der Tschechoslowakei sowie Polen zu sehen.⁴⁹

Prager Frühling (1968)

Der Begriff des „Prager Frühlings“ wird heute einerseits für die Reformbewegung Alexander Dubceks in der Tschechoslowakei, andererseits für die blutige Niederschlagung ebendieser Reformbemühungen ab dem 20./21.08.1968 verstanden. Bei Dubcek handelte es sich um den ersten Sekretär der Kommunistischen Partei, der ab Jänner 1968 im Amt war. Er versuchte mit seinem „Aktionsprogramm“ umfassende Maßnahmen zur Liberalisierung und Demokratisierung des Landes auf den Weg zu bringen und wurde schnell zur Symbolfigur der Reformbewegung. Nach dem sogenannten „Manifest der 2.000 Worte“ vom Juni 1968 wurden die Bemühungen von Seiten der Kommunistischen Partei der Sowjetunion als Plattform für eine Konterrevolution und damit als eine „Gefährdung des Sozialismus“ angesehen. Mit Panzern wurden die friedlichen Bestrebungen schließlich ab dem 20./21.08.1968 durch die Warschauer-Pakt-Staaten niedergeschlagen, wobei ca. 150 Menschen den Tod fanden und hunderte Personen verletzt wurden.⁵⁰

⁴⁹ Vgl. Van de Rakt, Eva. Schultheis, Silja. Szombati, Kristóf. Einführung: Der Ungarn-Aufstand 1956 online unter <https://www.boell.de/de/2016/10/21/einfuehrung-der-ungarn-aufstand-1956> abgerufen am 30.04.2018.

⁵⁰ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung. 45 Jahre Prager Frühling online unter: <http://www.bpb.de/-politik/hintergrund-aktuell/167238/45-jahre-prager-fruehling-19-08-2013> abgerufen am 24.05.2018.

Solidarnosc Bewegung (1981/1982)

Unter dem Begriff der Solidarnosc Bewegung werden die gesellschaftlichen Ereignisse subsummiert, die nach der Entstehung der ersten unabhängigen polnischen Gewerkschaft (genannt Solidarnosc) aufkamen. Die Gewerkschaft ist im Spätsommer 1980 im Zuge eines Streiks der Arbeiter der Danziger Werft entstanden. Die Bewegung hat sich, ausgehend von diesem Protest der Arbeiter, schnell durch alle Gesellschaftsschichten hindurch zu einer Kritik an dem kommunistischen Regime und im nächsten Schritt auch Streiks weiterentwickelt, bis am 13.12.1981 über Polen das Kriegsrecht verhängt wurde. Nachfolgend wurde die Kontrolle über den „Militärrat der Nationalen Rettung“ wiedererlangt, der unter anderem tausende Menschen internierte und weitere Streiks untersagte. Mit 08.10.1982 wurde die Solidarnosc schließlich aufgelöst und verboten.⁵¹

Umsturz in Rumänien (1989)

Seinen Anfang fand der Umsturz in Rumänien mit den Aufständen der ungarischen Minderheiten in Temesvar und Arad am 16. und 17.12.1989, die sich schnell zu Massenrevolten entwickelten. Große Teile des Militärs stellten sich auf die Seite der Aufständischen. Am 21.12.1989 kam es zu Straßenkämpfen in Bukarest. Am 23.12.1989 wurde schließlich der Staatspräsident und Diktator Ceausescu mitsamt seiner Frau auf deren Flucht gefangen genommen und zwei Tage später verurteilt und hingerichtet. Unter dem Putschistenführer Iliescu wurde mit 26.12.1989 eine neue Regierung verabschiedet. Im Zuge des Umsturzes starben über 1000 Personen.⁵²

Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens (1991/1992)

Schon im Zuge der 1980er Jahre kam es in den unterschiedlichen Teilrepubliken der SFR Jugoslawien zu Unabhängigkeitsbestrebungen und Bemühungen um mehr Souveränität.

⁵¹ Vgl. Priesmeyer-Tkocz, Weronika. Von „Solidarnosc“ ins Zeitalter der Solidarität online unter <http://www.bpb.de/internationales/europa/europa-kontrovers/38236/standpunkt-weronika-priesmeyer-tkocz> abgerufen am 30.04.2018.

Vgl. Bingen, Dieter. Vorreiter des Umbruchs im Ostblock (Informationen zur politischen Bildung Heft 273) online unter <http://www.bpb.de/internationales/europa/polen/40660/vorreiter-des-umbruchs-im-ostblock?p=all> abgerufen am 30.04.2018.

Vgl. Gehler, Michael. Die Umstürzbewegungen 1989 in Mittel- und Osteuropa online unter <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/deutsche-teilung-deutsche-einheit/43728/die-umstuerzbewegungen-1989?p=all> abgerufen am 30.04.2018.

⁵² Vgl. Gehler, Die Umstürzbewegungen 1989 in Mitte- und Osteuropa.

Doch erst die Erklärungen der Unabhängigkeit der Staaten Kroatien und Slowenien am 25.05.1991 leiteten den Zerfall Jugoslawiens und den schwersten bewaffneten Konflikt in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg ein. Der darauffolgende Tag markierte den Beginn der kriegerischen Auseinandersetzungen mit Kämpfen zwischen slowenischen Soldaten und der jugoslawischen Armee. Während die Kämpfe in Slowenien mit Juni 1991 durch die Hilfe der Europäischen Gemeinschaft beendet werden konnten, begannen zur selben Zeit kämpferische Handlungen in Kroatien, die bis 1995 anhielten.⁵³

Bürgerkrieg Bosnien-Herzegowina (1992)

Nach einem Referendum wurde im April 1992 die Unabhängigkeit Bosniens und Herzegowina gegenüber Jugoslawien ausgerufen. Mit den Bosniaken und der kroatischen Volksgruppe unterstützte ein Teil der Bevölkerung die Bestrebungen nach Unabhängigkeit, während die Mehrheit der Serben in Bosnien und Jugoslawien verbleiben wollte. Da beide Teile jeweils unterschiedliche Richtungen verfolgten, kam es in Folge zu kriegerischen Auseinandersetzungen, bei der etwa 100.000 Menschen getötet wurden.⁵⁴

Kosovo Konflikt (1999)

Nachdem die Serbische Republik im Zuge ihrer Bestrebungen, die Jugoslawische Föderation durch Bildung eines Groß-Serbiens aufzufangen, die Autonomie des Kosovo rückgängig machte, reklamierten die serbischen Nationalisten jene Gebiete, die für die Bildung eines kollektiven serbischen Gedächtnisses dienlich waren, als Teil des serbischen Staates. Nach anhaltenden Protesten albanischer Kosovaren, wurden ebendiese aus sämtlichen öffentlichen Institutionen und staatlichen Betrieben entlassen und kosovo-albanischen SchülerInnen und StudentInnen die Teilnahme am öffentlichen Bildungssystem untersagt. Dies führte zur Entwicklung paralleler Verwaltungs- und Bildungsstrukturen und zunehmenden Radikalisierung im Zuge der wirtschaftlichen Krise in den 1980/90er Jahren. Mit dem Ende der 1990er Jahre kam es schließlich ebenfalls zu

⁵³ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung. 20 Jahre Unabhängigkeitserklärung von Kroatien und Slowenien online unter <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/68781/unabhaengigkeit-von-kroatien-und-slowenien-24-06-2011> abgerufen am 30.04.2018.

⁵⁴ Fischer, Martina. Bosnien-Herzegowina online unter <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54780/bosnien-herzegowina> abgerufen am 30.04.2018.

kriegerischen Auseinandersetzungen, welche durch systematische Überfälle, Vertreibungen und Massenmorde gekennzeichnet waren und erst durch das Einschreiten des UN-Sicherheitsrates sowie einer NATO-Operation und der UN-Resolution vom 10.06.1999 beendet werden konnten, welche den Kosovo der Verwaltungshoheit der UN-Mission im Kosovo unterstellte.⁵⁵

Öffnung der Grenzen in Österreich (2015)

Die Population der nach Europa flüchtenden Personen war im Jahr 2015 gekennzeichnet durch eine hohe Anzahl an flüchtenden Personen aus Syrien sowie einer geringeren Anzahl an Menschen aus Afghanistan und dem Irak. Maßgeblich für die Flucht vieler war der Bürgerkrieg in Syrien, der seit 2011 tobt. Ein Großteil der flüchtenden Personen suchte in den darauffolgenden Jahren in den Nachbarländern Syriens Schutz. Nachdem im Libanon zwischenzeitlich jede/r vierte BewohnerIn eine flüchtende Person war, wurden die Grenzen im Oktober 2014 geschlossen. Auch Jordanien ließ nur mehr in Einzelfällen flüchtenden Personen in das Land reisen. Aufgrund der hohen Anzahl an flüchtenden Personen, der langen Dauer des Kriegszustandes sowie der zusehends sinkenden Bereitschaft anderer Nationen zur finanziellen Unterstützung, wurden die Lebensbedingungen für die flüchtenden Personen in den Nachbarländern zusehends prekärer. Auch die jeweiligen Geldreserven waren häufig schon aufgebraucht. Des Weiteren war es flüchtenden Personen aus Syrien bspw. in der Türkei nicht gestattet, einer regulären Arbeit nachzugehen. Aufgrund dieser zusehends prekären Situation kam es zur Situation, dass jene flüchtenden Personen, die eigentlich in einem der Nachbarländer Zuflucht gefunden hatten oder sich noch in ihrem Herkunftsland befanden, sich vermehrt auf den Weg nach Europa machten.⁵⁶

Hinsichtlich der *Krise* des Jahres 2015 ist anzumerken, dass durchaus schon vor dem betreffenden Jahr bekannt war, dass das *Flüchtlingssystem* der EU Unzulänglichkeiten aufwies. Diese wurden durch das vermehrte Aufkommen an flüchtenden Personen

⁵⁵ Vgl. Nietsch, Julia. Kosovo online unter <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54633/kosovo> abgerufen am 30.04.2018.

⁵⁶ Vgl. Hanewinkel, Hera. Fluchtmigration nach Deutschland und Europa: Einige Hintergründe online unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdosiers/217369/fluchtmigration-hintergruende?p=all> abgerufen am 30.04.2018.

deutlich aufgezeigt. Mit dem Frühjahr 2015 kam es zusehends zu einer Verschiebung der *Flüchtlingsroute* vom Seeweg über Nordafrika hin zum Landweg über die Türkei. Dieser Umstand ist unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass am 19.04.2015 ein Schiff mit mehr als 900 Menschen an Bord bei der Überfahrt nach Europa sank und über 800 von ihnen ertranken. Die Versorgung der flüchtenden Personen war vom UNHCR sowie privaten Hilfsorganisationen oder freiwilligen HelferInnen abhängig. Aufgrund des Verbots der Rücküberstellungen an Griechenland, veranlasst durch die äußerst prekäre Situation vor Ort, war zum damaligen Zeitpunkt Ungarn das erste europäische Anlaufland für die flüchtenden Personen. Nachdem Ungarn sich jedoch zum Bau eines Grenzzaunes zu Serbien entschied, der mit Ende 2015 fertig gestellt wurde, kam es kurz davor zu einer hohen Anzahl an Personen, die Ungarn noch vor der Fertigstellung erreichen wollten.⁵⁷

Einen wesentlichen Anteil an dem Wunsch vieler *Flüchtlinge*, nach Deutschland zu gelangen, war unter anderem auf die vielfach zitierte Rede der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel vom 31.08.2015 bei der Bundespressekonferenz zurückzuführen:

„Erstens. Es gilt das Grundrecht politisch Verfolgter auf Asyl. Wir können stolz sein auf die Humanität unsres Grundgesetzes. In diesem Artikel zeigt sie sich ganz besonders. Schutz gewähren wir auch all denen, die aus Kriegen zu uns fliehen. Auch ihnen steht dieser Schutz zu. [...] Der zweite Grundsatz ist die Menschenwürde eines jeden. Das ist ein Grundsatz, den uns schon der Artikel 1 des Grundgesetzes aufgibt. Gleichgültig, ob er Staatsbürger ist oder nicht, gleichgültig, woher und warum er zu uns kommt und mit welcher Aussicht darauf, am Ende eines Verfahrens als Asylbewerber anerkannt zu sein - wir achten die Menschenwürde jedes Einzelnen, und wir wenden uns mit der ganzen Härte unseres Rechtsstaates gegen die, die andere Menschen anpöbeln, die andere Menschen angreifen, die ihre Unterkünfte in Brand setzen oder Gewalt anwenden wollen. [...] Ich sage ganz einfach: Deutschland ist ein starkes Land. Das Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das! Wir schaffen das, und dort, wo uns etwas im Wege steht, muss es überwunden werden, muss daran gearbeitet werden.“⁵⁸

⁵⁷ Vgl. Lehmann, Julian. Flucht in die Krise – Ein Rückblick auf die EU-„Flüchtlingskrise“ 2015 online unter <http://www.bpb.de/apuz/217302/ein-rueckblick-auf-die-eu-fluechtlingskrise-2015?p=all> abgerufen am 30.04.2018.

⁵⁸ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Mitschrift der Sommerpressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel Thema: Aktuelle Themen der Innen- und Außenpolitik online unter <https://www.bundesregierung.de-/Content/DE/-Mitschrift/Pressekonferenzen/2015/08/2015-08-31-pk-merkel.html> abgerufen am 03.05.2018.

Zuvor war ein interner Erlass des Bundesamtes für Migration und *Flüchtlinge* vom 21.08.2015 veröffentlicht worden, der regeln sollte, dass das Dublin III Verfahren für flüchtende Personen aus Syrien ausgesetzt werden sollte und diese damit über andere europäische Staaten, ohne Angst um den Verfall ihrer Ansprüche auf Asyl, nach Deutschland flüchten und dort einen Antrag stellen konnten.⁵⁹

Anfang September wurde schließlich kurzfristig der Budapester Bahnhof für Personen ohne gültiges EU-Visum gesperrt und es strandeten mehrere tausend Asylsuchende vor Ort. Etwa 1200 von diesen Personen machten sich am 04.09.2015 zu Fuß auf den Weg, um über Österreich nach Deutschland zu gelangen. Daraufhin wurde nach gemeinsamer Entscheidung der deutschen, österreichischen und ungarischen Regierung kurzfristig die Grenze für flüchtende Personen geöffnet.⁶⁰

Diese Darlegungen in Bezug auf die betreffenden *Wellen* sollen nun im Kontext der offiziellen Zahlen zu den Asylanträgen seit 1955 gesetzt werden. Hier muss angemerkt werden, dass die die folgenden Ausführungen demnach im Hinblick darauf zu sehen sind, dass es sich um die Zahl jener Personen handelt, die um Asyl in Österreich angesucht haben. Es können also allein aufgrund dieser Zahlen weder Rückschlüsse auf die positiven Bescheide, noch die Zahl jener Personen gezogen werden, die Österreich als Transitland auf dem Weg in ein anderes Land genutzt haben.

⁵⁹ Vgl. BAMF, 'Verfahrensregelung zur Aussetzung des Dublinverfahrens für syrische Staatsangehörige', Az. 411 - 93605/Syrien/2015, 21 August 2015 online unter http://www.asylumineurope.org/sites/default/files/resources/bamf_instructions_on_syrian_dublin_cases_august_2015.pdf abgerufen am 03.05.2018.

⁶⁰ Vgl. Lehmann, Flucht in die Krise.

4.1.2. Anzahl flüchtender Personen in Österreich seit 1955

Auf Anfrage beim Bundesministerium für Inneres sowie der Statistik Austria wurden folgende Daten zu den Zahlen der Anträge auf Asyl seit 1955 an die Autorin übersandt:⁶¹

Anträge gesamt seit 1955: 1.034.236 (Stand 2017)

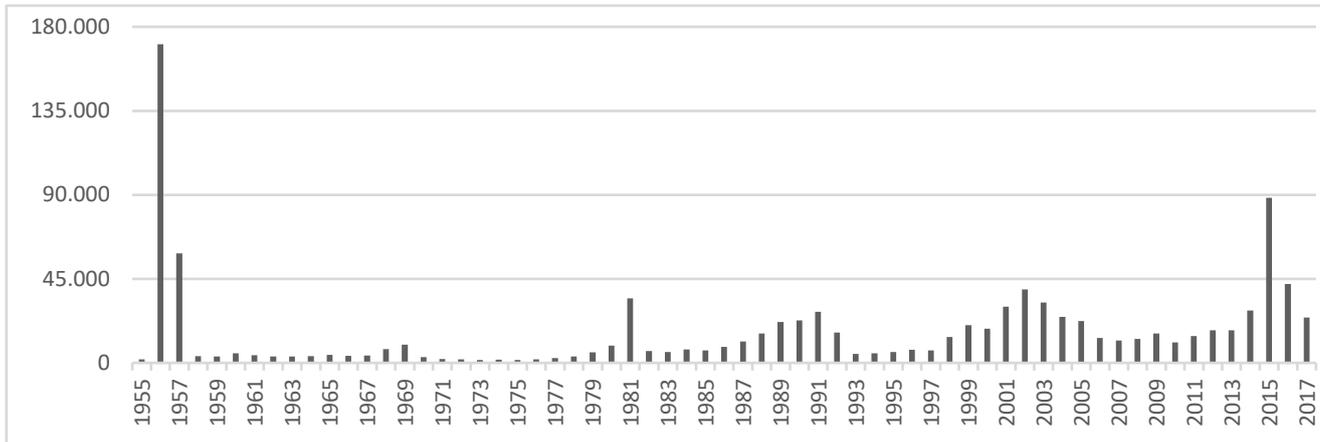


Abbildung 1 Anzahl der Asylanträge in Österreich (1955-2017)

Quelle: Statistik Austria, Bundesanstalt Statistik Österreich. Asyl. online unter http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft-bevoelkerung/wanderungen/asyl/index.html abgerufen am 05.03.2018 und Statistik Austria, BMI Asylstatistik. Grafik Anträge seit 1947 (unveröffentlicht).

Es zeigen sich zunächst deutliche Spitzen in den Jahren 1956/57 sowie 2015/16. Diese sind zum einen auf die flüchtenden Personen im Zuge des Ungarnaufstandes sowie dessen Niederschlagung in den Jahren 1956/57 zurückzuführen. Zum anderen ist das Jahr mit der zweithöchsten Anzahl an Anträgen 2015, das Jahr der sogenannten *Flüchtlingskrise* in Europa. Der kontinuierliche Anstieg der Zahlen Ende der 1980er Jahre sowie Anfang der 1990er Jahre und eine vergleichsweise hohe Anzahl zu Beginn des neuen Jahrtausends sowie gesondert im Jahr 1981 sind sichtbar.

Bei genauerer Betrachtung der zehn Jahre mit der höchsten Anzahl an Asylanträgen zeigt sich, dass, wie bereits in der vorangegangenen Statistik, die Jahre um den Ungarnaufstand sowie die sogenannte *Flüchtlingskrise* herausstechen. 1981 sowie 1991 sind vermeintlichen *Flüchtlingswellen* zuordenbar. Für drei der zehn Jahre scheint keine zuordbare *Welle* in der Literatur auf.

⁶¹ Anmerkung: Die detaillierte Aufstellung der übersendeten Daten sämtlicher Jahre befindet sich im Anhang.

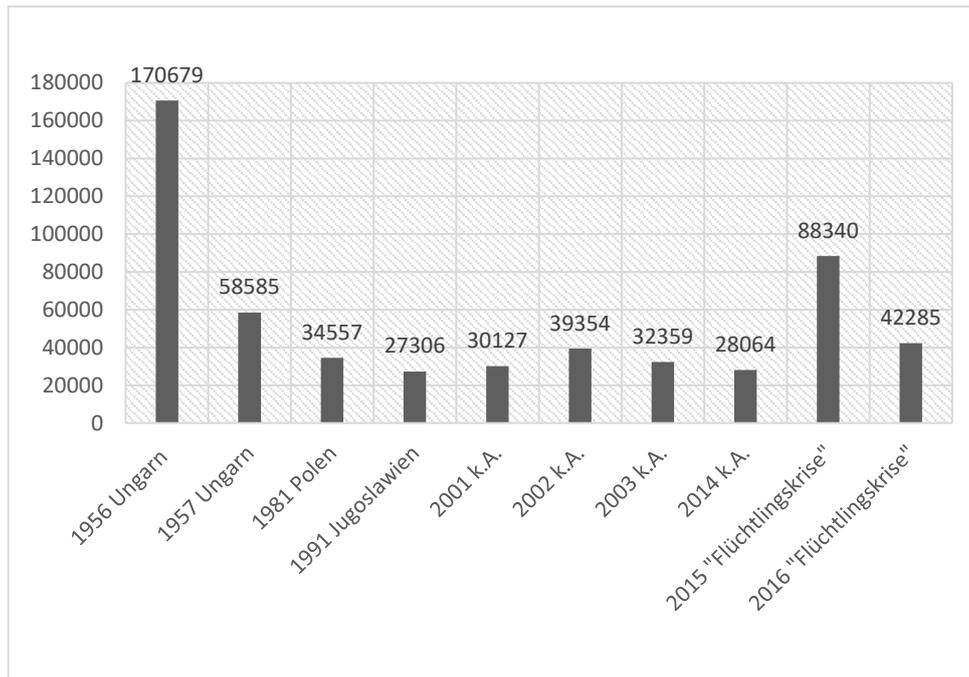


Abbildung 2 Jahre mit der höchsten Anzahl an Asylanträgen

Quelle: Statistik Austria, Bundesanstalt Statistik Österreich. Asyl. online unter http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/wanderungen/asyl/index.html abgerufen am 05.03.2018 und Statistik Austria, BMI Asylstatistik. Grafik Anträge seit 1947 (unveröffentlicht).

Erwähnt werden soll in diesem Zusammenhang, dass die Jahre 2001-2003 es dem Anschein nach, obgleich die Zahlen es legitimieren würden, nicht zur Darstellung in Form einer *Welle* geschafft haben. Es stellt sich die Frage, wie genau diese relativ hohe Anzahl an Asylanträgen im betreffenden Zeitraum zu erklären ist. Die Statistik Austria schreibt über die betreffenden Jahre:

Nach der Jahrtausendwende kam es zu einer neuerlichen Veränderung der Asylwanderungen nach Österreich: Als Teil der Europäischen Union und aufgrund der geographischen Lage an den wichtigsten interkontinentalen Migrationsrouten aus dem (östlichen) Mittelmeerraum wurde Österreich zunehmend zu einem wichtigen Ziel der Asilmigration in die EU. Damit einher ging im Zeitraum 2001-2005 auch eine deutliche Zunahme der Zahl an Asylwerbern, ehe die Asylzahlen ab 2006 deutlich sanken. Zwischen 2000 und 2009 kamen 221.151 Asylwerber nach Österreich, insbesondere aus Tschetschenien, Afghanistan, dem Irak und Nigeria. Seit 2010 nimmt die Zahl der in Österreich Asylsuchenden wiederum deutlich zu, auf zuletzt 88.340 im Jahr 2015.⁶²

Das Demokratiezentrum Wien erklärt den Anstieg Anfang der 2000er Jahre mit dem Kriegen in Tschetschenien (2000) sowie den Kriegen in Afghanistan (2001) und dem Irak

⁶² Bundesanstalt Statistik Österreich, Asyl.

(2003).⁶³ Eine Erklärung, die sich mit den Ausführungen der Statistik Austria deckt. Es dürfte sich daher um flüchtende Personen aus unterschiedlichen Ländern handeln. Ein Umstand, der im Hinblick auf die anderen *Flüchtlingswellen*, die in Literatur und Medien wiedergegeben werden, durchaus den Schluss zulässt, dass es für die Benützung des Begriffs einer *Welle* notwendig ist, von einer homogenen Gruppe ausgehen zu können. Daraus lässt sich ableiten, dass die Kategorisierung nicht durch die reine Anzahl an Asylanträgen legitimierbar ist.

Parallel dazu lässt sich im Hinblick auf die aus der Literatur skizzierten *Wellen* zeigen, dass sich diese in den Zahlen zu den Asylanträgen zumindest schlüssig wiedergeben lassen. Die folgenden Erläuterungen sollen jedoch die betreffenden Situationen nur verknüpft wiedergeben. Eine genauere Betrachtung und Einordnung erfolgt im Zuge der Kontextanalyse (siehe Kapitel 5.1 „historischer Kontext“).

Wie schon oben aufgezeigt, führt das Jahr 1956 die Liste mit 170.679 Asylanträgen an. Für die Zeit des Ungarnaufstandes wird von einer Zahl von 180.000 – 200.000 Personen ausgegangen, die im betreffenden Zeitraum nach Österreich flüchteten, wobei ca. 150.000 in den Jahren 1956 sowie 1957 einen Antrag auf Asyl stellten.⁶⁴

Nachdem 1968 das erste Mal ein eigenes Asylgesetz verabschiedet wurde, kam es 1968/69 zur Zeit des „Prager Frühlings“ in der CSSR zu einem Anstieg der Anträge (1967: 3.919; 1968: 7.362; 1969: 9.831) wobei eine wesentlich höhere Anzahl an Personen (rund 162.000) über Österreich in andere Länder flüchtete. Von den rund 162.000 BürgerInnen der CSSR, die nach Österreich flüchteten, stellten nur ca. 12.000 einen Antrag auf Asyl in Österreich. Die betreffende Zahl lässt sich im Diagramm zwar nachvollziehen, dennoch zeigt sich an dieser *Welle* die Problematik, dass die Anzahl der Asylanträge nicht schlüssig zeigt, wie viele Personen nach Österreich gekommen und welche über Österreich in ein anderes Land weitergeflüchtet sind.⁶⁵

⁶³ Demokratiezentrum Wien. Station 5: Asyl – ein Menschenrecht online unter <http://www.demokratiezentrum.org/ausstellungen/migration-on-tour/stationen/05-asyl.html> abgerufen am 30.04.2018.

⁶⁴ Vgl. Demokratiezentrum Wien. Asylpolitik in Österreich im europäischen Kontext online unter <http://www.demokratiezentrum.org/index.php?id=486> abgerufen am 30.04.2018.

⁶⁵ Vgl. Demokratiezentrum Wien. Asylpolitik in Österreich.

Dieser Umstand zeigt sich ebenso bei den flüchtenden Personen in den Jahren 1981/82, jenen Personen, die nach der Verhängung des Kriegsrechts im Zuge der Solidarnosc Bewegung nach Österreich flüchteten. Während 120.000-150.000 Personen aus Polen nach Österreich kamen, stellten nur 33.000 Personen einen Antrag auf Asyl. Hinzuweisen ist weiters auf die Tatsache, dass viele dieser *Flüchtlinge* in den Folgejahren Österreich verließen.⁶⁶

Für die späten 1980er sowie den Beginn der 1990er Jahre ist ein Paradigmenwechsel in der Österreichischen Asylpolitik auszumachen (siehe Kapitel 5.1 „historischer Kontext“), der auf ein zunehmendes Interesse der flüchtenden Personen zurückzuführen ist, in Österreich zu verweilen. Österreich wird daher in diesem Zeitraum zunehmend von einem Transitland zu einem Zielland für flüchtende Personen.⁶⁷ Zur Zeit des Umsturzes in Rumänien in den Jahren 1989/90 ist ein Zuwachs an Anträgen zu verzeichnen, wobei parallel dazu die Quote der positiven Asylbescheide zurückgegangen ist. Mit 1992 wird in Österreich ein neues Asylgesetz erlassen (siehe Kapitel 5.1 „historischer Kontext“). Dadurch kommt es ab 1993 zu einem starken Rückgang der Asylanträge (1992: 16.238, 1993: 4.744). Diese Tatsache ist in Anbetracht der kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa zu diesem Zeitpunkt auf die restriktiveren Asylgesetze zurückzuführen.⁶⁸

Für die flüchtenden Personen aus Bosnien-Herzegowina, die dem Bürgerkrieg in ihrem Land zu entkommen suchten, wurde 1992 der Status der „De-facto-Flüchtlinge“ geschaffen. Diesen flüchtenden Personen wurde lediglich ein zeitlich begrenztes Bleiberecht und kein Asyl gewährt. Für die flüchtenden Personen aus dem Kosovo hingegen wurden eigens Aktionen zur Aufnahme geschaffen und Personen zum Teil direkt aus Kriegsgebieten bzw. den Asylzentren in Nachbarländern nach Österreich eingeflogen. Dieser Umstand führt zu einem deutlichen Anstieg in den Jahren 1998 und 1999 im Vergleich zum generellen Trend der 1990er Jahre.⁶⁹

Aus den vorangegangenen Betrachtungen ergibt sich ein unspezifisches Bild im Hinblick auf die Koppelung der Angaben zu Asylanträgen mit jenen über die *Flüchtlingswellen*. Es

⁶⁶ Vgl. Demokratiezentrum Wien. Asylpolitik in Österreich.

⁶⁷ Vgl. Ebda.

⁶⁸ Vgl. Ebda.

⁶⁹ Vgl. Ebda.

ist in Anbetracht der Fakten nicht schlüssig, warum eine *Welle* wie jene um den Prager Frühling 1968/69 (mit gesamt 17.193 Asylanträgen in den betreffenden Jahren) überhaupt als solche bezeichnet werden kann, während der Zeitraum zwischen 2001-2003 mit gesamt 101.840 Asylanträgen in einer derartigen Darstellung unberücksichtigt bleibt. Dies selbst unter Beachtung der Differenz zwischen der Anzahl an flüchtenden Personen und der Anzahl an Asylanträgen, also dem Umstand, dass Menschen Österreich als Transitland bei der jeweiligen Flucht nutzten.

Im Hinblick auf die Jahre der *Flüchtlingswellen* lässt sich durchaus zeigen, dass es rund um den Zeitraum der betreffenden *Wellen* jeweils zu einem Anstieg der Anträge gekommen ist, auch wenn diese Jahre in keiner Relation zueinander stehen.

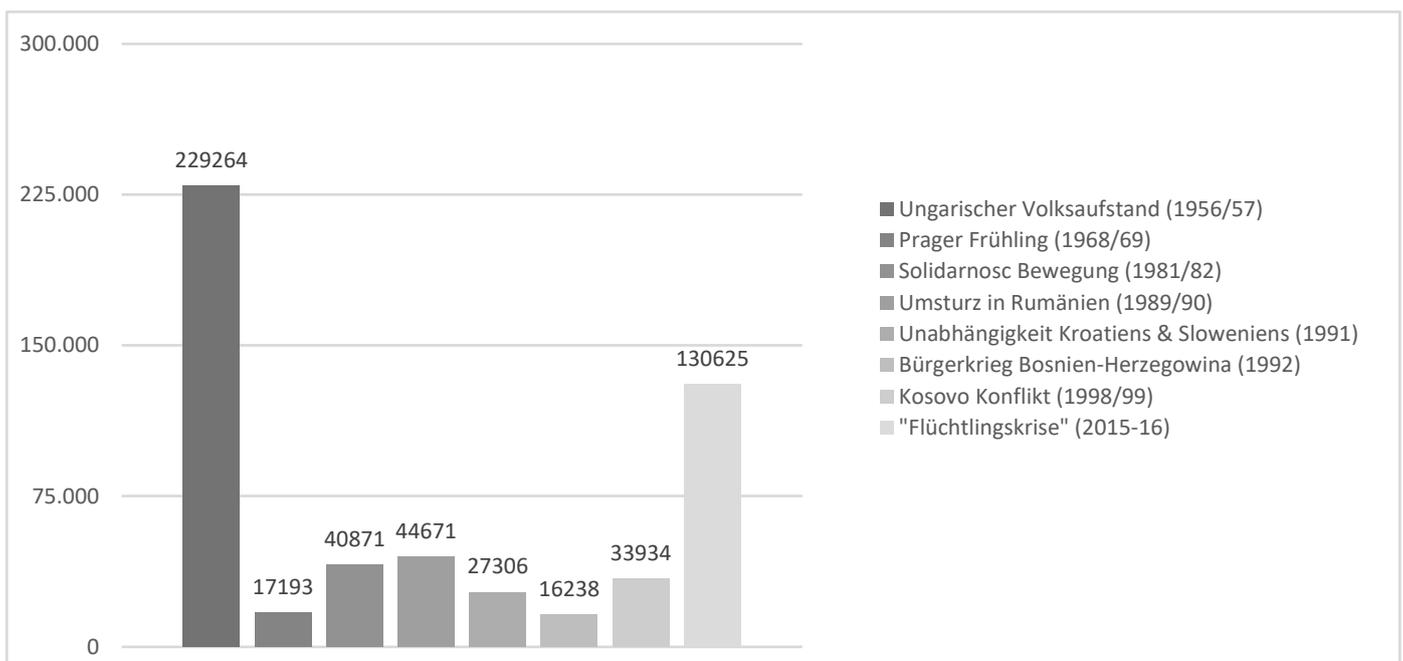


Abbildung 3 Jahre der "Flüchtlingswellen"

Quelle: Statistik Austria, Bundesanstalt Statistik Österreich. Asyl. online unter http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/wanderungen/asyl/index.html abgerufen am 05.03.2018 und Statistik Austria, BMI Asylstatistik. Grafik Anträge seit 1947 (unveröffentlicht).

Da es sich beim Begriff der *Flüchtlingswelle* jedoch nicht um einen wissenschaftlichen Begriff, sondern vielmehr um eine Metapher handelt, die als solche auch gezielt eingesetzt wird, kann nicht davon ausgegangen werden, dass *Flüchtlingswellen* einem wissenschaftlichen Prinzip folgen würden und demnach einer derartigen Analyse standhalten können. Dies zeigt sich deutlich an den vorangegangenen Überlegungen. Demnach ist es viel eher wahrscheinlich, dass die betreffenden *Wellen* sich durch einen

Blick auf den (historischen) Kontext des Diskurses zum Zeitpunkt der *Wellen* erklären lassen.

4.2. Zeitungen als Massenmedium

Das nun folgende Kapitel soll einen kurzen Einstieg zu Zeitungen als Medium für die Analyse geben, erläutern, warum sich Zeitungen für diskursanalytische Untersuchungen eignen und begründen, warum ein spezifisches Medium für diese Arbeit ausgewählt wurde. Es ist anzumerken, dass im Zuge der Kontextanalyse noch genauer auf das Medium der Analyse eingegangen werden soll (siehe Kapitel 5.2 „medialer Kontext“).

Auf Basis der oben angeführten Überlegungen zu den Zeiträumen der *Wellen* ist im Hinblick auf die historische Diskursanalyse nach Landwehr im Zuge der Korpusbildung der Umfang des Materials einzugrenzen und das Medium für die Analyse auszuwählen. Im Zuge dieser Arbeit wird Niklas Luhmanns Ansatz zu Massenmedien als Ausgangspunkt für die Festsetzung des Korpus herangezogen. Er meint: „Was wir über unsere Gesellschaft, wissen, wissen wir durch die Massenmedien.“⁷⁰ Der Sprachwissenschaftler Stephan Habscheid vertritt hinsichtlich der Frage der Einbeziehung massenmedialer Texte in die Diskurstheorie bzw. Analyse, die These, dass der massenmedialen Kommunikation im Rahmen der Diskursanalyse als Kommunikationsform besondere Aufmerksamkeit gelten müsse, wobei diese Kommunikationsform gekennzeichnet sei durch ihre technische Vervielfältigung. Diese vervielfältigten Texte würden durch die Diffusion bzw. Distribution der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden und zahlreiche Rezipienten, welche durch Anonymität sowie Heterogenität definiert seien, in unterschiedlichen geografischen und sozialen Orten erreichen.⁷¹

Grundsätzlich werden bei Massenmedien in semiotischer Hinsicht „visuelle Printmedien (Schrift, Bild), audiovisuelle Medien (u.a. bewegte Bilder, Lautsprache, Töne) und rein auditive Medien (Lautsprache, Töne)“⁷² unterschieden. Massenmedien sind laut Habscheid gekennzeichnet durch folgende Parameter:

- Multiplikation (Nutzung von technischen Mitteln zur Vervielfältigung)

⁷⁰ Luhmann, Niklas. Die Realität der Massenmedien (Opladen 21996) 9.

⁷¹ Vgl. Habscheid, Stephan. Text und Diskurs (Paderborn 2009) 100.

⁷² Ebda 101.

- Ausstrahlung (große Anzahl an anonymen und heterogenen Rezipienten)
- Ein-Weg-Kommunikation (keine Interaktion zwischen Produzenten und Rezipienten gefordert)
- Freiheitsgrade (Interpretationsspielräume für Rezipienten werden durch die Ein-Weg-Kommunikation gefördert)
- Agenda-Setting (Auswahl und Bündelung der Texte)
- strukturelle Integration (Ermöglichung von Prozessen der Selbstverständigung der Gesellschaft)
- Realitätsverdopplung (die Realität wird nicht nur beobachtet, sondern selbst konstruiert)
- operative Schließung (Selbstbezug der Arbeit durch Bestimmung der Relevanz von Themen)
- Diskurse (Ausbildung der Netzwerke von Texten)
- Intertextualität (Bezugnahme von Leittexten) sowie
- Irritation (Reizung der Gesellschaft durch Innovation bzw. Vergessen).⁷³

Die Zeitung sei dabei als „drucktechnisch reproduzierter Datenträger“ (wie auch bspw. Bücher) als Massenmedium zu sehen.⁷⁴ Die Printmedien als Teil der Massenmedien sind in unterschiedliche Gattungen zu unterteilen, die sich aufgrund ihres Inhaltes, ihrer Aktualität sowie Verbreitungsform und Erscheinungsweise unterscheiden. Politisch relevant sind üblicherweise „die überregional verbreiteten Qualitätszeitungen, regionale und lokale Abonnementszeitungen, Straßenverkaufs- oder Boulevardzeitungen, politische sowie religiöse Wochenzeitungen.“⁷⁵

Aufgrund ihrer Strukturierungsleistungen sind Printmedien bis heute politisch relevant. Sie berichteten im Unterschied zu anderen Medienformen umfassender und permanenter über politische Prozesse. Es ist anzumerken, dass Printmedien wie Zeitungen Strukturierungsleistungen in zeitlicher, sozialer und sachlicher Hinsicht vornehmen. Dieser Aspekt ist auch hinsichtlich der unterschiedlichen Erreichbarkeit der diversen Rezipienten zu sehen. Zeitungen als Printmedien erreichen häufig die politisch partizipierenden Angehörigen der Eliten und werden aufgrund dieses Umstandes durch politische Akteure mit Hinblick auf die Leserschaft des jeweiligen Mediums genutzt, um in bestimmter Weise mit der Wählerschaft in Dialog zu treten. Bestimmte Printmedien werden also von unterschiedlichen Teilen der Bevölkerung genutzt und auf diese unterschiedliche Leserschaft wird auch von Seiten der politischen Akteure eingegangen.

⁷³ Vgl. Habscheid, Stephan. Text und Diskurs (Paderborn 2009) 101f.

⁷⁴ Vgl. Ebda 100.

⁷⁵ Vgl. Jarren, Otfried. Donges, Patrick. Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung (Wiesbaden 32011) 262.

Häufig entsprechen die jeweiligen (Tages-) Zeitungen bestimmten politischen Richtungen. Auf diesen Umstand gehen die politischen Akteure in ihrer Kommunikation ebenfalls ein. Sie konzentrieren sich auf ihnen nahestehende Medien, wodurch das Medienpublikum spezifisch ausgerichtet wird. Dieser Umstand ist vielen LeserInnen durchaus bekannt. Die Politikproduktion und -rezeption agiert in diesem Spannungsfeld. Für Printmedien spezifisch ist dabei die nicht simultan stattfindende Berichterstattung wie dies bspw. bei Onlinemedien, dem Fernsehen oder Radio der Fall ist bzw. sein kann. Es wird bei Printmedien jedoch häufig umfangreicher informiert, als dies bei den vorangegangenen Medientypen möglich wäre.⁷⁶

Für wissenschaftliche Analysen sind laut dem deutschen Kommunikationsforscher Otfried Jarren überregionale Qualitätszeitungen dienlich. Es sollte, wie schon aufgezeigt, das politische Spektrum des jeweiligen Mediums berücksichtigt werden. Die Zeitungen können mit Augenmerk auf diese Ausrichtung auch in Hinblick auf Veränderungen und Umbrüche in der Berichterstattung untersucht werden. Außerdem ist auf die veränderte Realität der Tagespresse in Bezug auf die politische Bindung zu bestimmten Parteien hinzuweisen, wie dies bspw. bei Parteiblättern der Fall ist. Die Printmedien haben natürlich auch heute noch eine bestimmte Ausrichtung, es werden aber eher politische Strömungen und besonders einzelne politische Akteure unterstützt. So kann wohl kaum noch von Parteizeitungen die Rede sein.⁷⁷

Somit ist schlusszufolgern, dass sich eine überregionale Tageszeitung als Analysemedium einer Diskursanalyse gut eignet, da die Analyse einer Tageszeitung als Vertreter der Massenmedien einen umfassenden Blick auf die gesellschaftliche Struktur zum jeweiligen Zeitpunkt der *Wellen* ermöglicht. Eine Analyse von Online-Medien ist aufgrund des ausgewählten Zeitraumes von knapp 60 Jahren nicht zweckdienlich, da diese Medien sich in diesem Zeitraum erst entwickelt haben und daher nicht über alle der *Wellen* online berichtet werden konnte. Es stellt sich demnach die Frage, welche Zeitung für die Analyse in Frage kommt.

⁷⁶ Vgl. Ebda 262f.

⁷⁷ Ebda 263.

„Die Presse“ ist neben den „Salzburger Nachrichten“ sowie „Der Standard“ eine von derzeit drei überregionalen Qualitätszeitungen in Österreich. „Der Standard“ wurde erst im Jahr 1988 gegründet. Eine Analyse dieser Zeitung ist daher wenig zielführend, da nicht alle Zeiträume der *Wellen* abgedeckt werden würden.

Die Wahl zwischen den „Salzburger Nachrichten“ und „Die Presse“ fiel schlussendlich aufgrund der Blattlinie auf Die Presse. Diese lautet in Auszügen wie folgt:

Die Presse vertritt in Unabhängigkeit von den politischen Parteien bürgerlich-liberale Auffassungen auf einem gehobenen Niveau. Sie tritt für die parlamentarische Demokratie auf der Grundlage des Mehrparteiensystems und die Rechtsstaatlichkeit ein. [...] Die Presse betrachtet es als journalistische Standespflicht, ihre Leser objektiv und so vollständig wie nur möglich über alle Ereignisse von allgemeinem Interesse zu informieren. Stellung zu nehmen und Kritik zu üben wird von der Tageszeitung Die Presse als ihre Aufgabe und ihr unveräußerliches Recht angesehen.⁷⁸

Insgesamt greifen täglich rund 73 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher zu Tageszeitungen, wobei die Leserschaft bei den jugendlichen Zielgruppen kontinuierlich abnimmt. Mit Stand 2011 wies die Presse eine Reichweite von 3,7% auf.⁷⁹ Mit der Analyse der Zeitung „Die Presse“, die es sich zum Ziel gemacht hat, möglichst objektiv zu berichten und von einem nicht unerheblichen Anteil der politisch partizipierenden Bevölkerung konsumiert wird, scheinen Rückschlüsse auf die Intentionen der Akteure möglich.

Es ist anzumerken, dass Landwehr hinsichtlich der historischen Diskursanalyse darauf hinweist, dass bei der Analyse einzelner Medien das Resultat niemals einen vollgültigen Diskurs wiedergeben kann. Es handelt sich vielmehr um einen Diskursfaden, der dadurch nicht an Wichtigkeit verliert, jedoch im größeren Kontext gesehen werden sollte.⁸⁰

Für eine umfassendere Diskursanalyse müsste die sich wandelnde Medienlandschaft seit den 1950er Jahren ebenfalls ins Treffen geführt werden. Weiters sollte auf die Medien Radio sowie Fernsehen und unterschiedliche Printmedien wie Tageszeitungen und

⁷⁸ Die Presse. „Die Presse“ – Blattlinie online unter <https://diepresse.com/unternehmen/613276/Die-PresseBlattlinie> abgerufen am 11.05.2018.

⁷⁹ Vgl. Steinmaurer, Thomas. Medien und Medienpolitik in Österreich. Ein Überblick. In: Forum Politische Bildung (Hg.). Informationen zur Politischen Bildung (Bd. 35 Innsbruck-Wien-Bozen 2012) 9.

⁸⁰ Vgl. Landwehr, Historische Diskursanalyse 101.

Wochenblätter eingegangen werden. Hinsichtlich der Formalia einer Diplomarbeit scheint es jedoch zielführender zu sein, einen Diskursstrang zu betrachten und diesen dafür umfassend zu analysieren. Da es aufgrund des Umfangs der Arbeit ebenfalls nicht möglich ist, knapp 60 Jahre an Zeitungsartikeln zu katalogisieren sowie zu analysieren, wurde zur Eingrenzung sowie besseren Vergleichbarkeit zunächst jeweils der Zeitraum von einem Monat nach dem Start der vermeintlichen *Wellen* analysiert.

4.3. Forschungsfrage

Landwehr geht in seinem Werk zur Historischen Diskursanalyse darauf ein, dass der Korpus sowie die Fragestellung zur Analyse eng miteinander verknüpft sind und sich gegenseitig bedingen.⁸¹ Mit Bezug auf die eingangs angeführte Forschungsfrage dieser Arbeit und den Erkenntnissen dieses Kapitels zum Korpus hinsichtlich der vermeintlichen *Flüchtlingswellen* in Österreich sowie möglichen Quellen, lässt sich die Forschungsfrage nun wie folgt spezifizieren:

WIE HABEN SICH ZENTRALE BEGRIFFLICHKEITEN IM DISKURS UM FLÜCHTENDE IN ÖSTERREICH IN DER ÖSTERREICHISCHEN TAGESZEITUNG „DIE PRESSE“ IM ZUGE SOGENANNTER „FLÜCHTLINGSWELLEN“ SEIT 1955 VERÄNDERT?

5. KONTEXTANALYSE

Im nächsten Schritt der historischen Diskursanalyse nach Landwehr soll der Kontext des Diskurses betrachtet werden. Wie schon im Kapitel „Methodik“ (siehe Kapitel 3.) aufgezeigt, wird die Kontextanalyse in die Analyse des situativen, medialen, institutionellen sowie historischen Kontexts aufgespalten. Landwehr weist ebenso darauf hin, dass nicht immer jede der vier Kontextualisierungen bei einer Diskursanalyse betrachtet wird und im Bedarfsfall je nach Thema bestimmte Fragen hinzugefügt oder weggelassen werden können.⁸² Für die vorliegende Arbeit ist die Analyse des situativen Kontexts hinfällig, da dieser für die reine Analyse von Zeitungsartikel schlichtweg nicht anwendbar ist weil nicht zurückverfolgt werden kann, wann und in welcher Situation

⁸¹ Vgl. Landwehr, Historische Diskursanalyse 102.

⁸² Vgl. Ebda 105-110.

der/die JournalistIn den betreffenden Artikel verfasst hat. Im Zuge der Betrachtung des situativen Kontextes sollen laut Landwehr Fragen hinsichtlich des Zeitpunktes, der anwesenden Personen sowie der Lokalität der jeweiligen Situation gestellt und eventuell auftretende markante Eigenschaften und Rituale erfasst werden.⁸³ Im Folgenden werden demnach der mediale, institutionelle sowie historische Kontext untersucht. Im ersten Schritt wird bei der Untersuchung des historischen Kontexts ein kurzer Abriss zur Migrationsgeschichte in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg sowie der Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen zu Flucht und Asyl im selben Zeitraum aufgegriffen. Im nächsten Schritt wird in der Betrachtung des medialen Kontexts das Medium des Zeitungsartikels betrachtet, um schlussendlich, im Zuge der Analyse des institutionellen Kontexts, auf „Die Presse“ und ihre Ausrichtung sowie Geschichte einzugehen.

5.1. Historischer Kontext

Für die Betrachtung des Kontexts dieses Diskursstranges ist die historische Einbettung der *Wellen* notwendig. Dabei soll, laut Landwehr, auf die „politische, gesellschaftliche, ökonomische und kulturelle Gesamtsituation“⁸⁴ Rücksicht genommen werden.

Diese Einordnung der Situation soll keineswegs einen universalgeschichtlichen Überblick anstreben, sondern vielmehr eventuell vorhandene parallele Entwicklungen aufzeigen, die die Einordnung des Materials ermöglichen.⁸⁵ Darüber hinaus ist es notwendig, auf die Begrenzung der Darstellung zu den Zeiten der jeweiligen *Wellen* hinzuweisen. Es wird demnach lediglich der Zeitraum zwischen den 1950er Jahren bis zur Gegenwart betrachtet.

5.1.1. Migration in Österreich

Die Darstellung der Migrationsgeschichte in Österreich geht häufig mit dem Verweis auf die traditionsreiche Geschichte des Landes hinsichtlich des Umgangs mit und der Versorgung von *Flüchtlingen* einher. Diese Verweise implizieren häufig, dass Österreich

⁸³ Vgl. Ebda 107.

⁸⁴ Ebda 108.

⁸⁵ Vgl. Ebda 108.

mehr als genug für flüchtende Personen getan hätte und rein aufgrund seiner Geschichte als *Flüchtlingsland* gar keine Möglichkeit bestünde, dass die ÖsterreicherInnen zu Fremdenfeindlichkeit fähig wären.⁸⁶

Dadurch zeigt sich, dass mit der Situation der flüchtenden Personen auch eine Art nationaler Mythos über die Rolle Österreichs verbunden ist. Wichtig in diesem Zusammenhang ist dabei auch die Frage nach der Selektivität hinsichtlich der Gewährung von Asyl und wie sich diese Rahmenbedingungen im Laufe der Zeit verändert haben. Anhand dieser Indikatoren lässt sich die Positionierung des jeweiligen Landes im internationalen System bestimmen. Im internationalen Vergleich zeigt sich auch an den aktuellen Debatten, dass die Entscheidungen und Rahmenbedingungen, die schließlich dazu führen, dass jemand als *Flüchtling* anerkannt wird, jeweils von den Staaten getroffen werden und dass sich diese Rahmenbedingungen - obwohl in vielen Fällen von derselben Definition eines *Flüchtlings*, nämlich jener der UN, ausgegangen wird - so wie die unterschiedlichen politischen Interessen der Länder, einem steten Wandel unterziehen.⁸⁷

Wichtig ist für die österreichische Asylpolitik, dass diese seit Jahrzehnten als Teil der Migrationspolitik verstanden und den damit inhärenten Einschränkungen hinsichtlich Zuwanderung unterworfen wird. Es geht in diesem Zusammenhang viel eher darum, die Zahl der MigrantInnen möglichst klein zu halten und Menschen, wenn, dann möglichst gezielt ins Land zu lassen.⁸⁸

Österreich als Transitasylland – Das „Tor zum Westen“

Österreich konnte sich für den Zeitraum zwischen 1956 bis zum Fall des Eisernen Vorhangs im internationalen Vergleich als eine Art Vorzeigeland in Asylangelegenheiten etablieren. Wie schon im Kapitel über die Bildung des Korpus angegeben, kam es beispielsweise von Oktober 1956 bis zum Juni 1957 (zur Zeit des Aufstandes in Ungarn) zu 178.875 registrierten Grenzübertritten zur Zeit des Aufstandes in Ungarn. Anzumerken ist hierbei, dass die ungarisch-österreichische Grenze ab Jänner 1957 aufgrund der hohen Anzahl an flüchtenden Personen gesperrt wurde und der Großteil jener UngarInnen

⁸⁶ Vgl. Rathkolb, Oliver. Die paradoxe Republik. Österreich zwischen 1945 bis 2015 (Wien 2015) 52.

⁸⁷ Vgl. Volf, Der politische Flüchtling als Symbol der Zweiten Republik 417.

⁸⁸ Vgl. Demokratiezentrum Wien. Asyl in Österreich online unter <http://www.demokratiezentrum.org/wissen/wissensstationen/asyl-in-oesterreich.html> abgerufen am 30.04.2018.

bereits im November 1956 nach Österreich kam. Offiziell waren es etwa 180.000-194.000 UngarInnen, die in dieser Zeit nach Österreich flüchteten.⁸⁹ Auch in den Jahren 1968 und 1969 konnte Österreich seinem Ruf als Asylant gerecht werden, als etwa 163.000 Personen aus der Tschechoslowakei nach und über Österreich flüchteten. Weiters nahm Österreich in den 1970er Jahren freiwillig flüchtende Personen aus Ländern außerhalb Europas, wie bspw. Chile und Uganda, auf. Die gesellschaftliche Perzeption wandelte sich jedoch mit den Jahren 1981/82, als es zur sogenannten *Flüchtlingswelle* aus Polen kam. Damals flohen etwa 150.000 nach und über Österreich. Ab diesem Zeitpunkt gab es zunehmend mehr Stimmen, die sich für eine Wandlung hin zu einer restriktiveren Politik einsetzten.⁹⁰

Andreas Weigl schreibt über diese Zeit der „(Transit-) Migrationswellen“⁹¹, dass diese durch eine geringe Nachhaltigkeit gekennzeichnet gewesen seien, wenn es um die demografische Entwicklung in Österreich ging, denn die meisten der flüchtenden Personen hätten Österreich wieder verlassen. Er schreibt, dass beispielsweise bei den *Flüchtlingen* aus Ungarn schon im Jänner 1957 70% aus Österreich wieder abgereist wären. Auch bei der *Welle* der *Flüchtlinge* aus der Tschechoslowakei im Jahr 1968 hätten lediglich 12.000 bis zum Jahr 1970 einen Antrag auf Asyl gestellt. Im Vergleich dazu entsprechen die 33.000 Anträge der polnischen *Flüchtlinge* im Jahr 1981 einer deutlich höheren Zahl.⁹²

Dieser Wandel von einem Transitland hin zu einem Einwanderungsland für flüchtende Personen zeigt sich demnach sowohl in der Zahl jener Menschen, die mit dem Asylantrag ihren Bleibewillen in Österreich bewiesen, als offenbar auch recht zeitnah in der gesellschaftlichen Einstellung gegenüber *Flüchtlingen*.

⁸⁹ Vgl. Weigl, Andreas. Migration und Integration. Eine widersprüchliche Geschichte. Kulturabteilung der Stadt Wien, Hubert Christian Ehalt (Hg.). (Österreich Zweite Republik. Befund Kritik, Perspektive Bd 20 Innsbruck 2009) 31.

⁹⁰ Vgl. Demokratiezentrum Wien, Asyl in Österreich.

Münz, Rainer. Austria and its Migrants. In: Bischof, Günter. Plasser, Fritz. Pelinka, Anton et al (Hg.). Global Austria. Austria's Place in Europe and the World (Contemporary Austrian Studies New Orleans 2011) 186.

⁹¹ Weigl, Migration und Integration 33f.

⁹² Vgl. Ebda 33f.

Die „Migrationskrise“⁹³

Für den Zeitraum ab der Mitte der 1980er Jahre bzw. beginnend mit den flüchtenden Personen aus Polen kam auch der Begriff der *Migrationskrise* auf. In diesem Zeitraum kam es zur Flucht jener Personen aus Polen, die vermehrt in Österreich verweilen wollten und zur Verabschiedung immer restriktiverer Gesetze bezüglich der Gewährung von Asyl ab den 1990er Jahren sowie dem sogenannten Ausländervolksbegehren des Jahres 1992. Besonders mit der kolportierten *Welle* an rumänischen *Flüchtlingen* im Jahr 1989 und der damit einhergehenden Berichterstattung im österreichischen Boulevard dürfte eine Verschiebung der Meinungslage in der Öffentlichkeit stattgefunden haben. In Jahr 1990 kam es ebenfalls zur Stationierung des österreichischen Bundesheers an der Ost-Grenze. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs war es für Österreich nicht mehr möglich, sich als „Tor zum Westen“ zu positionieren und in Verbindung mit der steigenden Anzahl an *Flüchtlingen*, die in Österreich einen Antrag auf Asyl stellten, war es offenbar nicht mehr dienlich, die Rolle als Vorzeigeeasyland aufrecht zu erhalten.⁹⁴

Weigl leitet die „Migrationskrise“ dieser Jahre jedoch nicht nur aus den flüchtenden Personen aus dem zerfallenden Jugoslawien, sondern vielmehr aus der „Aktivierung bestehender Wanderungsketten aus Jugoslawien und der Türkei im Zuge einer sehr guten Konjunktion“⁹⁵ her. Die Zahlen der flüchtenden Personen in diesem Zeitraum, die zeitlich begrenztes Asyl erhielten, sind zwar relativ hoch (1991-1992 Kroatien: ca. 13.000; 1992-1995 Bosnien-Herzegowina: ca. 95.000; 1999 Kosovo-Albanien: 5.000), aber auch hier verließen viele der flüchtenden Personen Österreich wieder. Dabei wandelte sich die Situation jedoch derart, dass die Menschen nicht mehr über Österreich in ein anderes Land flohen, sondern viele wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehrten. Dies soll 1991 etwa einen großen Teil der flüchtenden Personen aus Kroatien betroffen haben sowie viele der Kosovo-AlbanerInnen des Jahres 1999. Hinsichtlich der flüchtenden Personen aus Bosnien ist anzumerken, dass hier der überwiegende Teil in Österreich verblieb. Von ihnen reisten rund 11.000 zurück in ihr Herkunftsland, 12.000 wanderten weiter.⁹⁶

⁹³ Ebda 18.

⁹⁴ Vgl. Demokratiezentrum Wien, Asyl in Österreich.

⁹⁵ Weigl, Migration und Integration 18.

⁹⁶ Vgl. Ebda 32-34.

Asyl- und Einwanderungsland wider Willen

Nach den Zahlen der UNHCR wurden zwischen 1945 bis 1995 rund zwei Millionen flüchtende Personen in Österreich aufgenommen, wovon sich ca. 650.000 längerfristig im Land niederließen. Bezogen auf die EinwohnerInnenzahl ist Österreich demnach aus der Sicht Weigls, das „Fluchtland Nummer 1 in Europa.“⁹⁷

Wie die vorangegangenen Darstellungen gezeigt haben, kann in der österreichischen Migrations- bzw. Asylgeschichte von einer Zäsur in den späten 1980er Jahren gesprochen werden, die den Wandel Österreichs von einem (Transit-) Asylland hin zu einem Einwanderungsland markiert. Damit zeitlich einhergehend sind der Wandel der Einstellung der Bevölkerung gegenüber Migration sowie der rechtlichen Rahmenbedingungen. Es stellt sich durchaus die Frage, ob sich diese Änderungen (und wenn ja in welchem Umfang) wechselseitig bedingt haben. Die Hilfsbereitschaft großer Teile der österreichischen Bevölkerung gegenüber flüchtenden Personen über Jahrzehnte hinweg soll jedoch keinesfalls herabgesetzt werden. Vor allem in der Anfangsphase als neutrales, mitteleuropäisches Land scheint seine Positionierung als das „Flüchtlingsland“ Österreich in Westeuropa sowie den USA einen guten Ruf verschafft zu haben. In jedem Fall zeigt sich ab den 1990er Jahren eine zunehmend restriktivere Gesetzeslage in Bezug auf Asyl in Österreich, weshalb man von einem Wandel in der öffentlichen Meinung im entsprechenden Zeitraum ausgehen kann.⁹⁸

5.1.2. Rechtliche Rahmenbedingungen

Bis zur Erlassung des Asylgesetzes von 1968 unterlagen die Angelegenheiten um flüchtende Personen in Österreich dem Fremdenpolizeigesetz und waren lediglich als Vorfrage zu einem Verfahren zu prüfen. Zwischen 1945 und 1968 war die „Feststellung einer Flüchtlingseigenschaft“ daher je nach Stand des jeweiligen Erlasses des Bundesministers für Inneres vorgegeben. Zudem wurden von der Regierung eigene Richtlinien zur generellen Asylpolitik ausgegeben. Da nicht bescheidmäßig entschieden wurde, konnte ein nicht vorhandener Bescheid auch nicht in der nächsten Instanz

⁹⁷ Weigl, Migration und Integration 33f.

⁹⁸ Vgl. Rathkolb, Die paradoxe Republik 52.

Vgl. Weigl, Migration und Integration 33f.

bekämpft werden. Des Weiteren waren bis 1968 auch keine Durchführungsbestimmungen zur Genfer Flüchtlingskonvention erlassen worden.⁹⁹

Das Asylgesetz von 1968 ermöglichte erstmals die bescheidmäßige Feststellung der *Flüchtlingseigenschaft*. Es war das Durchführungsgesetz zur Genfer Flüchtlingskonvention und wies eine geringe Regelungsdichte auf (bspw. hinsichtlich der Familienzusammenführung). Es wurden zwischen 1968 und 1991 jedoch aufgrund der Anforderungen des Asylgesetzes viele flüchtende Personen infolge fehlender Formalia wie Reisepass oder Sichtvermerk (Visum) bereits an der Grenze abgewiesen.¹⁰⁰

In den Jahren 1989 sowie 1990 kam es allerdings zunehmend zu Änderungen im noch geltenden Asylgesetz und so wurden bspw. Sichtvermerksabkommen (entspricht Visafreiheit) mit Bulgarien, der Türkei und Rumänien aufgehoben, Bundesheersoldaten zur Grenzsicherung eingesetzt und die Bedingungen für die Ausweisung und Zurückführung erleichtert. Zusätzlich wurde im Jahr 1991 das sogenannte Fremdenrechtspaket von der Regierung beschlossen. Dieses sah unter anderem eine Trennung zwischen der Reise- und der Einwanderungsfreiheit sowie zwischen *Flüchtlingen* und EinwanderInnen vor. Mit der Verabschiedung des Gesetzes wurde unter anderem das Bundesasylamt als Asylbehörde erster Instanz eingerichtet, die Drittstaatklausele (Einreise über ein sicheres drittes Land führt zur negativen Entscheidung über den Asylstatus) erstmals eingeführt und Standardsituationen erfasst, die zu schnelleren Verfahren und damit zu einer Entlastung der Behörden führen sollten. Allerdings zeigte sich bei der Durchführung der Verfahren, dass es nicht zu der gewünschten Entlastung kam.¹⁰¹ Die damalige Debatte zum Thema Migration wurde stark von der Thematik des Asyls überschattet. Teils wurden die Begriffe sogar als Synonyme gebraucht. In der öffentlichen Debatte wurde die Frage der Sicherheit ebenfalls häufig mit

⁹⁹ Vgl. Fassmann, Heinz, Fenzl, Heide-Marie. Asyl und Flucht. In: Fassmann, Heinz, Stacher Irene (Hg.). Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen- sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen (Wien 2003) 285.

¹⁰⁰ Vgl. Fassmann, Fenzl, Asyl und Flucht 285.

¹⁰¹ Vgl. Ebda 285f.

den Themenbereichen Asyl und Migration verbunden. Dies ist wohl mit als Grund der Regierung zu sehen, restriktivere Gesetze in Sachen Asyl zu verabschieden.¹⁰²

Mit dem Asylgesetz von 1997 wurde schließlich eine geänderte Drittstaatenklausel eingeführt, die Definition der Einreisebestimmungen an der Grenze geändert, ein beschleunigtes Verfahren eingeführt und der Unabhängige Bundesasylsenat (UBAS) als weisungsfreie Berufungsbehörde eingeführt.¹⁰³ Mit diesem Gesetz wurden das Fremden- und Asylrecht erstmals miteinander kombiniert.¹⁰⁴

Ebenfalls von Belang waren die Schritte zu einer europaweit einheitlicheren Gesetzeslage hinsichtlich der Thematik Asyl. Für Österreich bedeutete dies den Beitritt bzw. die Unterzeichnung des völkerrechtlichen Vertrages zum Schengen-Abkommen im Jahr 1985 und damit für die Bürger der Länder, die diesen Vertrag unterzeichneten, das Überschreiten der Binnengrenzen ohne Personenkontrollen. Einen weiteren bedeutenden Schritt markierte das Dubliner Abkommen von 1990, welches Zuständigkeitsregeln innerhalb der Europäischen Gemeinschaft enthielt.¹⁰⁵ Nach dem Beitritt Österreichs zur EU im Jahr 1995 musste mit dem Asylgesetz von 1997 ebenfalls auf das Dubliner Übereinkommen von 1990 Rücksicht genommen werden. Das Prinzip des „sicheren Herkunftsstaates“ wurde mit diesem Gesetz wieder abgeschafft.¹⁰⁶ Eine Besonderheit in der Gesetzeslage stellen die sogenannten „De-facto-Flüchtlinge“ dar. Bei diesen handelt es sich um *Flüchtlinge*, die lediglich auf eine zeitlich begrenzte Zeit aufgenommen werden.¹⁰⁷

Zu einer weiteren Änderung in der Gesetzeslage kam es mit der Novellierung des Fremden- und Asylgesetzes im Jahr 2003. Dies betraf unter anderem die Bereiche der Einbindung von Sicherheitsbehörden, die Etablierung eines Zulassungsverfahrens, das in Erstaufnahmestellen geführt wurde, sowie vereinfachte Familienverfahren und die Zurverfügungstellung einer Rechtsberatung für jede/n Asylwerber/in. Außerdem wurden

¹⁰² Vgl. Kraller, Albert. The case of Austria. In: Zincone, Giovanna. Penninx, Rinus. Borkert, Maren (Hg.). Migration Policymaking in Europe. The Dynamics of Actors and Contexts in Past and Present (Amsterdam 2011) 32f.

¹⁰³ Vgl. Fassmann, Fenzl, Asyl und Flucht 286.

¹⁰⁴ Vgl. Kraller, The case of Austria 34.

¹⁰⁵ Vgl. Fassmann, Fenzl, Asyl und Flucht 268f.

¹⁰⁶ Vgl. Nationaler Kontaktpunkt Österreich im Europäischen Migrationsnetzwerk. Die Gestaltung der Asyl- und Migrationspolitik in Österreich. Internationale Organisation für Migration (Hg.) (Wien 2015) 31.

¹⁰⁷ Vgl. Fassmann, Fenzl, Asyl und Flucht 297f.

verpflichtende „Integrationskurse“ unter anderem für Drittstaatsangehörige sowie die Mitwirkungspflicht für Asylsuchende eingeführt.¹⁰⁸

Mit dem Asylgesetz von 2005, welches im Zuge des Fremdenrechtspakets von 2005 erlassen wurde, kam es zu einer teils tiefgreifenden Reformierung des österreichischen Migrationsrechts. Beim Asylgesetz selbst wurden hingegen lediglich zu verfahrens-, daten- und organisationsrechtlichen Bestimmungsänderungen vorgenommen.¹⁰⁹ Im Zuge des Pakets wurde jedoch das Fremdengesetz in das Fremdenpolizeigesetz umgewandelt und das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz geteilt.¹¹⁰

Zur nächsten Änderung kam es 2009. Diese sah die Etablierung zweier EU-Richtlinien vor, die es Unionsbürgern ermöglichen sollten, sich im Raum der Mitgliedsstaaten frei zu bewegen. Außerdem wurden unter anderem weitere Methoden zur Feststellung bei angezweifelter Minderjährigkeit von Asylsuchenden etabliert. Auch im Jahr 2011 wurde ein Fremdenrechtspaket beschlossen. Dieses sah unter anderem ein Quotensystem mitsamt einem Kriterienkatalog für hochqualifizierte ZuwanderInnen und eine Sprachkenntnispflicht für Drittstaatsangehörige schon vor der Einreise vor.¹¹¹

2013 kam es schließlich zum Dublin III Abkommen. Mit Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.06.2013 wurde festgelegt und bestimmt, welcher Mitgliedsstaat jeweils für die Prüfung eines Antrags zuständig ist, der von einem Drittstaatenangehörigen oder einer staatenlosen Person gestellt wurde.¹¹² Auch mit dem Jahr 2015 kam es zu Änderungen im Fremdenrechtsgesetz. Diese Novellierung sah unter anderem ein gemeinsames Konzept für die Aufnahme und Versorgung von AsylwerberInnen durch Bund und Länder sowie die Möglichkeit eines beschleunigten Verfahrens (innerhalb von 5 Monaten) vor.¹¹³

Mit der am 27.04.2016 im Nationalrat beschlossenen Sonderbestimmungen des Asylgesetzes wurde die Möglichkeit einer zeitweiligen Einschränkung des Rechts auf ein

¹⁰⁸ Vgl. Vogl, Mathias. Die jüngere Entwicklung im Bereich des Asyl- und Fremdenrechts. In: Fassmann, Heinz. 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht 2001-2006 (Wien 2007) 19ff.

Vgl. Nationaler Kontaktpunkt Österreich, Die Gestaltung der Asyl- und Migrationspolitik in Österreich 32.

¹⁰⁹ Vgl. Vogl, Die jüngere Entwicklung im Bereich des Asyl- und Fremdenrechts 24.

¹¹⁰ Nationaler Kontaktpunkt Österreich, Die Gestaltung der Asyl- und Migrationspolitik in Österreich 32f.

¹¹¹ Vgl. Ebda 33f

¹¹² Vgl. Beck, Jürgen (Hg.). Exodus Europa. Die Flüchtlingskrise 2015 (Altenmünster 2015) 58.

¹¹³ Nationaler Kontaktpunkt Österreich, Die Gestaltung der Asyl- und Migrationspolitik in Österreich 36f und 69

Asylverfahren beschlossen, sofern es zu einer Überforderung bzw. Überlastung der staatlichen Behörden oder öffentlichen Dienste kommen sollte. Weiters wurde mit dem Asylrechtspaket der Familiennachzug weiter erschwert und die Möglichkeit eines befristeten Asylstatus eingeführt.¹¹⁴

Im Jahr 2017 wurden weitere Änderungen durch das sogenannte Fremdenrechtsänderungsgesetz 2017 (BGBl I Nr. 84/2017 sowie 145/2017) am Asylgesetz vorgenommen. Dabei war nach eigener Diktion das vorrangige Ziel die Abschiebung von AsylwerberInnen, deren Antrag auf Asyl abgewiesen wurde. Es sah höhere Strafen für „ausreiseunwillige Fremde“ sowie die Ausweitung der Schubhaft, Wohnsitzauflagen und Gebietsbeschränkungen vor, um den betreffenden Personen das *Untertauchen* zu erschweren.¹¹⁵

Das Fremdenrechtsänderungsgesetz 2018, welches sich derzeit noch in der Begutachtungsphase befindet und voraussichtlich mit 01.09.2018 in Kraft treten soll, sieht weitere Änderungen im asylrechtlichen Verfahren vor. Es soll unter anderem ein beschleunigtes Verfahren zur Aberkennung des Status des Asylberechtigten im Fall der „freiwilligen Inanspruchnahme des Schutzes des Heimatstaates“ ermöglicht werden. Außerdem soll die Möglichkeit geschaffen werden, von Asylwerbern mitgeführte Datenträger (Mobiltelefone) sicherzustellen und diese auszuwerten. Auch sollen die Asylwerber durch eine „Beitragspflicht“ zur Deckung eines Teils der durch sie entstandenen Kosten herangezogen werden. Welcher durch die „Sicherstellung von mitgeführtem Bargeld“ der betreffenden Asylwerber durchgeführt werden soll.¹¹⁶

5.2. Medialer Kontext

Bei der Untersuchung des medialen Kontexts wird auf die Medienform des untersuchten Materials eingegangen. Im Zuge der Betrachtung soll dabei die Art des Mediums sowie

¹¹⁴ Parlamentsdirektion, Republik Österreich. Parlamentskorrespondenz Nr. 411 vom 27.04.2016. Recht auf Asylverfahren kann künftig zeitweilig eingeschränkt werden online unter https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2016/PK0411/ abgerufen am 08.05.2018.

¹¹⁵ Parlamentsdirektion, Republik Österreich. Parlamentskorrespondenz Nr. 817 vom 28.06.2017. Fremdenrechtspaket bringt Gebietsbeschränkungen für Flüchtlinge und Beugehaft online unter https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2017/PK0817/index.shtml abgerufen am 08.05.2018.

¹¹⁶ Vgl. Fremdenrechtsänderungsgesetz 2018 online unter <https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/module?genetics.am=Content&p.contentid=10007.323932> abgerufen am 08.05.2018.

dessen Wirkmacht betrachtet werden. In der vorliegenden Arbeit handelt es sich beim Korpus ausschließlich um Zeitungsartikel. Es wird daher demgemäß auf das Medium der Zeitung eingegangen.¹¹⁷

5.2.1. Geschichte der Massenmedien

Wie schon im Kapitel zur Korpusbildung (siehe Kapitel 4.2) aufgezeigt wurde, sind Zeitungen als Teil der Massenmedien zu sehen. Daher erscheint es durchaus sinnvoll, auch einen Blick auf Massenmedien an sich zu werfen. Eine mögliche geschichtliche Einstufung unterschiedlicher Medien gibt Jürgen Wilke. Er skizziert folgende Phasen der Kommunikationsgeschichte:

- ausschließliche Oralität (34.000 v. Chr. bis 3. Jahrtausend v. Chr.)
- Schrift und literalisierte Kommunikation (Mitte 3. Jahrtausend v. Chr. bis ins Mittelalter)
- Druckbasierte Kommunikation (seit Mitte des 15. Jh.)
- Bild- und Tonmedien (ab etwa Mitte 19. Jh. bis spätes 20. Jh.)
- Multimedialisierung (ab spätes 20. Jh.)¹¹⁸

Friedrich Krotz hingegen schreibt von sogenannten Mediatisierungsschüben, „die die soziale Bedeutung von Zeit und Raum veränderten, die sozialen Beziehungen und Normen der Menschen, die Machtkonstellationen, Werte, Traditionen und sozialen Regeln einerseits erodieren ließen, andererseits dafür entsprechende andere Bedingungen von Alltag und Leben schufen.“¹¹⁹ Er macht die Schübe an folgenden Neuerungen fest: Im ausgehenden Mittelalter durch das Buch, am Beginn der demokratischen Entwicklung durch die ersten Tageszeitungen, die Benachrichtigung in Echtzeit an den Fronten durch das Radio, aber auch durch den Volksempfänger der Nationalsozialisten sowie die Fernbedienung in der Konsumgesellschaft oder die Emotionalisierung durch das Fernsehen und schließlich die weltweite digitale Vernetzung durch Computer und das Internet. Er konstatiert für diese Entwicklungen eine Auswirkung auf die Kommunikation und damit auch die Gesellschaft, da seiner Ansicht nach Gesellschaft, Denken, Identität sowie Kultur und Alltag in erster Linie auf sozialer Kommunikation aufbauen.¹²⁰

¹¹⁷ Vgl. Landwehr, Historische Diskursanalyse 107.

¹¹⁸ Vgl. Pürer, Heinz. Medien in Deutschland. Presse – Rundfunk – Online (Stuttgart 2015) 19f.

¹¹⁹ Krotz, Friedrich. Kultureller und gesellschaftlicher Wandel im Kontext des Wandels von Medien und Kommunikation. In: Thomas, Tanja (Hg.) Medienkultur und soziales Handeln (Wiesbaden 2008) 54.

¹²⁰ Krotz, Kultureller und gesellschaftlicher Wandel im Kontext des Wandels von Medien und Kommunikation 54.

Zeitungen stellen als Teil der druckbasierten Kommunikation das älteste publizistische Massenmedium dar. Die ersten Periodika starteten zu Beginn des 17. Jahrhunderts. Es entstanden die Medien der Zeitung und der Zeitschrift. Ihr Ziel war es, Aussagen an ein bestimmtes, jedoch weit gestreutes Publikum zu verbreiten. Die Zeitung als Medium trug und trägt auch heute noch zur öffentlichen Meinungsbildung bei und ist in den Alltag vieler Menschen integriert. Die Leserschaft will einerseits möglichst objektiv über bestimmte Thematiken und die aktuelle Lage informiert, andererseits jedoch auch unterhalten werden.¹²¹

Die derzeitige Situation der Zeitungs- und Zeitschriftenlandschaft lässt sich durch zwei konträre Merkmale charakterisieren. Eine Reduktion der Umsätze der Zeitungen ist nicht von der Hand zu weisen. Diese Rückgänge sind auf soziale Faktoren, wie die unterschiedlichen Tagesabläufe der Bevölkerung, sowie auf die Konkurrenz zu anderen Medienformen zurückzuführen. Damit einhergehend haben sich Reichweite und Nutzungsmöglichkeiten der Massenmedien, zu denen die Presse auch heute noch zu zählen ist, in den letzten Jahren enorm gesteigert. Nicht zu vergessen ist weiters der Wandel in der Nutzung von Tageszeitungen. Während gedruckte Tageszeitungen ihrer Leserschaft (mit Ausnahme von Leserbriefen) keinerlei Interaktionsmöglichkeit bieten, ist dies bei der Nutzung von Online-Medien anders. Die Personen können durch Foren direkt mit anderen LeserInnen kommunizieren und die Nachrichten in Echtzeit empfangen. Auch die Interaktion mit Artikeln im Zuge der sozialen Medien, allen voran Facebook, zeigt neue Kommunikationsmöglichkeiten für die NutzerInnen auf.¹²²

Die Druckmedien werden durch diese Multimedialisierung jedoch nicht verdrängt. Es zeigen sich vielmehr die Unterschiedlichkeiten im Nutzungsverhalten der Leserschaft. Während die Buchtitelproduktion sich seit 1990 mehr als verdoppelt hat und auch mehr und mehr Zeitschriften auf den Markt drängen, haben die Tageszeitungen, wie schon

¹²¹ Vgl. Pürer, Medien in Deutschland 25.

Vgl. Zierer, Brigitta. Politische Flüchtlinge in österreichischen Printmedien (Abhandlungen zu Flüchtlingsfragen Bd 23 Wien 1998) 115.

¹²² Vgl. Faulstich, Werner. Die Mediengeschichte des 20. Jahrhunderts (München, 2012) 406.

Vgl. Schulz, Winfried. Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung (Wiesbaden 32011) 19.

angemerkt, mit einem Rückgang der Auflage zu kämpfen. Wohingegen die Verbreitung von Online-Zeitungen im Internet mehr und mehr Anklang findet.¹²³

5.2.2. Massenmedien und Diskurs

Im Folgenden soll nun auf die Auswirkung der Massenmedien in Diskursen eingegangen werden. Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang der Aspekt der Wissenskstitution durch Massenmedien. Deren Texte, wie jene von (Tages-)Zeitungen, stellen laut Stephan Habscheid zentrale Knoten in Diskursen dar, da diese Texte als Diskursfragmente häufig von anderen Akteuren des Diskurses aufgenommen werden. Beispielhaft könnte hierfür diese Arbeit angenommen werden, die als Teil des Diskurses jene Texte aus Zeitungen analysiert und wiedergibt. Diese Texte stellen also besonders einflussreiche Diskursbeiträge dar. In diesem Zusammenhang ist jedoch anzumerken, dass Massenmedien im herkömmlichen Sinn von drucktechnisch produzierten Zeitungen und Zeitschriften in diskursanalytischer Sicht zumindest diskutabel sind, da sie (wie oben schon angedeutet) keinerlei Anschlusshandlungen ermöglichen. Aufgrund der fehlenden Daten hinsichtlich der Interaktion ist es notwendig zu erwähnen, dass man zwar davon ausgeht, dass diese massenmedialen Texte in die Gesellschaft hinein wirken, man jedoch nicht darlegen kann, was diese Wirkung ausmacht. Ferner warnt Habscheid davor, die Gruppe der RezipientInnen zu idealisieren. Diese sei vielmehr vor dem jeweiligen gesamtgesellschaftlichen Kontext zu sehen.¹²⁴

Ein weiterer wesentlicher Aspekt der Auswirkung von Massenmedien auf Diskurse ist jener der Thematisierungsfunktion bzw. der Selektion von Informationen und der damit einhergehende konstruktive Charakter der Medien. Was die Thematisierungsfunktion angeht, so betrachten Personen jene Themen häufig als wichtig, über die in den Medien regelmäßig und umfassend berichtet wird. Diese Selektion der Massenmedien findet jedoch vielfach vor dem Hintergrund ökonomischer Aspekte statt und stimmt nicht zwangsweise mit den Kriterien der Relevanz anderer Diskursakteure überein.¹²⁵

¹²³ Vgl. Ebda 21.

¹²⁴ Vgl. Habscheid, Stephan. Text und Diskurs (Paderborn 2009) 102f.

¹²⁵ Vgl. Nieland, Jörg-Uwe. Lovric, Ingrid. „Ein Kreuz für Deutschland.“ Chancen und Grenzen unterhaltender Politikvermittlung. In: Thomas, Tanja (Hg.) Medienkultur und soziales Handeln (Wiesbaden 2008) 281.

Von immenser Bedeutung ist in diesem Zusammenhang ebenfalls, dass nicht alle Personen aktiv eine politische Rolle wahrnehmen und der Großteil der Bevölkerung daher häufig nicht direkt an der öffentlichen Kommunikation oder dem politischen Geschehen teilnimmt. Die Medien vermitteln diesen BürgerInnen daher das politische Geschehen und konstituieren durch die von ihnen vorgenommene Selektion der Themen, was einem überwiegenden Teil der Bevölkerung mitgeteilt wird.¹²⁶

In diesem Zusammenhang ist die Begrifflichkeit der öffentlichen Meinung wichtig und interessant. Diese wird durch die Sammlung und Verbreitung bestimmter Themen durch Massenmedien beeinflusst und ist im Unterschied zur Bevölkerungsmeinung zu sehen. Eilders beschreibt den Unterschied wie folgt: „Während die Bevölkerungsmeinung das Aggregat von Individualmeinungen darstellt, lässt sich öffentliche Meinung beschreiben als Summe öffentlicher Sprecherbeiträge.“¹²⁷ So kann es vorkommen, dass eine gesellschaftliche Interessenslage nicht im selben Ausmaß in der öffentlichen Meinung zu Tage getragen wird, da bestimmte Beiträge sich durchsetzen können, während andere nicht berücksichtigt werden. Die betreffenden Beiträge werden unter anderem durch die öffentlichen Medien verarbeitet, vermittelt und veröffentlicht und können so zur öffentlichen Meinung werden. Diese Aufmerksamkeit auf bestimmte Beiträge geht einher mit einer umfassenden Selektivität des Systems. Nur den wenigsten Beiträgen des weltweiten Geschehens wird Aufmerksamkeit zuteil. Die meisten Ereignisse werden im Hinblick auf die Aufmerksamkeitsökonomie des Systems nicht berücksichtigt. Studien zur Selektivität der Nachrichten weisen darauf hin, dass jene Ereignisse, die berücksichtigt und veröffentlicht werden, häufig ein hohes Konfliktniveau aufweisen, negativ oder bedrohlich sind und an Orten stattfinden, die sich in geographischer, wirtschaftlicher oder kultureller Nähe zum Publikationsort befinden.¹²⁸

Vgl. Kühne, Kai. Mitbestimmung und Massenmedien. Zeitungen als politische Akteure im deutschen Mitbestimmungsdiskurs. In: Industrielle Beziehungen Vol. 18(4) (2011) 243.

¹²⁶ Vgl. Eilders, Christiane. Massenmedien als Produzenten öffentlicher Meinungen – Pressekommentare als Manifestation der politischen Akteursrolle. In: Pfetsch, Barbara. Adam, Silke (Hg.) Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen (Wiesbaden 2008) 32.

¹²⁷ Vgl. Eilders, Massenmedien als Produzenten öffentlicher Meinungen 33.

¹²⁸ Vgl. Ebda 33 -34.

In jedem Fall ist die Akteursrolle der Massenmedien in gesellschaftlichen und politischen Systemen nicht von der Hand zu weisen. Sie greifen in die politische Meinungsbildung ein und beeinflussen das System folglich.¹²⁹

5.2.3. Medienpolitik

Laut Thomas Steinmaurer ist hinsichtlich der Beziehung zwischen Politik und Medien davon auszugehen, dass die Medien großen Einfluss auf die Politik ausüben. Durch die Aufmerksamkeit des Publikums, der WählerInnenschaft, die den Medien inhärent ist, besitzen diese eine Art „Druckmittel“, um der Politik ihre Logik und bestimmte Begrifflichkeiten zunehmend aufzuzwingen.¹³⁰ Kai Kühne weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die politische Öffentlichkeit sich, anders als beispielsweise in der antiken Polis, heute durch Massenmedien kennzeichnet. Wie bereits oben angedeutet, stellen Massenmedien in ihren unterschiedlichen Formen häufig die einzige Informationsquelle der Bevölkerung dar, wenn es um politische Gegebenheiten geht. Es ist daher von einer Korrelation zwischen der Darstellung der Medien und der Meinung der WählerInnen auszugehen.¹³¹ Es stellt sich demnach durchaus die Frage, inwieweit die Medien reguliert werden sollten, um eine professionelle Distanz zwischen Medien und der Politik sicherzustellen.¹³²

Was die Situation in Österreich betrifft, ist anzumerken, dass sich diese bisher eher als reaktiv bezeichnen lässt. Steinmaurer konstatiert dahingehend: „Lange war die Gestaltung der Rahmenbedingungen den dominierenden Hauptakteuren, dem ORF oder den Zeitungsherausgebern, überlassen worden.“¹³³ Er diagnostiziert für Österreich eine „unaufgeklärte Nähe der Politik zu den Medien“¹³⁴ und beschreibt eine fehlende professionelle Distanz zwischen der Politik und sowohl dem Rundfunk als auch den Printmedien. Des Weiteren weist er auf die Kommerzialisierungstendenzen der österreichischen Medienlandschaft sowie die starke Konzentration und den

¹²⁹ Vgl. Ebda 27f.

¹³⁰ Vgl. Steinmaurer, Medien und Medienpolitik in Österreich 6.

¹³¹ Vgl. Kühne, Mitbestimmung und Massenmedien 243.

¹³² Vgl. Steinmaurer, Medien und Medienpolitik in Österreich 7.

¹³³ Ebda 13.

¹³⁴ Ebda 15.

verhältnismäßig großen Boulevardsektor hin, die sich nicht vorteilhaft auf die Beziehung zwischen Medien und Politik auswirken.¹³⁵

Es lässt sich sohin zusammenfassen, dass Zeitungen durch ihren konstituierenden Faktor als Teil der Massenmedien eine erhebliche Wirkmacht auf die Meinungsbildung der Bevölkerung zuzuschreiben ist. Dies legitimiert die Wahl einer überregional erscheinenden Tageszeitung für die Analyse eines Diskursstranges über weite Zeiträume hinweg und zeigt auf, dass Zeitungen durch ihre Thematisierungsfunktion sowie Selektivität den Blick der Leserschaft auf bestimmte Themenbereiche fokussiert, während andere Thematiken weniger umfassend behandelt werden. Weiters ist davon auszugehen, dass die Politik in Wechselwirkung zu den Printmedien Wirkmacht auf ebendiese hat und durchaus Einfluss darauf nimmt, welche Themenbereiche Zugang in die Printmedien finden. Es stellt sich daher als nächstes die Frage, wie die Medienlandschaft in Österreich bestellt ist. Dahingehend lohnt es sich, einen Blick auf die Entstehungsgeschichte sowie Blattlinie der Zeitung „Die Presse“ zu werfen.

5.3. Institutioneller Kontext

Im nun folgenden Teil der Kontextualisierung zur Analyse soll es um die Bedingungen gehen, unter denen das zu untersuchende Material, in diesem Fall die betreffenden Zeitungsartikel, entstanden sind. Dies beinhaltet die Frage nach der Charakterisierung der Zeitung „Die Presse“ sowie die Einbettung dieses Mediums in die Geschichte der österreichischen Presselandschaft.¹³⁶

5.3.1. Die Österreichische Presselandschaft

Die Geschichte der Österreichischen Presselandschaft soll im Folgenden kurz betrachtet werden, um die Entstehungsgeschichte und Positionierung der Zeitung „Die Presse“ im größeren Kontext sehen zu können. Da die betreffenden *Wellen* den Zeitraum ab 1956 abdecken, soll auch die Presselandschaft ab den 1950er Jahren betrachtet werden.

¹³⁵ Vgl. Ebda 15.

¹³⁶ Vgl. Landwehr, Historische Diskursanalyse 107f.

Thomas Steinmaurer geht für den Zeitraum der Nachkriegsjahre von einer Phase des Wiederaufbaus aus, der ab den 1950er Jahren von einem Konsolidierungs- und Konzentrationsprozess abgelöst wird. Er weist auf einen Rückgang des zunächst einsetzenden Auflagenbooms sowie eine Anpassung an Marktbedingungen hin und beruft sich dabei auch auf die Tatsache, dass mit der Unabhängigkeit Österreichs 1955 die Zeitungen der Besatzungsmächte entweder schon eingestellt waren oder an österreichische Eigentümer übergeben worden waren.¹³⁷

Für die Jahre zwischen 1967 und 1972 sieht Steinmaurer eine Phase des besonderen Konzentrationsdrucks, da in dem betreffenden Zeitraum von nur sechs Jahren, fünf Tageszeitungen eingestellt werden mussten. Er führt dieses Zeitungssterben vorrangig auf die immer stärker werdende Präsenz der Boulevardzeitungen „Kurier“ sowie „Neue Kronen-Zeitung“ zurück.¹³⁸

Die nächste wesentliche Änderung auf dem österreichischen Pressemarkt sieht er ab dem Jahr 1987, als weitere Parteienzeitungen trotz der Tatsache, dass sie durchaus staatlich gefördert waren, eingestellt werden mussten. Im selben Zeitraum sieht er eine wesentliche Veränderung durch die Etablierung großer bundesdeutscher Verlage in der österreichischen Presselandschaft. Diese begannen ab dem Ende der 1980er Jahre, sich auch hierzulande zu beteiligen.¹³⁹

Er sieht die innerösterreichische Kooperation der 1990er als Reaktion auf dieses deutsche Eingreifen in den österreichischen Markt. Dabei hebt er besonders den Erwerb der Zeitung „Die Presse“ durch den Styria Konzern hervor. Dieser Umstieg fand zunächst zu Teilen im Jahr 1991 statt und wurde im Dezember 1999 vervollständigt. Steinmaurer konstatiert der österreichischen Presselandschaft auch im europäischen Vergleich einen Markt der geringen Vielfalt sowie eine hohe Auflagenkonzentration. Ein gutes Beispiel hierfür ist die „Neue Kronen-Zeitung“.¹⁴⁰

¹³⁷ Vgl. Steinmaurer, Thomas. Konzentriert und verflochten. Österreichs Mediensystem im Überblick (Beiträge zur Medien- und Kommunikationsgesellschaft 10 Wien 2002) 13f.

¹³⁸ Vgl. Steinmaurer, Österreichs Mediensystem im Überblick 14f.

¹³⁹ Vgl. Ebda 17.

¹⁴⁰ Vgl. Ebda 20f.

5.3.2. Geschichte der Zeitung „Die Presse“

Die Zeitung „Die Presse“ ist neben den „Salzburger Nachrichten“ sowie der Zeitung „Der Standard“ eine der drei überregionalen, sogenannten Qualitätszeitungen in Österreich. Sie wird nach dem Zweiten Weltkrieg unter Ernst Molden ab dem 26.01.1946 bis zum 19. Oktober 1948 zunächst als Wochenzeitung, im Anschluss (und bis zum heutigen Tage) als Tageszeitung (seit 15.03.2009 auch „Die Presse“ am Sonntag) aufgelegt.¹⁴¹

Zur Ausrichtung der Zeitung definieren sich die Autoren in der ersten Ausgabe wie folgt:

„Die Presse“ hat nur einen Programmpunkt: Zum Nutzen von Volk und Staat, zugleich ein Wiener, ein österreichisches und ein europäisches Blatt zu sein. Sie ist niemandem verpflichtet und fühlt sich einzig an diese selbstgesetzte Aufgabe gebunden. [...] „Die Presse“ will, an die besten Traditionen der großen Tage der österreichischen Journalistik im Kampf für die Freiheit und für die neuen Formen der Gemeinschaft bewußt anknüpfend, als eine mahnende Stimme wirken, über den Pflichten der Gegenwart, so drängend sie seien, der noch größeren Pflichten gegenüber der Zukunft und des lebendigen Erbes der Vergangenheit, deren harmonische Verbindung stets eine der besten Seiten österreichischen Wesens war, immer eingedenk zu bleiben.[...]„Die Presse“ wird, der nie unterbrochenen Mission Wiens und Österreichs getreu, in gleicher Weise ein Interpret österreichischen Geistes vor der Welt, ein Sprachrohr unseres Volkes in der Gesellschaft der Völker, eine Brücke zwischen Ost und West und also eine Stätte des Austausches der Erfahrungen und der geistigen Reichtümer aller Nationen im Interesse wechselseitigen Verstehen sein.¹⁴²

Günther Haller geht in diesem Zusammenhang auf die Skepsis der Regierung gegenüber dem unabhängigen und bürgerlichen Blatt ein und gibt an, dass sich „Die Presse“ nicht als Sprachrohr einsetzen lassen wollte.¹⁴³

Die erste eigene Druckerei übernahm „Die Presse“ mit 01.10.1956 im „Presse-Haus“ am Fleischmarkt und konnte so wenige Wochen später, im Zuge des Ungarnaufstandes, die

¹⁴¹ Vgl. Seethaler, Josef. Österreichische Tageszeitungen- über 100 Jahre alt. (Arbeitsberichte der Kommission für historische Pressedokumentation Nr. 2 /2. Version Wien 2005) 4f.

Vgl. Haller, Günther. Die zweite Republik. In: Kainz, Julius. Unterberger, Andreas. Ein Stück Österreich. 150 Jahre „Die Presse“ (Wien 1998) 194f.

Vgl. Wien Geschichte Wiki. Die Presse online unter https://www.wien.gv.at/wiki/index.php/Die_Presse abgerufen am 26.04.2018.

¹⁴² In: Die Presse (26.01.1946) 1.

¹⁴³ Vgl. Haller, Die zweite Republik 195ff.

erste Bewährungsprobe meistern.¹⁴⁴ Während der betreffenden Wochen hielten sich bis zu vier Mitarbeiter vorübergehend in Ungarn auf, um dem Blatt so authentische Vor-Ort-Berichte liefern zu können. Teile dieser Berichte wurden danach sogar als Buch veröffentlicht. Exemplare der Zeitung wurden in den betreffenden Wochen auch nach Ungarn ausgeführt.¹⁴⁵

Ende der fünfziger Jahre muss Fritz Molden, der Sohn Ernst Moldens, der „Die Presse“ zwischenzeitig übernommen hatte, die Zeitung verkaufen. Otto Schulmeister wird schließlich in der von Fred Ungart, ein der ÖVP nahestehender Werbeunternehmer, übernommenen Zeitung, Chefredakteur. Als „Die Presse“ im Auftrag der Bundeswirtschaftskammer im Jahr 1965 80 Prozent an einen Wiener Rechtsanwalt verkauft, wird Schulmeister mitübernommen.¹⁴⁶ Diese turbulente Phase der Blattgeschichte umreißt Haller wie folgt:

Im Rückblick erscheint das lustvoll betriebene „Wer kauft die Presse-Spiel“ bedeutungslos, Anfang der siebziger Jahre hat die Zeitung sich endgültig freigespielt, die Konkurrenz strapaziert zwar noch gerne das Klischeebild vom „Unternehmerblatt“ und „alten Schlachtschiff Presse“, der Zeitung der „Abendlandretter“ – doch ein Viertel der Leser ist 1971 unter dreißig Jahre, und das Durchschnittsalter der Redakteure wird immer geringer.¹⁴⁷

Im November 1974 wurde die Haltung des Blattes „in Unabhängigkeit von politischen Parteien bürgerlich-liberale Auffassungen auf gehobenem Niveau“¹⁴⁸ zu vertreten, fixiert und 1976 mit Thomas Chorherr ein neuer Chefredakteur (dieses Mal zu erstem Mal mittels Wahl) ernannt. Er führt 1985 auch die Neuerung ein, dass die Presse als eine der ersten Zeitungen in Europa komplett an Computern bearbeitet und herausgebracht werden soll. Im Jahr 1991 wurde „Die Presse“ dann schließlich vom Grazer Styria-Verlag mit 51 Prozent der Anteile übernommen und unter Julius Kainz einem Relaunch unterzogen.¹⁴⁹

¹⁴⁴ Vgl. Wandruszka, Adam. Geschichte einer Zeitung. Das Schicksal der „PRESSE“ und der „NEUEN FREIEN PRESSE“ von 1848 zur zweiten Republik (Wien 1958) 155.

¹⁴⁵ Ebda 156.

¹⁴⁶ Vgl. Haller, Die zweite Republik 197f.

¹⁴⁷ Ebda 198.

¹⁴⁸ Ebda 198.

¹⁴⁹ Vgl. Ebda 198f.

Hinsichtlich der Rolle der Zeitung „Die Presse“ auf dem gegenwärtigen österreichischen Markt ist anzumerken, dass sich das Blatt in ständiger Konkurrenz zum linksliberalen „Der Standard“ positioniert sieht. Während „Die Presse“ dabei eher die ältere Leserschaft anspricht, ist die Zeitung „Der Standard“ eher auf jüngere LeserInnen ausgelegt. Beiden Blättern ist jedoch gemein, dass sie Schwierigkeiten haben, über die Bundeshauptstadt hinweg in den Bundesländern stärkere Anteile zu etablieren.¹⁵⁰

Um die Leserschaft des Blattes zu ermitteln wurde 1960 von der Zeitung „Die Presse“ eine Leseranalyse beim Institut für Demoskopie in Allensbach/Bodensee in Auftrag gegeben. Die LeserInnen wurden wie folgt beschrieben:

ALTER: 35 bis 39 Jahre

BERUF: Leitender Angestellter, Wirtschaftstreibender, freiberuflich Schaffender

NETTO-HAUPTVERDIENER-EINKOMMEN mehr als 3000 S

SOZIAL der Oberschicht oder der gehobenen Mittelschicht zugehörig

IM 2- bis 3- Personen-Haushalt lebend, und zwar in einer Erwachsenenfamilie

*BILDUNGSMÄSSIG besonders gehoben.*¹⁵¹

Über sich selbst schreibt das Blatt in dieser Analyse, dass sie gewohnt seien, die Dinge „objektiv zu sehen und einem niveaувollen Lesekreis zu vermitteln“¹⁵². Die Mediadaten der Presse mit Stand 05.04.2018 zeigen dazu ein weiteres Bild, jenes der untermauerten Zahlen und Fakten. Es gibt 315.000 (4,2% der österreichischen Bevölkerung) tägliche „Die Presse“-LeserInnen sowie durchschnittlich 343.000 (4,6% der österreichischen Bevölkerung) LeserInnen der „Die Presse“-Sonntagsausgaben. Bei den sogenannten „EntscheidungsträgerInnen“ (bspw. Selbstständige, leitende Angestellte oder Beamte) hat „Die Presse“ eine vergleichsweise hohe Reichweite von rund 21%. Des Weiteren hat „Die Presse“ im 2. Halbjahr 2017 Auflagenzahlen von bis zu 90.011 Stück (Druckauflage) zu verzeichnen.¹⁵³

¹⁵⁰ Vgl. Brandstaller, Trautl. Medien in Österreich. In: Frodl, Gerbert, Kruntorad, Paul. Manfred, Rauchensteiner. (Hg.) Physiognomie der 2. Republik – Von Julius Raab bis Bruno Kreisky (Wien 2005) 194.

¹⁵¹ Vgl. Földy, Reginald. Die Presse: unabhängige Zeitung für Österreich, Leseranalyse. Ungart Fred (Hg.) (Wien 1960).

¹⁵² Vgl. Ebda.

¹⁵³ Vgl. „Die Presse“ Verlags-Gesellschaft m.b.H. & Co KG. Mediadaten online unter <http://diepresse-vermarktung.com/home/print/mediadaten/index.do> abgerufen am 26.04.2018.

Folglich lässt sich somit zusammenfassen, dass „Die Presse“ als eine der führenden, sogenannten Qualitätsblätter eine wichtige Rolle in der österreichischen Medienlandschaft einnimmt. So erscheint in Kontrast zu den sehr stark vertretenen Boulevard-Blättern eine Betrachtung der Darstellung der *Wellen* vor allem im Hinblick auf die Blattlinie, der möglichst „objektiven“ Darstellung, interessant.

Zum Abschluss der Kontextualisierung des Korpus ist zu resümieren, dass sich Zeitungsartikel als Teil der Massenmedien und aufgrund ihrer nicht von der Hand zu weisenden Wirkung auf die Gesellschaft und damit einhergehend auch auf Diskurse, als Material für den Korpus einer Diskursanalyse gut eignen. Hinsichtlich des breit angelegten Zeitraums der zu untersuchenden *Wellen* erscheint es dienlich, ein Medium zu untersuchen, das für den gesamten Zeitraum eine Rolle in der Medienstruktur der Gesellschaft gespielt hat. In Bezug zur Wahl der Zeitung „Die Presse“ ist auf deren Ausrichtung als sogenannte *Qualitätszeitung* zu verweisen. Zusätzlich ist „Die Presse“ durchgängig im zu betrachtenden Zeitraum erschienen. Es kann daher eine vergleichende Betrachtung die Darstellung über mehrere Jahrzehnte vorgenommen werden. Wie schon im Kapitel zur Korpusbildung aufgezeigt, wurden die betreffenden *Flüchtlingswellen* ausgesucht, eben weil sie in der Literatur zu Migration, Asyl und Flucht aufgezeigt wurden. Es war daher nicht verwunderlich, dass sie bei der historischen Kontextualisierung allesamt thematisiert wurden. Darüber hinaus zeigt sich für den zu untersuchenden Zeitraum der Wandel in der österreichischen Asylpolitik und Perzeption der Thematik (auch im Ausland). Bis in die 1980er Jahre wurde Österreich als vornehmliches Transitland für flüchtende Personen wahrgenommen, was das Land in eine Position als Brücke zwischen Ost und West brachte. Für den Zeitraum ab den 1980er Jahren zeigt sich eine Zäsur und die Änderung hin zu einem Zielland für flüchtende Personen. Damit ging sowohl ein Umschwung in der öffentlichen Meinung, als auch der Politik einher, der restriktivere rechtliche Rahmenbedingungen einleitete. Die Entwicklung schreitet nach wie vor in diese Richtung voran.

6. ANALYSE DER AUSSAGEN

Der nächste Schritt der Diskursanalyse sieht die Analyse der Aussagen vor, welche im Korpus ausfindig gemacht werden konnten. Es geht darum, „regelmäßig auftauchende

und funktionstragende Bestandteile¹⁵⁴ des Diskurses zu finden und zu analysieren. Die Analyse ist geteilt in die Untersuchung der Makro- sowie Mikrostruktur der aufgefundenen Texte.

6.1. Makrostruktur

Im Zuge der Analyse der Makrostruktur des Korpus werden in erster Instanz der Umfang sowie die Themen der gefundenen Einzelteile zusammengefasst und bestimmende Aussagen charakterisiert. Es stellt sich laut Landwehr die Frage, welche Merkmale, Worte, Argumente und Abgrenzungen die Texte ausmachen und vermehrt auftauchen. Diese bestimmenden Merkmale konstituieren den Diskurs, halten ihn zusammen und stellen die Kernpunkte der Auseinandersetzungen dar. Im Zuge dieser ersten Analyse der Texte soll jedoch keine ausdifferenzierte Analyse auf der Textebene stattfinden, sondern vielmehr ein Überblick gewährt werden.¹⁵⁵

Es wurde die Zeitung „Die Presse“ der folgenden Zeiträume gesichtet:

Tabelle 1 Zeiträume der untersuchten „Wellen“

<i>Ungarischer Volksaufstand</i>	<i>23.10.1956-23.11.1956</i>
<i>Prager Frühling</i>	<i>21.08.1968-21./22.09.1968</i>
<i>Solidarnosc Bewegung</i>	<i>13.12.1981-13.01.1982</i>
<i>Umsturz in Rumänien</i>	<i>01.11.1989-02.04.1990</i>
<i>Unabhängigkeit Kroatien/Slowenien</i>	<i>01.12.1991-31.01.1992</i>
<i>Bürgerkrieg Bosnien-Herzegowina</i>	<i>01.04.1992-01.05.1992</i>
<i>Kosovo Konflikt</i>	<i>24.03.1999-24.04.1999</i>
<i>Öffnung der Grenzen in Österreich</i>	<i>05.09.2015-05.10.2015</i>

Für den Korpus wurde die nachstehende Anzahl an Artikeln gefunden:

¹⁵⁴ Landwehr, Historische Diskursanalyse 110.

¹⁵⁵ Landwehr, Historische Diskursanalyse 113ff.

Tabelle 2 Anzahl der Artikel

<i>Ungarischer Volksaufstand</i>	1956	41
<i>Prager Frühling</i>	1968	19
<i>Solidarnosc Bewegung</i>	1981	21
<i>Umsturz in Rumänien</i>	1989	42
<i>Unabhängigkeit Kroatien/Slowenien</i>	1991/1992	9
<i>Bürgerkrieg Bosnien-Herzegowina</i>	1992	6
<i>Kosovo Konflikt</i>	1999	16
<i>Öffnung der Grenzen in Österreich</i>	2015	106
<i>Gesamt sohin</i>		212

Es zeigt sich, dass die meisten Artikel aus dem Jahr 2015 stammen. Dies könnte auf mehrere Gründe zurückzuführen sein: einerseits auf die Brisanz des Themas im damaligen Zeitraum, andererseits auch darauf, dass im betreffenden Jahr (im Gegensatz zu vielen der vorangegangenen *Wellen*) an jedem Wochentag eine Zeitung erschien (inkl. Sonntagsausgabe). Zudem spielt der verhältnismäßig immer größer werdende Umfang jeder einzelnen Zeitung sicherlich auch eine Rolle. Im Jahr 1956 wurde montags beispielsweise generell keine Zeitung publiziert, während es im Jahr 1981 nur jeweils eine Ausgabe für die Wochenenden gab.

Bei Durchsicht der Verteilung der Artikel aller *Wellen* nach den Tagen, an denen sie (gezählt nach dem Beginn der *Wellen*) innerhalb der jeweiligen Monate auftraten, zeigt sich folgendes Bild:

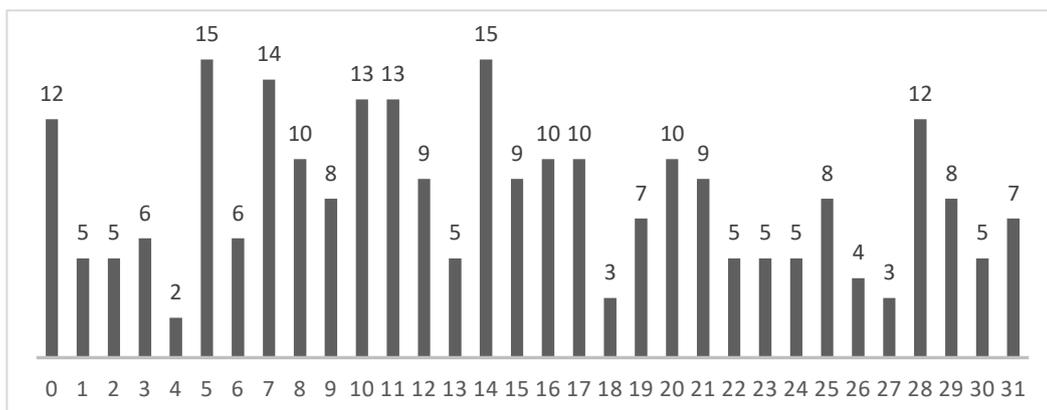


Abbildung 4 Anzahl Artikel nach Tagen mit Beginn der „Wellen“

Die Berichterstattung erscheint recht ausgeglichen. Es wurden für jeden der jeweiligen Tage zumindest zwei Artikel gefunden. Weiters gibt es keine besonders auffälligen Spitzen

in der Berichterstattung. Teilweise werden mehr Artikel pro Tag aufgezeigt, als Wellen untersucht wurden. Dies lässt sich damit erklären, dass zum Teil mehrere Artikel zur Thematik pro Tag gefunden wurden.

Im nächsten Schritt wurden jedem der gefundenen Artikel bis zu fünf Schlagworte zugewiesen. Diese variieren je nach der Thematik des Artikels. Diese Schlagworte sollen eine bessere Vergleichbarkeit der Artikel über die *Wellen* hinweg ermöglichen und Kontinuitäten bzw. Brüche aufzeigen, die es möglicherweise in der Setzung des Fokus der Berichterstattung gegeben hat. Da insgesamt 208 unterschiedliche Schlagworte vergeben wurde, kann nicht auf jedes einzelne im Detail eingegangen werden.

Jene 20 Schlagworte, die über alle sieben *Wellen* am häufigsten vergeben wurde, lauten wie folgt:

Tabelle 3 Häufigste Schlagwörter aller Zeiträume

Unterbringung	29	Flüchtlingsproblem	8
Flüchtlingsstrom	28	Kaisersteinbruch	8
<i>Flüchtlingskrise</i>	19	Spenden	8
Lokalausweis	17	Hilfsbereitschaft	7
<i>Flüchtlinge</i>	15	Solidarität	7
Touristen	12	Traiskirchen	7
Zustrom	11	Visum	7
<i>Flüchtlingswelle</i>	9	Finanzierung	6
Ansturm	8	Grenzkontrollen	6
Appell	8	Kosten	6
Asyl	8	Spendenaufruf	6

Es zeichnen sich bestimmte Themenfelder ab. Dies wird noch deutlicher, wenn man die obigen Schlagwörter durch Gruppierung etwas weiter zusammenfasst:

Tabelle 4 Häufigste Schlagwörter aller Zeiträume (mit Gruppierung)

VERSORGUNG / FINANZIERUNG	58	NATÜRLICHE METAPHER	56
<i>Unterbringung</i>	29	<i>Flüchtlingsstrom</i>	28
<i>Lokalausweis</i>	17	<i>Zustrom</i>	11
<i>Finanzierung</i>	6	<i>Flüchtlingswelle</i>	9
<i>Kosten</i>	6	<i>Ansturm</i>	8
<hr/>			
SPENDEN	36	Flüchtlingskrise	19
<i>Appell</i>	8	Flüchtlinge	15
<i>Spenden</i>	8	Touristen	12
<i>Hilfsbereitschaft</i>	7	Asyl	8
<i>Solidarität</i>	7	Flüchtlingsproblem	8
<i>Spendenaufruf</i>	6	Kaisersteinbruch	8
		Traiskirchen	7
		Visum	7
		Grenzkontrollen	6

Es zeigt sich eine interessante Varianz der Themenbereiche. Zum einen ist ein Fokus auf den Bereich der Unterbringung sowie die Finanzierung auszumachen. Zum anderen geht es offenbar darum, möglichst klar aufzuzeigen, dass es sich um eine große Masse an flüchtenden Personen handelt. Dafür werden unterschiedliche Metaphern aus dem Bereich der Naturphänomene verwendet. Ein weiterer Fokus liegt auf dem Bereich der Spenden, der sowohl die Berichterstattung über schon stattgefundenere Bereitschaft, als auch Aufrufe und Appelle zur Spende an die Bevölkerung beinhaltet. Ebenfalls auffallend ist der häufige Gebrauch des Begriffs der *Flüchtlingskrise*. Dieser Begriff ist lediglich in der Berichterstattung des Jahres 2015 zu finden und ist wohl auch unter dem Aspekt zu betrachten, dass rückblickend häufig von der *Flüchtlingskrise* des Jahres 2015 berichtet wird.

Eine weitere Besonderheit ist das Schlagwort der *Touristen*. Diese Begrifflichkeit wurde nur in der Berichterstattung des Jahres 1968 über die flüchtenden Personen der Tschechoslowakei nach dem sogenannten Prager Frühling verwendet. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass mit dem 21.08.1968 die Truppen des Warschauer Paktes in Prag einmarschierten und es zu gewaltsamen Handlungen kam. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich viele TschechoslowakInnen auf Sommerurlaub und daher war in der ersten Zeit nach dem Einmarsch der Truppen von „gestrandeten Touristen“ die Rede, die sich

aus Aspekten der Sicherheit nicht in die Tschechoslowakei zurückbegeben konnten und wollten.

Weiteres ist interessant, dass auch zwei Orte in den Artikeln häufig vorkamen. Dies ist einerseits Traiskirchen, das mit der früheren Kadettenanstalt als Sitz des „Flüchtlingslagers“, das heute als Bundesbetreuungsstelle Ost und gegenwärtig als eines von zwei Erstaufnahmezentren für *Flüchtlinge* genutzt wird, eine lange Geschichte als Unterbringungsstätte für flüchtende Personen aufweist und es somit kaum verwunderlich ist, dass einige Artikel die Situation vor Ort wiedergeben.

Viel interessanter ist andererseits die hohe Anzahl an Artikeln über das Dorf Kaisersteinbruch im Burgenland, das im Jahr 1990 im Zuge der *Flüchtlingswelle* nach dem Umsturz in Rumänien für kurze Zeit Aufmerksamkeit in den österreichischen Medien erlangte. Die verhältnismäßig hohe Anzahl an Artikeln im Vergleich zu den anderen Schlagwörtern und der Berichterstattung zu den anderen *Wellen* ist auffallend und wird im Kapitel 6.1.4 zur Makrostruktur der Artikel nach dem Umsturz in Rumänien Ende 1989 betrachtet.

Da nun ein kurzer Überblick über sämtliche *Wellen* gewährt werden konnte, soll im nächsten Schritt auf die Ergebnisse der jeweiligen Zeiträume im Detail eingegangen werden.

6.1.1. Ungarischer Volksaufstand (1956/1957)

Die *Flüchtlingswelle* der Jahre 1956/57 nach dem Aufstand in Ungarn ist insofern besonders, als es sich um diejenige *Welle* handelt, bei der mit einer Anzahl von 180.000 Personen die meisten nach und über Österreich geflüchtet sind. Anzumerken ist jedoch, dass lediglich 10% in Österreich blieben. Dies zeigt die wesentliche Rolle Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg als Transitland für flüchtende Personen. Zusätzlich war dieser Aufstand und die damit verbundene hohe Anzahl an Personen, die nach Österreich kamen, eine erste große Bewährungsprobe für die damals noch junge, neutrale Nation. Der betreffende Zeitraum ist daher durchaus auch unter dem Blickwinkel der damit einhergehenden ökonomischen Belastung zu sehen. In erster Instanz jedoch positionierte sich die damalige österreichische Regierung als eine Art *Bollwerk* gegen den Osten und als *Retter* der *armen* ungarischen Bevölkerung. Österreich sah sich damals völkerrechtlich

verpflichtet, die flüchtenden Personen aus Ungarn aufzunehmen und diese zu unterstützen. Die Regierung ging sogar soweit, sich am 28.10.1956 direkt an die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu wenden.¹⁵⁶

Die österreichische Bundesregierung verfolgt mit schmerzlicher Anteilnahme das nun schon fünf Tage andauernde blutige und verlustreiche Geschehen in Ungarn. Sie ersucht die Regierung der UdSSR, mitzuwirken, daß die militärischen Kampfhandlungen abgebrochen werden und das Blutvergießen aufhöre. Gestützt auf die durch die Neutralität gesicherte Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs tritt die österreichische Bundesregierung für eine Normalisierung der Verhältnisse in Ungarn mit dem Ziel ein, daß durch die Wiederherstellung der Freiheit im Sinne der Menschenrechte der europäische Friede gestärkt und gesichert werde.¹⁵⁷

Zwischenzeitig wurde Österreich vorgeworfen, das „Zentrum der ungarischen Konterrevolutionäre“¹⁵⁸ zu sein und damit die Pflichten als neutraler Staat verletzt zu haben. All diese Entwicklungen hatten jedoch keinerlei Auswirkungen auf die schier unglaublichen Hilfs- und Spendenleistungen der österreichischen Bevölkerung in den betreffenden Wochen. Brigitta Zierer begründet die positive Darstellung der *Flüchtlinge* sowie die vornehmlich freundliche Einstellung ihnen gegenüber unter anderem in der Tatsache, dass diese zunächst als Opfer sowjetischer Repressionen gesehen wurden und so leicht das Feindbild der kommunistischen Gegner aufgerufen werden konnte, wie dies im Kalten Krieg durchaus üblich war. Die Dichotomie zwischen Gut und Böse, ergo Österreich und der Westen vs. die Sowjetunion und der Osten, konnte auch im Hinblick auf die vorangegangene russische Besatzung in Österreich erfolgreich kommuniziert werden. Außerdem konnten die ÖsterreicherInnen in der Position der Stärkeren leicht Mitleid und auf eine Art herablassende Hilfsbereitschaft für die *arme* ungarische Bevölkerung aufbringen, solange sich diese nicht in Österreich niederlassen wollten.¹⁵⁹

Diese Spendenfreudigkeit der ÖsterreicherInnen spiegelt sich auch in den Schlagworten zu den aufgefundenen Artikeln wider. Während die meisten Artikel zur Thematik des *Flüchtlingsstroms* geschrieben wurden und in drei Artikeln darauf hingewiesen wird, dass

¹⁵⁶ Vgl. Zierer, Brigitta. Willkommene Ungarnflüchtlinge 1956? In: Heiss, Gernot. Rahtkolb, Oliver (Hg.). Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914. (Weinzierl, Erika. Mattl, Siegfried. Rathkolb, Oliver (Hg.). Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Geschichte und Gesellschaft Bd 25 Wien 1995) 163.

¹⁵⁷ Kern, Friedrich. Österreich: Offene Grenze der Menschlichkeit. Die Bewältigung des ungarischen Flüchtlingsproblems im Geiste internationaler Solidarität (Wien 1959) 7.

¹⁵⁸ Zierer, Willkommene Ungarnflüchtlinge 1956? 165.

¹⁵⁹ Ebda 165 und 168f.

die flüchtenden UngarInnen in andere Länder weitergereist sind (*Abtransport*), sind sieben der zehn häufigsten Schlagworte dieser *Welle* in Verbindung mit der Anteilnahme sowie Hilfsbereitschaft der Bevölkerung zu setzen (Spenden, Aufruf, Appell, Hilfe, Versorgung, Anteilnahme, Finanzierung).

Tabelle 5 Häufigste Schlagwörter (Ungarnaufstand 1956)

<i>Flüchtlingsstrom</i>	12	<i>Hilfe</i>	3
<i>Spenden</i>	7	<i>Versorgung</i>	3
<i>Aufruf</i>	4	<i>Anteilnahme</i>	2
<i>Abtransport</i>	3	<i>Finanzierung</i>	2
<i>Appell</i>	3	<i>Flüchtlinge</i>	2

Friedrich Kern schreibt in diesem Zusammenhang:

Die Österreicher schienen das Raunzen, diese psychohygienische Urform austro-demokratischer Skepsis, verlernt zu haben. Geduldig standen sie, bei strömendem Regen, in langen und immer längeren Schlangen vor den Annahmelokalen, und die Kette der Fahrzeuge, die Güter heranschleppten, riß nicht ab.¹⁶⁰

Diese anfängliche positive Einstellung den flüchtenden Personen gegenüber schwenkte jedoch bald in Unmut um. Die von der Regierung zur Verfügung gestellten Ressourcen waren schnell erschöpft. Nach der anfänglichen Euphorie der westlichen Staaten gestaltete es sich zusehends schwieriger und es dauerte länger, die flüchtenden Personen aus Österreich in andere Länder weiterreisen zu lassen. Damit verschlechterte sich die Darstellung der ungarischen *Flüchtlinge* und ihr Ansehen in der Bevölkerung zusehends.¹⁶¹

Diese vorangegangenen Überlegungen spiegeln sich ebenfalls in den Artikeln des betreffenden Monats wider. In den ersten Tagen nach dem Aufstand wurde lediglich am zweiten Tag berichtet. Im Anschluss daran kam es zu den beiden Spitzen an Artikel mit dem 28.10 sowie 30.10.1956 mit jeweils fünf Artikel pro Ausgabe. Die darauf folgenden zehn Tage wurde zwar über den *Flüchtlingsstrom* berichtet, jedoch gibt es auch vier Tage, in denen kein einziger Artikel zu dem Thema zu finden war. Erst gegen Ende des

¹⁶⁰ Kern, Österreich: Offene Grenze der Menschlichkeit. 11.

¹⁶¹ Zierer, Willkommene Ungarnflüchtlinge 1956? 166 und 169.

betrachteten Monats kam es wieder zu vermehrten Berichten, jedoch handelte es sich meistens um je einen Artikel pro Tag.

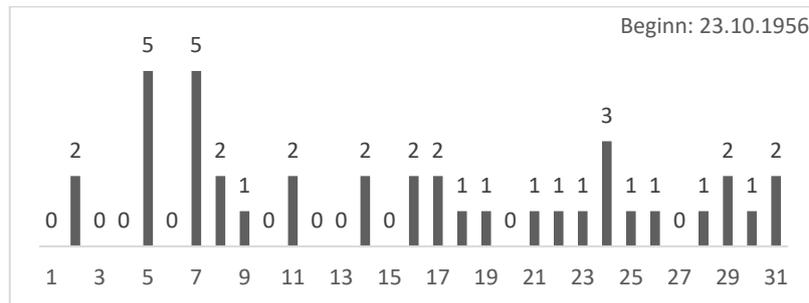


Abbildung 5 Verteilung nach Tagen (Ungarnaufstand 1956)

Es ist demnach davon auszugehen, dass die Thematik nach den ersten Tagen, in denen die Bevölkerung zu Solidarität aufgerufen wurde (siehe Kapitel 6.2) zusehends an Brisanz verlor, jedoch weiterhin darüber berichtet wurde, wenn auch in geringerem Ausmaß. Dieser Umstand spiegelt sich ebenfalls in der Platzierung der Artikel wider. Während die Artikel zunächst auf den ersten Seiten zu finden waren, wanderten sie nach den ersten Tagen weiter nach hinten in das Blatt. Erst gegen Ende des analysierten Monats und mit dem beginnenden Unmut gegenüber den ungarischen *Flüchtlingen* und den Ressourcen, die für sie aufgewendet wurde, wanderten die betreffenden Schlagzeilen wieder weiter an den Anfang der Ausgaben.

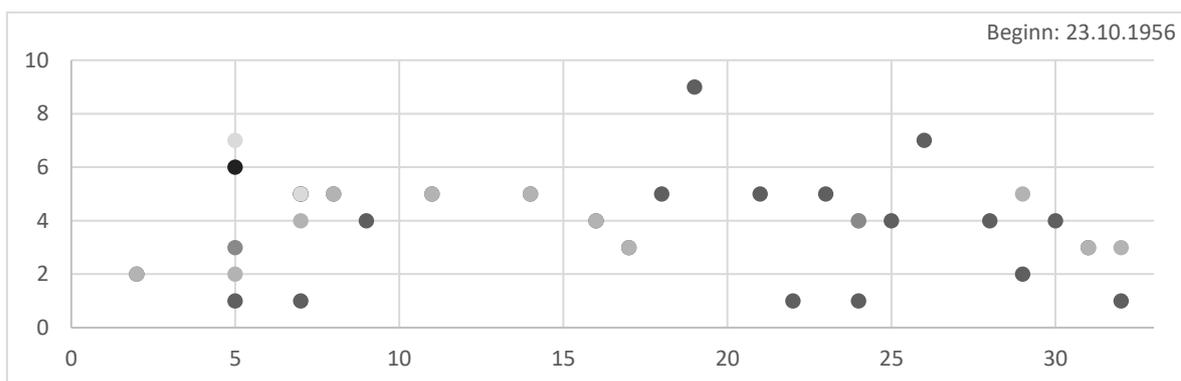


Abbildung 6 Seitenzahl der Artikel nach Tagen (Ungarnaufstand 1956)

Die Besonderheiten dieser *Welle* sind demnach in erster Linie in der Bereitschaft der Bevölkerung, den flüchtenden Personen zu helfen, so wie schlicht in der großen Anzahl an Personen zu sehen, die versorgt werden mussten. Es ist jedoch anzumerken, dass diese vorbildhafte Unterstützung der ungarischen NachbarInnen nicht nur auf die

Menschlichkeit der HelferInnen sowie der uneigennütigen Handlung der österreichischen Regierung zurückzuführen ist. Vielmehr sind die Ereignisse der betreffenden Monate mit Blick auf die russische Besatzungszeit sowie die neu geschaffene Neutralität Österreichs und als erste Bewährungsprobe der österreichischen Regierung in deren Positionierung innerhalb der europäischen sowie westlichen Staatengemeinschaft zu sehen. Dennoch soll die Anerkennung des Einsatzes der vielen ÖsterreicherInnen, die sich damals für die ungarische Bevölkerung stark gemacht haben, keineswegs gemindert werden. Es handelte sich auf jeden Fall um eine einmalige Situation und durchaus auch um eine umfassende Soldarisierung der österreichischen Bevölkerung mit ihren ungarischen Nachbarn, die allerdings auch unter Berücksichtigung der gemeinsamen historischen und kulturellen Tradition zu sehen ist.¹⁶²

6.1.2. Prager Frühling (1968)

Die Situation der tschechoslowakischen *Flüchtlinge* des Spätsommers 1968 sowie die Einstellung der ÖsterreicherInnen ihnen gegenüber war eine gänzlich andere. Während die Umstände in den Jahren 1956/57 derart gestrickt waren, dass sich Österreich erst kurz zuvor zu seiner Neutralität bekannt hatte, die Besatzungskräfte noch nicht lange abgezogen waren und Österreich durch die Aufnahme der *Flüchtlinge* außenpolitisch hervortreten konnte, so war dies im Jahr 1968 schlicht nicht mehr notwendig. Des Weiteren hatte sich Österreich nach Ansicht der Bevölkerung bereits im Zuge der vorangegangenen *Welle* genügend um *Flüchtlinge* gekümmert und sah sich so nicht mehr in der moralischen Pflicht, sich für die Personen aus der CSSR einzusetzen. Vlasta Vales schreibt in diesem Zusammenhang ebenfalls davon, dass keine Gefahr mehr für Österreich bestand, selbst ein Teil des Ostblocks zu werden, die ÖsterreicherInnen die wirtschaftlich schwierige Nachkriegszeit im Jahr 1968 bereits hinter sich gelassen hatten und sich das Land zunehmend in einem wirtschaftlichen Aufschwung befand.¹⁶³

¹⁶² Vgl. Ebda 170f.

¹⁶³ Vgl. Vales, Vlasta Die tschechoslowakischen Flüchtlinge 1968-1989. In: Heiss, Gernot. Rahtkolb, Oliver (Hg.). Asyl und wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914. (Weinzierl, Erika. Mattl, Siegfried. Rathkolb, Oliver (Hg.). Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Geschichte und Gesellschaft Bd 25 Wien 1995) 172.

Im betreffenden Zeitraum sollen in etwa 163.000 Personen über Österreich in andere Länder geflüchtet sein. Was diese *Welle* von den anderen deutlich unterscheidet, ist die Tatsache, dass der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in Prag direkt während der Sommerferien geschah. Demnach befanden sich viele TschechoslowakInnen gerade auf Urlaub in anderen Ländern. Viele dieser TouristInnen warteten mit der Rückreise aus ihren jeweiligen Urlaubsdestinationen ab und strandeten schließlich, vor allem nach der Verweigerung der Durchreise durch Ungarn, in Österreich.¹⁶⁴

Dieser Umstand spiegelt sich auch in der Berichterstattung über jene flüchtenden TschechoslowakInnen wieder. Im untersuchten Zeitraum wurden die flüchtenden Personen nach dem ersten Tag und mit Ausnahme eines Artikels, in dem ebenfalls der Begriff des *Flüchtlings* aufkam, knapp zwei Wochen (zwischen dem 22.08. bis zum 06.09.1968) lang nur als *Touristen* bezeichnet. Dies schlägt sich auch in der Verteilung der Schlagwörter nieder:

Tabelle 6 Häufigste Schlagwörter (Prager Frühling 1968)

<i>Touristen</i>	12	<i>Betreuung</i>	2
<i>Flüchtlinge</i>	5	<i>Spendenaufruf</i>	2
<i>Visa</i>	3	<i>Unterbringung</i>	2
<i>Asyl</i>	2	<i>Ansturm</i>	1
<i>Ausreise</i>	2	<i>Appell</i>	1

Es zeigt sich bei Durchsicht der häufig verwendeten Schlagwörter weiters, dass einerseits die Chancen auf Weiterreise dokumentiert (Ausreise und Visa) und andererseits die Frage der (kurzzeitigen) Unterbringung und Betreuung sowie die Finanzierung ebendieser (Spendenaufruf und Appell) gestellt wurde.

Obwohl sich zwischenzeitig eine annähernd gleich hohe Anzahl an flüchtenden Personen in Österreich aufgehalten haben muss, wie dies zur Zeit des Ungarnaufstandes der Fall war, (1956/57: 178.875 vs. 1968: 163.000 Personen, die über Österreich flohen) zeigt sich die Berichterstattung des betreffenden Monats nicht annäherungsweise so ausführlich wie im Oktober/November 1956. Es wurden insgesamt 19 Artikel mit Bezug zu

¹⁶⁴ Vgl. Demokratiezentrum Wien, Asyl in Österreich.
Vgl. Vales, Die tschechoslowakischen Flüchtlinge 1968-1969 175.

Flüchtlingen gefunden (1956: 41), die sich zeitlich recht gleichmäßig verteilen. Lediglich gegen Ende des betrachteten Monats zeigt sich, dass die Thematik offenbar weiter an Brisanz verlor.

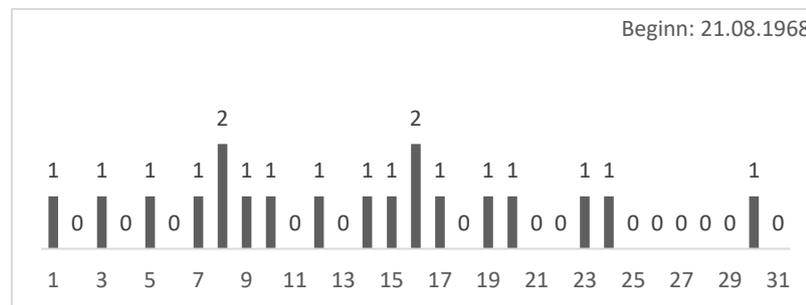


Abbildung 7 Verteilung nach Tagen (Prager Frühling 1968)

Auch die Analyse der Seitenanzahl jener Seiten, auf denen die betreffenden Artikel positioniert wurden, zeigt, dass die Thematik keineswegs jene Brisanz gehabt haben dürfte, die man einer *Flüchtlingswelle* zuschreiben würde:

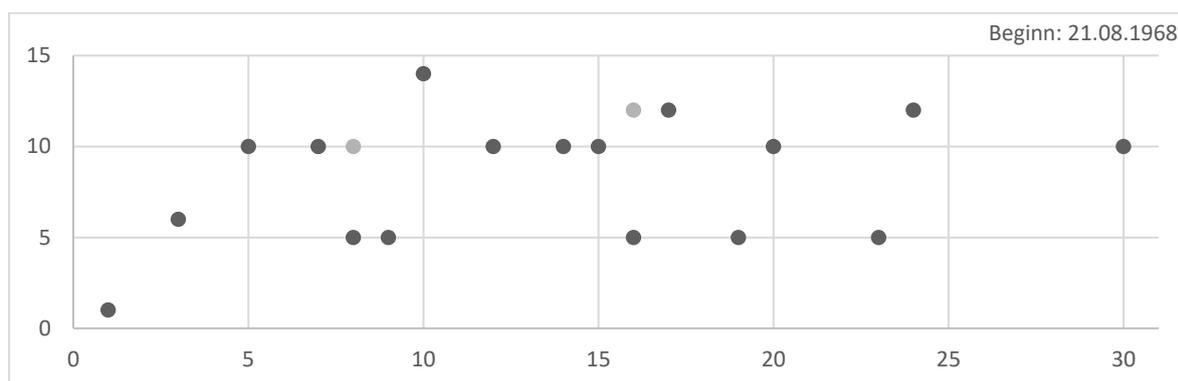


Abbildung 8 Seitenanzahl der Artikel nach Tagen (Prager Frühling 1968)

Nur am ersten Tag nach dem Einmarsch der Truppen in Prag wurde die Situation der flüchtenden Personen auf der Titelseite thematisiert. Im Laufe des betrachteten Monats zeigt sich, dass sich die meisten der Artikel zwischen Seite fünf und zehn befunden haben. Dies lässt durchaus darauf schließen, dass es sich nicht um eine Thematik von besonderer Bedeutung gehandelt hat.

Dennoch geht beispielsweise Vales davon aus, dass die tschechoslowakischen *Flüchtlinge* nicht mehr derart willkommen waren, wie dies 13 Jahre zuvor mit jenen aus Ungarn der Fall gewesen war. Sie führt dies auch darauf zurück, dass die *Flüchtlinge* der Tschechoslowakei nicht unter das Mandat des betreffenden UN-Hochkommissars fielen

und somit nur jene *Flüchtlinge* von der UN finanziell unterstützt werden konnten, die um politisches Asyl ansuchten. Nachdem jedoch verhältnismäßig wenig Personen in Österreich um Asyl ansuchten (im Jahr 1968 gesamt 7.362 Personen), stellte sich die Frage nach der Finanzierung der Versorgung und Unterbringung. Außerdem merkt Vales an, dass viele *Flüchtlinge* dieser Zeit nicht in der Statistik aufscheinen, da sie in Österreich niemals um Asyl ansuchten. Die gute wirtschaftliche Lage dieser Zeit hätte es vielen ermöglicht, durch Schwarzarbeit mit dem tschechoslowakischen Pass und ohne rechtlichen Asylstatus in Österreich zu verweilen.¹⁶⁵

Sowohl die Berichterstattung als auch die Zahlen der Anträge des betreffenden Jahres lassen demnach darauf schließen, dass es sich bei der betreffenden *Welle* um eine Zeitspanne handelt, die diesen Namen unter Berücksichtigung der gängigen Kriterien kaum verdient haben mag.

6.1.3. Solidarnosc Bewegung (1981)

Der *Flüchtlingswelle* des Jahres 1981 wird mitunter eine Art beginnender Zäsur zugeschrieben. Brigitta Zierer beispielsweise geht von einer deutlichen Einstellungsänderung in der österreichischen Gesellschaft aus, die sich zusehends zu Fremdenfeindlichkeit sowie Fremdenhass hin entwickelt hätte. Sie führt diese Entwicklung unter anderem auf die Medienberichterstattung der Zeit zurück, da es objektiv bessere ökonomische Bedingungen und mehr relativen Wohlstand in Vergleich zu den ersten beiden *Wellen* gegeben hätte. Sie weist ebenso auf die mit 29.000 Personen verhältnismäßig geringe Zahl an Personen hin, die in dem betreffenden Zeitraum nach und über Österreich flüchteten.¹⁶⁶

Die retrospektive Darstellung dieses Zeitraums als *Flüchtlingswelle* könnte eventuell durch den, doch recht sprunghaften, Anstieg an Asylanträgen im Jahr 1981 erklärbar sein, der jedoch auch auf das geringe Ausgangsniveau zurückzuführen ist. Während im Jahr 1980 nur 9.257 Personen in Österreich um Asyl ansuchte, waren es im Jahr 1981 34.557. Weiters hatte sich in der Zeit seit 1968 die Weiterreise von *Flüchtlingen* über Österreich in

¹⁶⁵ Vgl. Vales, Die tschechoslowakischen Flüchtlinge 1968-1989 172 und 177.

¹⁶⁶ Vgl. Zierer, Politische Flüchtlinge in österreichischen Printmedien 59.

andere Länder wie die USA oder Kanada aufgrund eigener Probleme in den jeweiligen Ländern zunehmend erschwert. Dies führte auch dazu, dass die flüchtenden Personen aus Polen länger in Österreich blieben und somit auch höhere Kosten für den Staat Österreich verursachten.¹⁶⁷

Zwischenzeitlich sollen sich etwa 50.000 PolInnen in Österreich aufgehalten haben. Dieser Umstand habe laut Zierer zu großen Spannung in der österreichischen Bevölkerung geführt, da sich diese seit mehreren Jahren nicht mehr mit einer größeren Menge an flüchtenden Personen auseinandersetzen hatten. Außerdem machten die ÖsterreicherInnen einen Unterscheid zwischen jenen PolInnen, die in ihrer polnischen Heimat verweilten und es deshalb aus österreichischer Sicht eher *verdient* hatten, von den ÖsterreicherInnen durch Spenden unterstützt zu werden, und jenen PolInnen, die es vorzogen, außer Landes zu fliehen und damit weniger Anrecht auf Unterstützung haben würden.¹⁶⁸

Sie beschreibt die damalige Situation weiter wie folgt:

*Oft wurden Vergleiche mit Nachkriegsösterreichern, die Wesentliches für ihr damals zerstörtes Land geleistet hätten, angestellt. Die Polen entsprachen dieser Erwartungshaltung nicht; viele Österreicher fühlten sich durch ihr Verhalten sogar provoziert, weil sie nicht dem Bild des hilfsbedürftigen, dankbaren Flüchtlings entsprachen.*¹⁶⁹

All diese Überlegungen lassen sich jedoch kaum auf jenes Material anwenden, das für den betreffenden Untersuchungszeitraum in der Zeitung „Die Presse“ gefunden wurde. Wenn man von den, auch zahlenmäßig herausragenden *Wellen* nach dem Ungarnaufstand 1956, dem Umsturz in Rumänien 1990 sowie der Öffnung der Grenzen 2015 absieht, wurden für das Jahr 1981 mit 21 Artikeln im Untersuchungszeitraum ausnehmend viele Artikel gefunden. Wenn man diese Anzahl jedoch auf die jeweiligen Tage verteilt, ergibt sich folgendes Bild:

¹⁶⁷ Statistik Austria, BMI Asylstatistik. Grafik Anträge seit 1947 (unveröffentlicht).

Vgl. Zierer, Politische Flüchtlinge in österreichischen Printmedien 59f.

¹⁶⁸ Vgl. Ebda 60.

¹⁶⁹ Ebda 60.

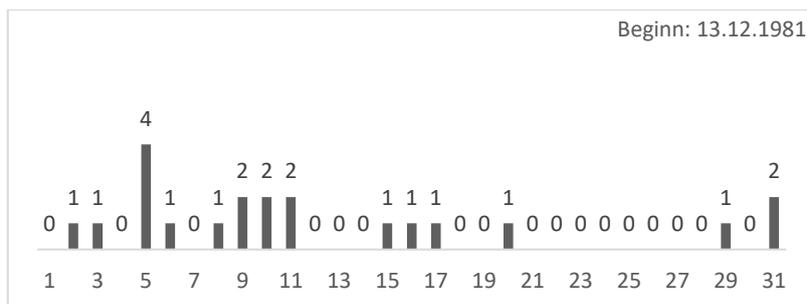


Abbildung 9 Verteilung nach Tagen (Solidarnosc Bewegung 1981)

Demnach sind (auch wenn man die Sonntage ausklammert) wesentliche Lücken zu finden. Die Berichterstattung war offenkundig nicht so brisant, als dass man täglich hätte darüber berichten müssen. Diese Vermutung lässt sich auch mit Blick auf die Platzierung der Artikel zu. In den meisten Fällen haben es die Artikel zur *Flüchtlingsthematik* nur auf Seite acht oder noch weiter hinten in der betreffenden Zeitung geschafft. Dennoch ist auch anzumerken, dass im betreffenden Zeitraum fünf Artikel auf der Titelseite zu *Flüchtlings* publiziert wurden.

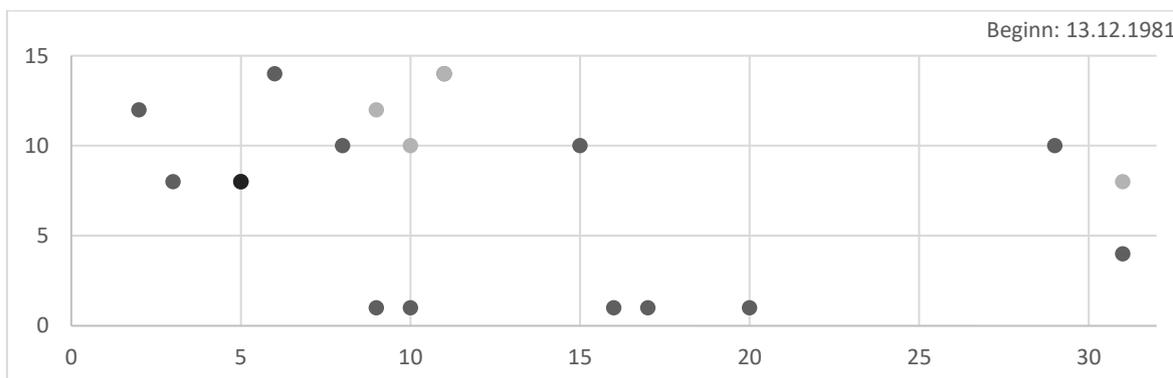


Abbildung 10 Seitenanzahl der Artikel nach Tagen (Solidarnosc Bewegung 1981)

Bernd Matouschek, Ruth Wodak und Franz Janushek schreiben über den zur Analyse stehenden Zeitraum, dass es zu keiner „nennenswerten Aufregung in der österreichischen Öffentlichkeit kam“¹⁷⁰.

Die Analyse der Schlagworte ergab, dass es sich in den meisten Fällen um Schlagworte zum Themenbereich der Spenden handelt, sowie Aufrufe zur Hilfsbereitschaft gegenüber

¹⁷⁰ Matouschek, Bernd. Wodak, Ruth. Janushek, Franz. *Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Genese und Formen von rassistischen Diskursen der Differenzen* (Wien 1995) 21.

den PollInnen. In diesem Zeitraum scheinen jedoch auch die Begrifflichkeiten rund um das Asylverfahren und die damit verbundenen Termini, wie jenem des *Asylwerbers*, auf. Weiters ist mit zwei Nennungen auch eine Metapher, nämlich jene des *Zustroms* an *Flüchtlingen* zu finden, die suggeriert, dass die Massen an flüchtenden Personen wie ein Fluss nach Österreich strömen würden.

Tabelle 7 Häufigste Schlagwörter (Solidarnosc 1981)

<i>Spendenaufruf</i>	4	<i>Zustrom</i>	2
<i>Appell</i>	3	<i>Asylgründe</i>	1
<i>Flüchtlinge</i>	3	<i>Asylverfahren</i>	1
<i>Hilfsbereitschaft</i>	3	<i>Asylwerber</i>	1
<i>Zurückweisung</i>	3	<i>Aufnahme</i>	1

Dennoch ist es hier kaum möglich, rein aus der Quellenlage der gefundenen Artikel von einer Zäsur in der österreichischen Migrationsgeschichte hin zu restriktiveren Regelungen und Fremdenfeindlichkeit auszugehen. Zumindest trifft dies für den untersuchten Zeitraum nicht auf die Zeitung „Die Presse“ zu.

6.1.4. Umsturz in Rumänien (1989/1990)

Für den untersuchten Zeitraum nach dem Umsturz in Rumänien im Dezember 1989 sind zwei Besonderheiten aufzuzeigen. Einerseits musste der zu untersuchende Zeitraum erheblich ausgedehnt werden, weil anfangs keine Artikel auffindbar waren. Zunächst war ein Zeitraum von 06.12.1989 bis 06.01.1990, also direkt nach dem Umsturz, angedacht. Schlussendlich wurde jedoch der Zeitraum von 01.11.1989 bis inkl. 02.04.1990 (statt einem Monat demnach fünf) untersucht, da erst am 02.03.1990 der erste Artikel zu *Flüchtlingen* gefunden werden konnte. Bei den aufgefundenen Artikeln war dann andererseits eine Häufung mit acht Artikeln zu dem Thema des Ortes Kaisersteinbruch auszumachen.

Anzumerken ist zunächst, dass für den Zeitraum vor der *Welle* aus Rumänien von einer zunehmenden Verschärfung der Einstellung der ÖsterreicherInnen gegenüber *Flüchtlingen* auszugehen ist. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass in den 1980er Jahren immer weniger flüchtende Personen in den bis dahin recht aufnahmefreudigen Ländern, wie den USA und Kanada um Asyl ansuchen konnten, da

diese Länder selbst mit erschwerten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu kämpfen hatten. Nachdem nach 1981 jedoch die 80er Jahre hindurch verhältnismäßig wenig flüchtende Personen nach Österreich kamen, war dieser Umstand bis zum deutlichen Anstieg der Asylantragszahlen ab dem Jahr 1988 nicht von großer Bedeutung. Die Verweildauer der *Flüchtlinge* stieg ab dem Ende der 1980er Jahre daher deutlich an. Zierer schreibt über die betreffende Zeit sogar von einem „Rückstau“ in den Lagern und einer dadurch erschwerten Aufnahme weiterer Personen. Sie konstatiert den Grund der sinkenden Toleranz gegenüber *Flüchtlingen* in dieser Phase in der erstmals auftretenden längerfristigen Belastung bzw. den Konsequenzen des Wandels Österreichs von einem „Erstasyl- bzw. Transitland“ zu einem „wirklichen“ Asylland. Sie schreibt weiters darüber, dass die Anerkennungsquote der Asylanträge mit Ende der 80er Jahre zusehends sank. Dieser Umstand hätte viele ÖsterreicherInnen in der Ansicht bekräftigt, dass es sich nicht um „echte“ *Flüchtlinge* handeln würde, sondern lediglich um MigrantInnen, die als „Wirtschaftsflüchtlinge“ und „Scheinasylanten“ nach Österreich kommen und den SteuerzahlerInnen hier große Kosten verursachen würden.¹⁷¹

Zierer erklärt die damalige Situation damit, dass viele ÖsterreicherInnen nicht verstanden hätten, warum die RumänInnen sich nach dem Umsturz nicht an dem Wiederaufbau ihres Landes beteiligen wollten, wie dies viele der BürgerInnen Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg getan hatten. Es wuchs damit das Bild der verantwortungslosen RumänInnen, die sich in Österreich, ohne große Anstrengungen auf sich zu nehmen, ein neues Leben auf Staatskosten aufbauen wollten. Diese Vorurteile seien dann in den Stereotyp des „Wirtschaftsflüchtlings“ geflossen und hätten diesen geprägt. Damit einhergehend wurde auch der Wandel dieser Vorurteile hin zu einem „Begründungsdiskurs“ auf Basis „objektiver“ ökonomischer Bedingungen vollzogen. Für viele wäre es durch die Verknüpfung der Diskursbereiche jener rumänischen *Flüchtlinge* als „Sozialschmarotzer“ leichter gewesen, ihre Ablehnung gegenüber den RumänInnen zu legitimieren. Schließlich waren ja alle rumänischen *Flüchtlinge* *Wirtschaftsflüchtlinge*.¹⁷²

¹⁷¹ Vgl. Zierer, Politische Flüchtlinge in österreichischen Printmedien 61f.

¹⁷² Ebd. 65ff.,

Matouschek, Wodak, Januschek, Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? 21.

Trotz dieser Umstände konnte im Zeitraum von 01.11.1989 bis zum 01.03.1990 kein einziger Artikel zur Thematik der *Flüchtlinge* in der Zeitung „Die Presse“ gefunden werden. Es wurde zwar über den Umsturz in Rumänien und die dortigen Geschehnisse berichtet, jedoch fanden *Flüchtlinge* keine Erwähnung. Erst am 02.03.1990 wurde der in einem Artikel die Thematik der flüchtenden Personen behandelt. Es handelte sich dabei um den Artikel „Kaisersteinbruch steigt auf die Barrikaden - Für 800 Rumänen ist bei uns kein Platz“, bei dem es um den Protest der 200 BürgerInnen des Dorfes Kaisersteinbruch im Norden des Burgenlandes, die sich gegen die Unterbringung von 800 *Flüchtlingen* in der dortigen Kaserne wehrten. Im untersuchten Zeitraum wurden in den darauffolgenden Tagen noch weitere sieben Artikel zu Kaisersteinbruch aufgefunden. Es ist damit eines der häufigsten Schlagwörter aller untersuchten Zeiträume und markiert auch für den betreffenden Zeitraum des Frühjahrs 1990 eine Kehrtwende.

Um diesen Zusammenhang nachvollziehen zu können, soll die damalige Situation kurz näher erläutert werden. Peter Zuser verweist für den betreffenden Zeitraum auf eine zusehende Thematisierung der „Ausländerproblematik“ durch die SPÖ und deren damaligen Innenminister Franz Löschnak. Zwar wäre es zu einer steigenden Anzahl an Asylanträgen seit dem Jahr 1987 gekommen, aber von einem real existierenden *Flüchtlingsproblem* hätte längst nicht ausgegangen werden können. Dieser Umstand schien das Innenministerium allerdings nicht davon abzuhalten, eine derartige Problematik dennoch zu thematisieren.¹⁷³ Interessanter Weise wurde kein Artikel in den Monaten vor dem März 1990 in der Zeitung „Die Presse“ gefunden, der dies untermauern könnte. Das könnte darauf hinweisen, dass das Ministerium eine derartige Thematik zwar in die Öffentlichkeit bringen wollte, jedoch offenkundig daran scheiterte.

Auch Zuser weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es dem Ministerium vor der „Kaisersteinbruch-Problematik“ nicht gelungen sei, ein Problem „von oben“ zu kreieren. Damit gelangte die Thematik erst mit den Protesten der Bevölkerung in Kaisersteinbruch in das Blickfeld der Öffentlichkeit und mit diesem Wandel ging ein sprunghafter Anstieg an Artikeln einher.¹⁷⁴

¹⁷³ Vgl. Zuser, Die Konstruktion der Ausländerfrage in Österreich 17ff.

¹⁷⁴ Vgl. Ebda 21.

Dies war auch bei der Berichterstattung der Zeitung „Die Presse“ für den betreffenden Zeitraum der Fall:

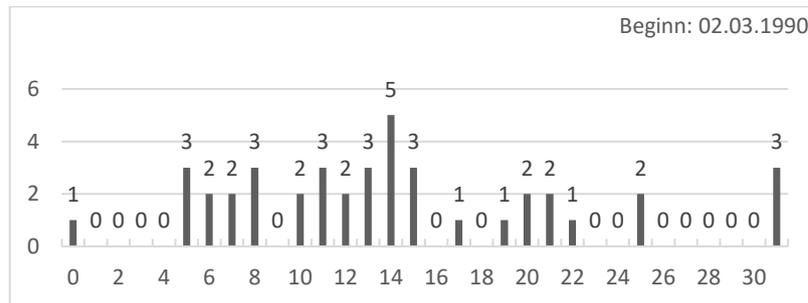


Abbildung 11 Verteilung nach Tagen (Umsturz in Rumänien 1990)

Die Verteilung zeigt ganz klar eine Häufung der Artikel zur Thematik, vor allem vor dem Hintergrund, dass es in den vier Monaten zuvor nicht einen einzigen Artikel zu *Flüchtlingen* in der Zeitung „Die Presse“ gab.

Zuser geht sogar so weit, die mit 15.03.1990 erfolgte Visumpflicht für Rumänen in Österreich und das fortan ebenfalls für die Einreise notwendige Bargeld in Höhe von ÖS 5.000,- in direkte Verbindung zu den Ereignissen in Kaisersteinbruch und den darauf folgenden Protesten in Traiskirchen zu bringen. Er stellt weiters die Frage, ob die Proteste der Bevölkerung und die damit verbundene Verschiebung der Thematik in das öffentliche Bewusstsein nicht eher als Erfolg des Innenministeriums denn als Versagen eingestuft werden könne, da sich nun die breite Bevölkerung innerhalb von wenigen Tagen hinter die Maßnahme der Visumpflicht stellte. Der Charakter der Berichterstattung hätte sich damals von einem Tag auf den anderen geändert, da es in der Berichterstattung der Medien nun plötzlich ein „Ausländer- und Flüchtlingsproblem“ gab.¹⁷⁵

Diese Thesen Zusers stehen durchaus in Einklang mit den gefundenen Artikeln:

¹⁷⁵ Vgl. Ebda 21f.

Tabelle 8 Häufigste Schlagwörter (Umsturz in Rumänien 1990)

<i>Unterbringung</i>	15	<i>Ansturm</i>	3
<i>Kaisersteinbruch</i>	8	<i>Flüchtlingsstrom</i>	3
<i>Visum</i>	7	<i>Traiskirchen</i>	3
<i>Flüchtlingsproblem</i>	6	<i>Ausländerproblem</i>	2
<i>Lokalausweis</i>	4	<i>Flüchtlingsproblematik</i>	2

Den größten Anteil der Schlagwörter machen jene zur Unterbringung und damit verbunden die Proteste in Kaisersteinbruch und Traiskirchen sowie die Berichterstattung vor Ort (Lokalausweis) aus. In insgesamt zehn der gefundenen Artikel war die Rede vom „Ausländer- oder Flüchtlingsproblem“. Die weiteren Schlagwörter verweisen auf die Einführung der Visumpflicht bzw. den *Ansturm* oder *Flüchtlingsstrom*.

Ein weiterer interessanter Aspekt der Berichterstattung dieses Zeitraums wird noch im Kapitel der Mikrostruktur (siehe Kapitel 6.2.4) beleuchtet werden. Es handelt sich dabei um die Tatsache, dass am Tag der Einführung der Visumpflicht nach Information der APA von einem Massenansturm von ca. 35.000 RumänInnen berichtet wurde. Dies stellte sich zwei Tage später schlichtweg als Falschmeldung heraus, da im betreffenden Zeitraum nur etwa 7.000 Personen die Grenze passiert hatten.¹⁷⁶ Auch hier könnte man die Frage stellen, ob nicht wissens- und willentlich eine Meldung über eine derart große Anzahl an Personen medial verbreitet wurde, um die Visumpflicht endgültig zu legitimieren.

Auch die Verteilung der Artikel nach Seiten zeigt lediglich eine kurze Phase der hohen Brisanz und der damit einhergehenden Platzierung der Artikel in den ersten Seiten rund um die Einführung der Visumpflicht mit 15.03.1990 (Tag 13):

¹⁷⁶ Vgl. Tausende Rumänen stürmten Österreich. In: Die Presse (15.03.1990) 1.
Vgl. Eine falsche Zahl. In: Die Presse (17.03.1990).2

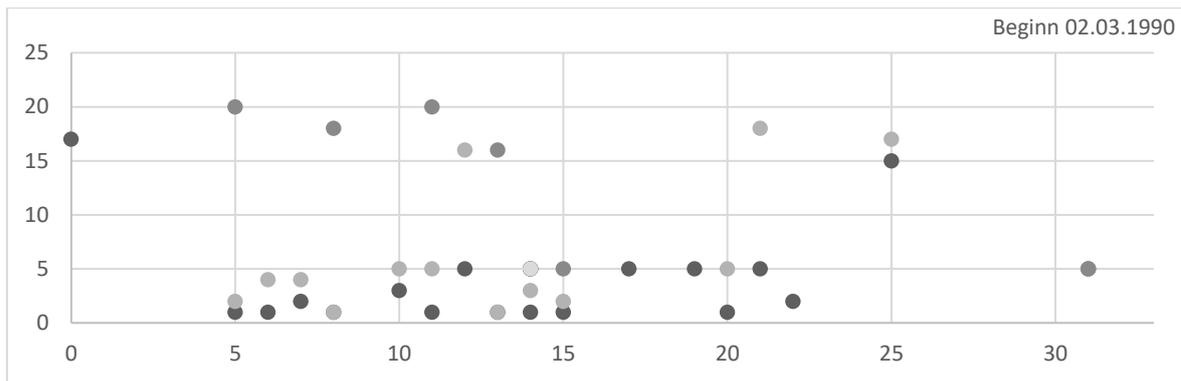


Abbildung 12 Verteilung nach Tagen und Zeitungsseiten (Umsturz in Rumänien 1990)

In jedem Fall konstatiert Zuser für das Frühjahr 1990 eine Art Trendwende, da nun frühere Tabuisierungen aufgebrochen waren und sich die öffentliche Debatte zusehends an jene des privaten Raums annäherte. Während die Bevölkerung vor Kaisersteinbruch den flüchtenden Personen noch durchaus positiv gegenübergestanden hatte und lediglich zwischen „echten“ und „unechten“, also zwischen „Wirtschaftsflüchtlingen“ und „politischen Flüchtlingen“ unterschieden hatte, so war der Diskurs nach dem März 1990 zusehends von Angst, Furcht und der Frage nach der Sicherheit der Bevölkerung geprägt.¹⁷⁷

6.1.5. Zerfall Jugoslawiens und die „Migrationskrise“ der 1990er

Die Analyse der *Flüchtlingswellen* zu den Zeiträumen der Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens, dem Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina sowie den De-facto *Flüchtlingen* des Kosovo-Konflikts soll aufgrund der teils schwierigen thematischen Differenzierung hinsichtlich der Kontextualisierung und Einordnung gemeinsam erfolgen, da eine übergreifende Betrachtung dieser *Flüchtlingswellen* zielführender erscheint als den Versuch zu unternehmen, jede für sich zu einer *Welle* zu stilisieren.

Vorab ist hinsichtlich sämtlicher Zeiträume zu den *Flüchtlingswellen* aus den 1990er Jahren anzumerken, dass die Analyse der jeweiligen Monate wesentlich weniger Artikel zu Tage brachte, als jene der anderen *Wellen*. Für den Zeitraum rund um die Unabhängigkeit Kroatiens & Sloweniens wurden neun Artikel gefunden. Für das Monat

¹⁷⁷ Vgl. Zuser, Die Konstruktion der Ausländerfrage in Österreich 23ff.

nach dem Beginn des Bürgerkriegs in Bosnien–Herzegowina waren es lediglich sechs Artikel. Interessanterweise wurden die meisten Artikel für die *Welle* an De-facto *Flüchtlingen* aus dem Kosovo im Jahre 1999 gefunden. Im fraglichen Zeitraum erschienen 16 thematisch passende Artikel in der Zeitung „Die Presse“. Die Verteilung der gefundenen Artikel steht demnach in keinem Verhältnis zu den Zahlen der flüchtenden Personen dieser Zeiträume.

Neben der im Verlauf der 1990er vorgenommenen zusehenden Verschärfung der Asyl-, Melde- und Aufenthaltsgesetze (wie schon vorab im Kapitel 5.1.1 zur Migrationsgeschichte sowie dem Kapitel 5.1.2 über die rechtlichen Rahmenbedingungen aufgezeigt wurde), ist auch auf die Hilfsbereitschaft eines großen Teils der österreichischen Bevölkerung beispielsweise im Zuge der groß angelegten Spendenaktionen „Nachbar in Not“ ebenfalls zu erwähnen. Dennoch wurde mit der sich wandelnden Meinungslandschaft in Österreich hinsichtlich der Themenbereiche Asyl und Migration und der Verschmelzung ebendieser auch politisches Kalkül betrieben. Ein Beispiel dafür ist das sogenannte „Ausländer–Volksbegehren“ der FPÖ, das im Jahre 1992 initiiert wurde.¹⁷⁸

Unabhängigkeit Kroatiens & Sloweniens (1991/1992)

Die erste der sogenannten *Wellen* rund um den Zerfall Jugoslawiens in den 1990er Jahren soll um den Jahreswechsel 1991/1992 stattgefunden haben. Auffallend für die Berichterstattung dieser untersuchten Zeitspanne ist die geringe Anzahl an gefundenen Artikel.

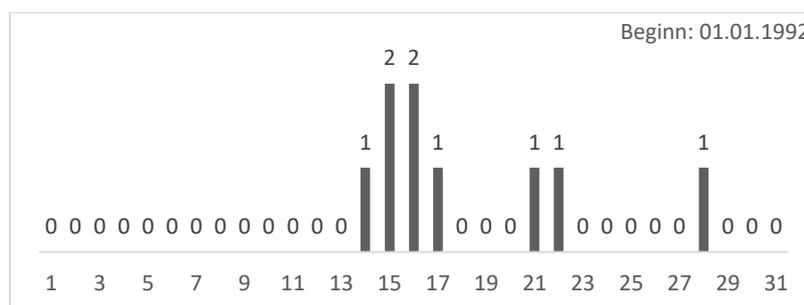


Abbildung 13 Verteilung nach Tagen (Unabhängigkeit Kroatiens & Sloweniens 1991/92)

¹⁷⁸ Zierer, Politische Flüchtlinge in österreichischen Printmedien 75.
Matouschek, Wodak, Januschek, Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? 29.

Die gefundenen Artikel bezogen sich des Weiteren nicht auf eine *Welle* an *Flüchtlingen* aus dem Raum Kroatien/Slowenien. Zwei der Artikel waren einem thematischen Schwerpunkt zur weltweiten Migration und im speziellen Afrika sowie den Zahlen zu den Asylanträgen des Jahres 1991 gewidmet. Ebenso wurde über die Kritik am neuen Asylgesetz geschrieben und darauf hingewiesen, dass Österreich zwar die Konsular-Hilfe im Ausland ausgeweitet hätte, das Hilfsangebot jedoch bisher noch nicht angenommen wurde. In diesem Zusammenhang sind auch die verwendeten Schlagwörter zu den Artikeln zu sehen.

Tabelle 9 Häufigste Schlagwörter (Unabhängigkeit Kroatiens & Sloweniens 1991/1992)

<i>Flüchtling</i>	2	<i>Bildung</i>	1
<i>Afrika</i>	1	<i>Einzelchicksal</i>	1
<i>Ängste</i>	1	<i>Flucht</i>	1
<i>Asylgesetz</i>	1	<i>Flüchtlingskatastrophe</i>	1
<i>Asylwerber</i>	1	<i>Flüchtlingsstatistik</i>	1

Auch die Platzierung der Artikel deutet darauf hin, dass es sich nicht um eine sonderlich akute Thematik gehandelt haben dürfte. Lediglich der Artikel zur Hortung großer Schillingbeträge als Fluchtwährung in Jugoslawien sowie ein Artikel zur weltweiten Situation der flüchtenden Personen schafften es in diesem Zeitraum, auf der Titelseite platziert zu werden.

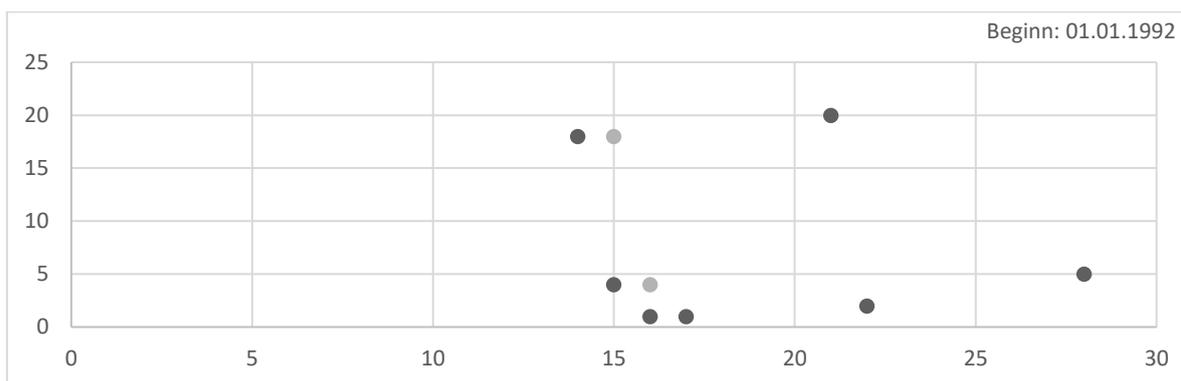


Abbildung 14 Seitenanzahl der Artikel nach Tagen (Unabhängigkeit Kroatiens & Sloweniens 1991/1992)

Es ist daher durchaus davon auszugehen, dass zumindest für den untersuchten Zeitraum keinesfalls von einer großen Menge an flüchtenden Personen und der damit verbundenen Implikation einer *Welle* auszugehen ist. Anzumerken ist außerdem, dass zunächst der

Dezember 1991 nach Artikeln durchsucht wurde und im betreffenden Zeitraum kein einziger Artikel zu *Flüchtlingen* in Österreich gefunden werden konnte.

Bürgerkrieg Bosnien-Herzegowina (1992)

Die Anzahl der Artikel, die für April 1992 zur Thematik gefunden werden konnte, stellt den kleinsten gefundenen Korpus dieser Arbeit dar. Es wurden lediglich sechs Artikel in diesem Monat ausfindig gemacht und kein einziger der gefundenen Artikel passt vollinhaltlich zu einer *Flüchtlingswelle* aus Bosnien-Herzegowina.

Die analysierten Artikel stammen jeweils von unterschiedlichen Tagen und es lässt sich kein explizites Muster zur Veröffentlichung erkennen. Lediglich eine leichte Häufung der Artikel, die mit Beginn der Kampfhandlungen in Bosnien-Herzegowina zusammentrifft, ist ersichtlich.

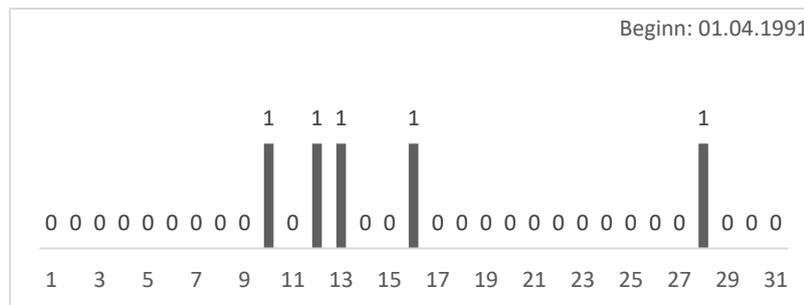


Abbildung 15 Verteilung nach Tagen (Bürgerkrieg Bosnien- Herzegowina 1992)

Die Verteilung der Artikel nach Seiten, bietet jedoch ein geringfügig differenzierteres Bild. Offenbar waren die Artikel zum Thema derart aktuell und brisant, dass sie auf den ersten Seiten der Ausgaben platziert wurden.

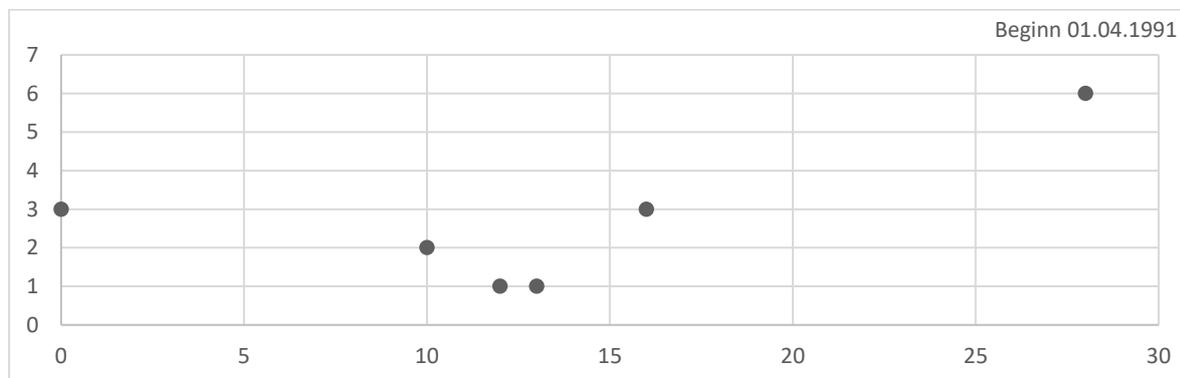


Abbildung 16 Seitenanzahl der Artikel nach Tagen (Bürgerkrieg Bosnien- Herzegowina 1992)

Hinsichtlich dieses Umstands ist jedoch anzumerken, dass, wie oben schon angedeutet, kein einziger der Artikel voll zum Thema einer *Flüchtlingswelle* passt. Es wird zwar von der Angst vor einer *Massenflucht* nach Pogromen sowie dem anschließenden Flüchtlingsstrom berichtet, jedoch wird zu keinem Zeitpunkt auch nur auf einen einzigen *Flüchtling* auf österreichischem Staatsgebiet verwiesen. Vielmehr handelte es sich beispielsweise um Lokalausweise zur Situation der flüchtenden Personen in Kroatien. Auch die verwendeten Schlagwörter zeigen ein breit gefächertes Spektrum an Themen, da diese jeweils nur einmal vorkamen.

Tabelle 10 Häufigste Schlagwörter (Bürgerkrieg Bosnien-Herzegowina 1992)

<i>Asylgesetz</i>	1	<i>Nachbarrepublik</i>	1
<i>Massenflucht</i>	1	<i>KriegsFlüchtlinge</i>	1
<i>Flüchtlingsstrom</i>	1	<i>Lokalausweise</i>	1
<i>UN</i>	1	<i>Unterbringung</i>	1

Hier zeigt sich, dass durchaus Begrifflichkeiten, wie jene der *Massenflucht* oder des *Flüchtlingsstroms* verwendet werden. Aufgrund des fehlenden Bezugs zur Situation von *Flüchtlingen* in Österreich kann jedoch auch für diesen Zeitraum nicht von einer *Welle* an *Flüchtlingen* ausgegangen werden.

Kosovo-Konflikt (1999)

Bei der letzten *Flüchtlingswellen* der 1990er Jahre sollen im Frühjahr 1999 etwa 5.000 flüchtende Personen zeitlich begrenztes Asyl erhalten haben. Demnach ist aufgrund der Entscheidung, diese Personen in Österreich aufzunehmen und zu versorgen, nicht von einer übermäßig aufbrausenden Berichterstattung auszugehen gewesen. Man war auf die flüchtenden Personen vorbereitet und flog diese zum Teil sogar ein.

Demgemäß war es recht überraschend, einen vergleichsweise hohen Anteil von Artikel von 16 Stück im betreffenden Zeitraum zu finden. Die Artikel wurden dabei kurz vor dem Eintreffen des ersten *Flüchtlingstransports* per Flugzeug, am Tag nach dem Eintreffens der ersten 161 Vertriebenen (Do, 15.04.1999, Tag 22) sowie in der darauf folgenden Woche, publiziert.

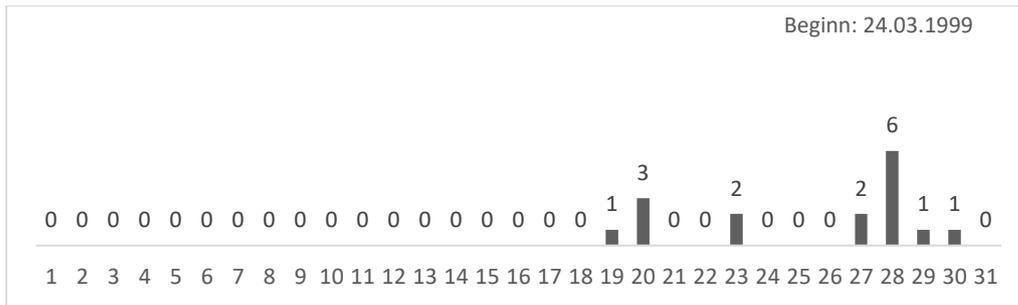


Abbildung 17 Verteilung nach Tagen (Kosovo Konflikt 1999)

Bei Betrachtung der Seitenanzahl, auf denen die Artikel erschienen sind, zeigt weiters, dass es sich um viele kurze Artikel gehandelt hat, die thematisch zusammenhängend nebeneinander platziert wurden. Dieser Umstand trifft vor allem auf den Tag 20 (13.04.99 mit drei Artikeln) sowie 28 (21.04.99 mit sechs Artikeln) zu, welche je auf derselben Seite veröffentlicht wurden.

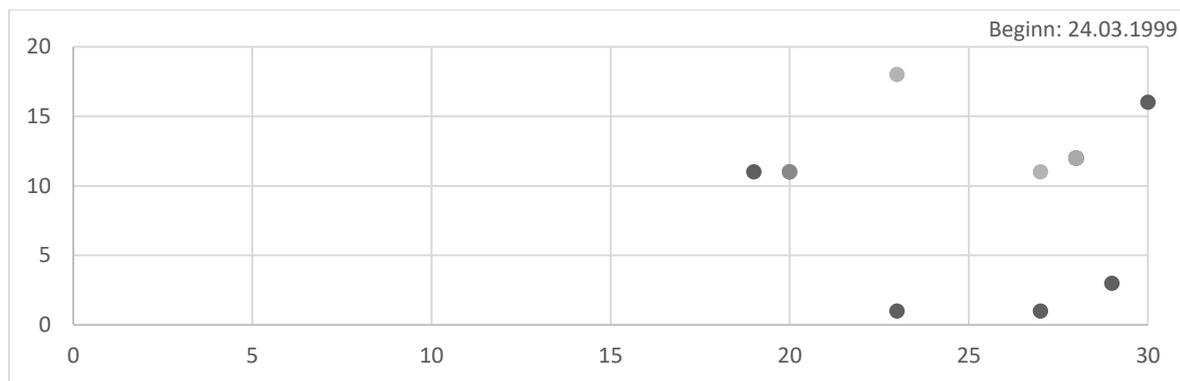


Abbildung 18 Seitenanzahl der Artikel nach Tagen Kosovo Konflikt 1999)

Auch die vergebenen Schlagworte gehen mit den obigen Ausführungen einher. Hier ist keine Rede von *Wellen*, sondern eher vom Transport, der Unterbringung und der Frage nach Hilfe für die Vertriebenen.

Tabelle 11 Häufigste Schlagwörter (Kosovo Konflikt 1999)

<i>Flüchtlingstransport</i>	5	<i>Vertriebene</i>	2
<i>Flüchtlinge</i>	3	<i>Asyl</i>	1
<i>Hilfsaktion</i>	2	<i>Aufnahmeländer</i>	1
<i>Lokalausgang</i>	2	<i>Aufruf</i>	1
<i>Obergrenze</i>	2	<i>Einzelfallprüfung</i>	1

Die Berichterstattung zu den flüchtenden Personen aus dem Kosovo zeigt demnach ein spezielles Bild der österreichischen Migrationsgeschichte, nämlich jenes der geordneten und erwarteten Aufnahme von flüchtenden Personen, bei denen offenbar eine andere Art der Reportage vorgezogen wurde.

6.1.6. Öffnung der Grenzen in Österreich (2015)

Grundlegend anderer Natur war dagegen die Situation im Herbst 2015 gelagert. Es kam zwar in den Jahren 2013 und vor allem im Jahr 2014 zu einem stetigen Anstieg der Antragszahlen für Asyl, jedoch stellt das Jahr 2015 einen Sonderfall dar. Vor allem der betrachtete Zeitraum des Septembers 2015 mit der kurzzeitigen Öffnung der Grenzen nach Ungarn sowie Deutschland stellte damals sämtliche beteiligten Personen vor eine ungeheure Herausforderung. Nach dem Jahr 1956 handelt es sich bezogen auf die Anzahl der Asylanträge mit 88.340 Anträgen um das stärkste Jahr des Aufzeichnungszeitraums wobei ein weitaus größerer Teil der flüchtenden Personen durch Österreich nach Deutschland weiterreiste.

Ein Unikum stellt hier die Verteilung der Artikel auf das untersuchte Monat dar. Bis auf die Ausgabe des letzten zu analysierenden Tages, wurde für jeden Tag zumindest ein Artikel zur Thematik gefunden. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass „Die Presse“ seit 2009 auch sonntags und damit an jedem Tag der Woche erscheint. Dies ermöglicht eine derartige Verteilung der Artikel überhaupt erst.

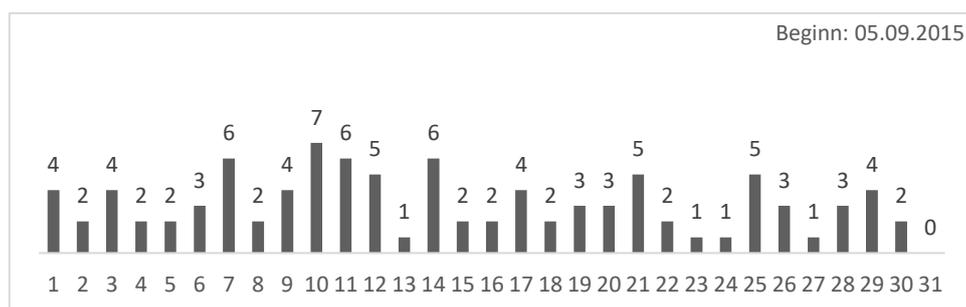


Abbildung 19 Verteilung nach Tagen (Öffnung der Grenzen 2015)

Aufgrund des zunehmenden Umfangs und der steigenden Häufigkeit des Erscheinens der Zeitungen im Laufe der Jahrzehnte ist es auch nicht verwunderlich, dass für 2015 mit 106 Artikeln mit Abstand die meisten Artikel gefunden wurden.

Die Verteilung der Artikel auf den Seiten der jeweiligen Ausgaben zeigt weiters, dass die Artikel fast durchgängig auf den ersten Seiten platziert wurden und damit offenkundig von einer hohen Brisanz der Thematik ausgegangen werden kann. Lediglich in den letzten zehn Tagen des analysierten Monats ist eine kleine Veränderung hinsichtlich weiter hinten platzierter Artikel wahrzunehmen.

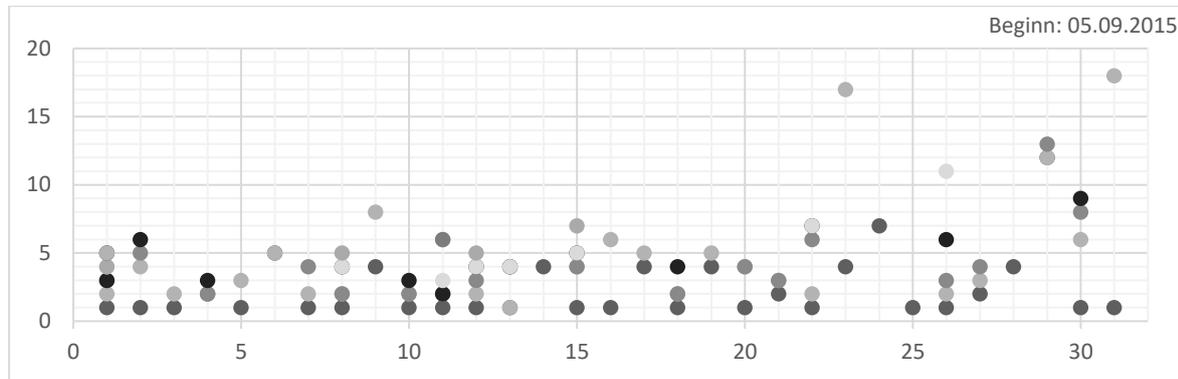


Abbildung 20 Verteilung nach Tagen und Zeitungsseiten (Öffnung der Grenzen 2015)

Auch die vergebenen und verwendeten Schlagwörter zeigen ein sehr spezifisches Bild. Der Begriff der „*Flüchtlingskrise*“ beispielsweise kommt lediglich bei der Berichterstattung dieses Jahres vor. Auch die Thematik der „*Integration*“ kommt nur im Jahr 2015 vor. Dies weist durchaus auf einen sich veränderten Diskurs bzw. eine sich verändernde Meinungslandschaft hin.

Tabelle 12 Häufigste Schlagwörter (Öffnung der Grenzen 2015)

<i>Flüchtlingskrise</i>	19	<i>Flüchtlingswelle</i>	6
<i>Flüchtlingsstrom</i>	11	<i>Grenzkontrollen</i>	6
<i>Lokalausgang</i>	9	<i>Solidarität</i>	6
<i>Zustrom</i>	9	<i>Integration</i>	5
<i>Unterbringung</i>	7	<i>Kosten</i>	5

Die Begriffe des „*Flüchtlingsstroms*“, der „*Flüchtlingswelle*“ oder des „*Zustroms*“ kommen zwar auch in anderen *Wellen* vor, es zeigt sich jedoch, dass diese Metaphern vergleichsweise häufig gebraucht werden.

Interessant ist weiters, dass zwar „*Solidarität*“ recht häufig vorkommt, es jedoch kein Schlagwort zur Hilfe oder Appelle in die Liste der verwendeten Schlagwörter geschafft haben. Lediglich die „*Fluchthilfe*“ und „*Hilfslosigkeit*“ kamen in je einem Artikel vor.

6.2. Mikrostruktur

Bei der Analyse der Mikrostruktur der gefundenen Aussagen stehen nach der Auffassung Landwehrs die Aspekte der Argumentation, Stilistik und Rhetorik im Zentrum. Es soll weniger auf die einzelnen Worte eingegangen, sondern die Texte mit Hinblick auf ihren Handlungscharakter untersucht werden. Damit sollen die Aussagen, die die Textpassagen wiedergeben, aufgezeigt und eventuell auftretende Muster angeführt werden um so schlussendlich darlegen zu können, wie die RezipientInnen durch die Macht der transportierten Aussagen von gewissen Akteuren des Diskurses in bestimmter Weise manipuliert werden sollen.¹⁷⁹

Für die vorliegende Analyse bedeutet dies die Betrachtung auf der Ebene bestimmter Aussagebereiche, die über den untersuchten Zeitraum in mehreren *Wellen* aufgefunden werden konnten. Diese unterschiedlichen Ebenen des Diskurses sollen weiters Besonderheiten, die bei der Betrachtung der Artikel aufgezeigt werden konnten, wiedergeben. Zur besseren Strukturierung sind diese Diskursebenen in jeweilige Kapitel eingeordnet. Die Ebenen werden demnach nicht mehr rein chronologisch nach Wellen betrachtet.

6.2.1. Von der „Welle der Hilfsbereitschaft“¹⁸⁰ zur „Flüchtlingswelle“¹⁸¹

Wie schon mehrfach in den vorangegangenen Kapiteln aufgezeigt, ist in Österreich hinsichtlich der öffentlichen Meinung und des Diskurses zu flüchtenden Personen von einem Wandel von einer eher positiven Einstellung gegenüber *Flüchtlingen* bis in die 1980er Jahre hinein, hin zu einer fremdenfeindlichen und teils rassistischen Grundhaltung seit den 1990er Jahren auszugehen. Diese Grundhaltung spiegelt sich auch in der generellen Darstellung der *Wellen* wider.

Im Jahr 1956, etwa zwei Wochen nach dem Ungarnaufstand, schrieb „Die Presse“ am 16. November bei der Berichterstattung zum Besuch des amtierenden Hochkommissars der Vereinten Nationen für das Flüchtlingswesen:

¹⁷⁹ Vgl. Landwehr, Historische Diskursanalyse 117.

¹⁸⁰ Eine Welle der Hilfsbereitschaft für Touristen. In: Die Presse (24.08.1968) 6.

¹⁸¹ Neue Zahlen: Nächste Flüchtlingswelle rollt an. In: Die Presse (08.09.2015) 3.

*Die **Grundwelle in der Hilfs- und Opferbereitschaft**, die in den letzten Wochen durch unser Volk ging, findet in der Geschichte Österreichs kaum ein Beispiel. [...] Die Österreicher haben mehr gegeben, als was sich in Zahlen ausdrücken läßt, sie haben dem aus tausend Wunden blutenden Nachbarn ihr Herz geschenkt.*¹⁸²

Auch im Jahr 1969 wurde über die Unterstützung der *Flüchtlinge* durch die Österreichische Bevölkerung noch geschrieben:

*Die **Welle der Hilfsbereitschaft** gegenüber den Flüchtlingen aus der Tschechoslowakei und den Touristen, die nicht mehr in ihr Heimatland zurückkehren können, rollte auch am Freitag weiter.*¹⁸³

Dem gegenüber stand die auch schon im Jahr 1956 stattfindende Entsubjektivierung und damit einhergehende Abwertung der Einzelpersonen durch die Nutzung von Metaphern, die eine kohärente Menge suggerieren:

*Der **Zustrom** dauert unvermindert an. Es ist auch für die nächste Zeit mit einem Zustrom zu rechnen.*¹⁸⁴

*„Der heutige Tag brachte den absoluten Höhepunkt“, stöhnte einer der Beamten, die in Eisenstadt den wie eine **Sturzflut** über die österreichische Grenze hereinbrechenden **Flüchtlingsstrom** in geordnete Bahnen lenken sollen.*¹⁸⁵

*Seit dem Tage, da die Sowjets ihren heimtückischen Schlag gegen die ungarische Revolution führten, **strömen solche Massen von Flüchtlingen** nach Österreich, daß man bald von einer **Völkerwanderung** wird sprechen können. [...] Um die **Menschenlawine**, die sich in unser Land ergießt, organisatorisch aufzufangen und in humane Bahnen zu lenken, bedarf es riesiger materieller Mittel, die weit über unsere eigenen Kräfte gehen.*¹⁸⁶

Interessant ist auch, dass „Die Presse“ im Jahr der Solidarnosc Bewegung 1981 keinerlei Problematik darin sah, folgende Aussage abzudrucken:

*Noch drastischer drückt es Direktor Andreas Balko vom polnisch-amerikanischen Einwanderungskomitee aus: „Die **Leute werden jetzt alle aus ihren Löchern kriechen**, das ist die nächste Flüchtlingswelle.“*¹⁸⁷

¹⁸² Rasche Hilfe – aber wie? In: Die Presse (16.11.1956) 1.

¹⁸³ Eine Welle der Hilfsbereitschaft für Touristen. In: Die Presse (24.08.1968) 6.

¹⁸⁴ Österreichs große Sorge – die Flüchtlinge. In: Die Presse (14.11.1956) 1.

¹⁸⁵ Flüchtlingszustrom kaum mehr zu bewältigen. In: Die Presse (16.11.1956) 4.

¹⁸⁶ Helft! Helft! Helft! In: Die Presse (24.11.1956) 1.

¹⁸⁷ Schöffl, Stefan. Die neue Flüchtlingswelle rollt mit alten Meldezetteln. In: Die Presse (15.12.1981) 12.

Es zeigt sich demnach eine Nutzung der betreffenden Metaphern über beinahe alle Zeiträume. Auch die hohe Anzahl der vergebenen Schlagwörter lässt darauf schließen. Lediglich in der Berichterstattung über die de-facto *Flüchtlinge* aus dem Kosovo des Jahres 1999 findet sich keine dieser Metaphern.

Die Berichterstattung der Zeitung „Die Presse“ am Tag nach der sogenannten „Öffnung der Grenze“ (dem 06.09.2015) zeigt, dass derartige Metaphern auch im Jahr 2015 noch unhinterfragt verwendet wurden:

*Es dauert. Das Warten auf den Augenblick, von dem man irgendwann vielleicht sagt, dass Geschichte geschrieben wurde. Samstags um zwei Uhr morgens lässt dieser Moment auf sich warten. Erst ein ausrangierter Bus, der in den Grenzposten Hegyeshalom an der ungarisch-österreichischen Grenze rollt, liefert den Auftakt. Als eine ganze "Ladung" von Flüchtlingen aussteigt, wird klar: In dieser Nacht beginnt etwas Außergewöhnliches. [...] Am Freitag schließlich, als der **Druck** zu groß geworden war, **öffnete Ungarn das Ventil**. Man werde die Flüchtlinge mit Bussen an die Grenze bringen und wartete auf eine Reaktion Österreichs. Diese kam schließlich: Man werde Menschen nicht im Stich lassen, die Einreise erlauben. **Die Explosion des Kessels war abgewendet**. Fürs Erste. **Wie viel Druck da war, zeigt sich im Lauf des Samstags. Der Strom der Flüchtlinge reißt nicht und nicht ab**. Ein Bus nach dem anderen, **Massen an Menschen** überqueren die Grenze. Von 4000 Flüchtlingen wird in der Nacht gesprochen. Am Samstagabend sprach das Innenministerium dann von mehr als 9000.¹⁸⁸*

Auch am darauffolgenden Tag zeigt sich ein ähnliches Bild:

*Im Schatten der Krisendiplomatie baut sich die nächste **Flüchtlingswelle** auf. 20.000 Menschen sind auf Lesbos gestrandet, 10.000 auf weiteren griechischen Insel. An der Grenze zu und in Mazedonien sitzen 14.000 fest, in Serbien, dem letzten Land vor der eingezäunten ungarischen EU-Außengrenze, sind es noch einmal 4000. Und weitere 4000 kommen derzeit in Griechenland an. Pro Tag.¹⁸⁹*

*Können die 40.000 Flüchtlinge (wer kennt deren genaue Zahl?), die die Österreicher während der vergangenen wenigen Stunden und Tage einem **Naturereignis gleich ins das Land strömen** gesehen haben, hier dauerhaft bleiben? „Absolut nicht.“ So lautet die unmissverständliche Antwort von jemanden, der über die Situation Bescheid wissen muss.¹⁹⁰*

¹⁸⁸ Kocina, Erich. Imlinger, Christine. Lagler, Claudia. Der Tag, an dem die Grenze (kurz) verschwand. In: Die Presse (06.09.2015) 4.

¹⁸⁹ Neue Zahlen: Nächste Flüchtlingswelle rollt an. In: Die Presse (08.09.2015) 3.

¹⁹⁰ Neuwirth, Dietman. Der Zug der Flüchtlinge und die Politik der Symbole. In: Die Presse (15.09.2015) 2.

Es ist damit auch nicht verwunderlich, dass in elf Artikeln über den *Flüchtlingsstrom*, in neun vom *Zustrom an Flüchtlingen* berichtet wird und in sechs Artikeln von einer *Flüchtlingswelle* die Rede ist. In fünf Artikeln wird gar von einem *Rückstau an Flüchtlingen* berichtet.

In den Artikeln aller Zeiträume (abgesehen von 1999) wird über *Massen, Ströme, Fluten, Anstürme* und *Wellen* im Jahr 2015 sogar über die *Sogwirkung* Deutschlands und in den Jahren 1956 und 2015 auch über eine *Völkerwanderung* berichtet.

All diese Metaphern haben die Dehumanisierung jener Einzelpersonen, die nach und über Österreich fliehen, zum Ziel. Denn erst wenn die betreffenden Personen nicht mehr als Menschen angesehen werden, sondern sie vielmehr eine undefinierbare Masse sind, die auf *uns zurollt*, kann im nächsten Schritt viel einfacher eine Differenzierung in *Wir/Sie* vorgenommen werden.

6.2.2. „Es muss immer etwas geschehen, dass etwas geschieht.“¹⁹¹

Interessant ist in Zusammenhang mit der im vorherigen Kapitel betrachteten Dehumanisierung, die Berichterstattung über die Solidarität der österreichischen Bevölkerung gegenüber den ankommenden flüchtenden Personen und ihrer Bereitschaft, zu Spenden.

Im Jahr 1956 wurde in Bezug zu diesem Aspekt noch vermeldet:

*Die Anteilnahme der gesamten Bevölkerung an den Ereignissen in Ungarn ließ erkennen, daß der Eiserne Vorhang nur ein aus der kommunistischen Ideologie entstandenes Gebilde ist , und daß die Wiener sich auch heute noch mit dem **Nachbarvolk im Osten** verbunden fühlen; heute, da für jedermann erkennbar ist, **welch furchtbaren Druck das ungarische Volk noch ertragen muß**, gilt dies mehr denn je. Immer noch bestehen **viele verwandtschaftliche Bindungen** zwischen Österreich und Ungarn, immer noch ist **die Erinnerung an die Zeit, da diesseits und jenseits der Grenze die gleichen Uniformen getragen wurden**, nicht geschwunden. Und jeder Wiener trägt auch heute noch zu Budapest, zu der herrlichen Stadt, eine stille Liebe im Herzen. [...] Die **Herzen der Wiener schlagen für die tapferen Budapester**, denen die Freiheit ihres Volkes mehr gilt als das eigene Leben.¹⁹²*

¹⁹¹ Enigl, Marianne. „So still war es in diesem Lager noch nie“ In: Die Presse (18.12.1981) 8.

¹⁹² Stärkste Anteilnahme der Wiener. In: Die Presse (25.10.1956) 2.

Dieser Artikel, direkt am ersten Tag nach den Meldungen über den Aufstand, zeigt sehr deutlich, wie die Verbundenheit der ungarischen BürgerInnen mit der österreichischen Bevölkerung suggeriert wurde. Im betreffenden Zeitraum kann wohl kaum die Rede von einer Differenzierung in „Sie“ und „Wir“ sein. Es schien viel mehr das Ziel gewesen zu sein, die Gemeinsamkeiten hervorzuheben.

Dies zeigt sich auch in folgendem Ausschnitt:

Wie jämmerlich klein erscheinen uns plötzlich die Sorgen unseres eigenen Alltages, wie anmaßend-übermütig der Wettlauf um einen noch größere Happen aus der Fülle einer wirtschaftlichen Hochkonjunktur, gemessen an dem blutigen Geschehen, das unserem Nachbarvolk aufgebürdet wurde.[...] Sie kämpfen und sterben auch für uns, denn es gibt in dieser Welt nur eine Freiheit, [sic!] und sie ist unteilbar.¹⁹³

Mehrfach wird auf die „Nachbarn“ verwiesen. Dies zeigt nur, dass suggeriert werden sollte, es handle sich um Personen wie „Wir“ es sind.

*Der Zustrom derer, die Spenden brachten, wollte kein Ende nehmen. [...] Einem Berichtersteller gegenüber erklärte Außenminister Figl, die Bevölkerung Österreichs sei **schmerzlich berührt von dem Leid**, das aus den blutigen Auseinandersetzungen im **Nachbarland** erwachse. Die Menschlichkeit gebiete uns, mitzuhelfen, dieses Leid zu lindern.¹⁹⁴*

Es zeigt sich weiters, dass den flüchtenden Personen (zumindest am Beginn dieses Zeitraums) zugesprochen wurde, mehr Unterstützung zu benötigen, als lediglich die Unterbringung. Ein Aspekt, der in den anderen Zeiträumen noch anders dargestellt werden wird.

*Doch nun muß man den Leuten beim **Aufbau einer neuen Existenz zur Seite stehen**. Oder glaubt jemand, es genüge, den Unglücklichen einen Strohsack und ein Essen anzuweisen und ihnen zu verstehen zu geben: Nun bist du geborgen, nun hilf dir selbst weiter?¹⁹⁵*

Die flüchtenden Personen aus Polen im Jahr 1981 wurden offenbar noch unterstützt, auch wenn dieser Umstand erst nach der Verhängung des Ausnahmezustands der Fall war und bis zu diesem Zeitpunkt nicht davon ausgegangen wurde, dass die flüchtenden Personen Unterstützung benötigen würden. Im Zuge eines Lokalaugenscheins in dem

¹⁹³ Helft der Freiheit. In: Die Presse (28.10.1956) 1.

¹⁹⁴ Blut und Medikamente für die Verwundeten. In: Die Presse (28.10.1956) 7.

¹⁹⁵ Rasche Hilfe – aber wie? In: Die Presse (16.11.1956) 1.

Flüchtlingslager Traiskirchen samt Interview mit Herrn Karl Rodek, dem damaligen Leiter, steht dazu in der Zeitung „Die Presse“:

*Seit Sonntag erreichen wieder Hunderte private **Hilfsangebote** das Lager. Sein Leiter: „**Es muß immer etwas geschehen, daß etwas geschieht.** Das Gewissen braucht scheinbar immer spektakulärere Ereignisse. Aber wir sind doch froh.“¹⁹⁶*

In den Zeiträumen ab den 1990er Jahren wird kaum noch auf die Solidarität der ÖsterreicherInnen gegenüber den flüchtenden Personen eingegangen und auch die Bereitschaft zu Spenden und zur Unterstützung dürfte sich (zumindest in der medialen Darstellung in der Zeitung „Die Presse“) gewandelt haben.

Für die de-facto *Flüchtlinge* aus dem Kosovo des Jahres 1999 bedeutet dies etwa in der Darstellung:

*„Es sind Frauen mit ihren Kindern. Und Alte. Keine jungen Männer. Die sind im Krieg.“ Schlögl:
„Ich halte es für keine gute Idee, wenn wir die Flüchtlinge kreuz und quer in Europa verteilen.“
Die Aufnahme kann nur als Entlastung für Albanien und Mazedonien gesehen werden.
Wichtiger sei natürlich die Hilfe vor Ort.¹⁹⁷*

Es zeigt sich eine Verschiebung der Bereitschaft zur Unterstützung hin zur Hilfe in den betreffenden Ländern. Auch im Jahr wird grundlegend anders berichtet, als es im Jahr 1956 der Fall war. Es wird beispielsweise geschrieben:

*Die **Solidarität der Bevölkerung gegenüber Notleidenden sei „ausgereizt und überstrapaziert“**, sagt Vizekanzler Reinhold Mitterlehner (ÖVP) in den „Salzburger Nachrichten“. Bei den Fernsehbilder habe man mitunter den Eindruck: „Neben bedauernden Familien gibt es auch jene, für die es **eine Art Abenteuer** zu sein scheint, einen Marsch in Richtung Europa zu versuchen.“¹⁹⁸*

Die Bereitschaft zur Unterstützung und Aufnahme dürfte offenbar an bestimmte Aspekte der jeweiligen Gruppen an flüchtenden Personen gekoppelt sein. Es stellt sich demnach die Frage, was die *Flüchtlinge* der Jahre 1956/57 von jenen des Jahres 1999 unterscheiden mag. Dies soll in der Analyse einer späteren Diskursebene beleuchtet werden.

¹⁹⁶ Enigl, Marianne. „So still war es in diesem Lager noch nie“ In: Die Presse (18.12.1981) 8.

¹⁹⁷ Ein Flugzeug voller Flüchtlinge und ein Innenminister an der Gangway. In: Die Presse (16.04.1999) 18.

¹⁹⁸ Mitterlehner ist nun für die Festung Europa. In: Die Presse (19.09.2015) 5.

6.2.3. „Eine einzige falsche Zahl“¹⁹⁹

Einer besonderen Betrachtung bedarf wohl die Tatsache, dass im Untersuchungszeitraum gleich zwei Meldungen zu falschen Informationen in Artikeln zu finden waren. Im Speziellen betrifft dies den „Ansturm“ an rumänischen *Flüchtlingen* vor der Verhängung der Visumpflicht am 15.03.1990.

Hierzu schrieb „Die Presse“ wie folgt:

*Die angekündigte Visumpflicht für Rumänen sorgte gestern für einen **Massenansturm** von Rumänen an der ungarisch-österreichischen Grenze. In den frühen Morgenstunden passierten mehr als 5000 Rumänen die Grenzübergänge bei Nickelsdorf und Klingenbach, 30.000 Flüchtlinge warteten in Ungarn auf die Einreise nach Österreich.²⁰⁰*

Dieser Artikel wurde auf der Titelseite des betreffenden Tages in großem Format publiziert. Die Informationen zur Falschmeldung erfolgte zwei Tage später in wesentlichen kleinerem Format auf Seite zwei:

*Es war eine **einzige falsche Zahl** nur, aber die hat **Panik ausgelöst**: 35.000 Rumänen seien im Anrollen und wollten noch rasch vor Verhängung der Visumpflicht über die österreichischen Grenzen, hat die heimische Nachrichtenagentur Mitte der Woche unter Berufung auf die burgenländische [sic!] Sicherheitsbehörden gemeldet. Nichts dran, wußte man 24 Stunden später, es „rollte“ nur ein knappes Fünftel. Hat da jemand (nicht die Apa [sic!], wohlgemerkt) bewußt eine Ente laviert, um noch rasch das „Wir müssen die Grenzen dichtmachen“ zu rechtfertigen? Oder hat man bei den Sicherheitsbehörden (zufällig des östlichsten Bundeslandes) jene zig-tausend Rumänen, die seit langem in und um Budapest leben, im Geiste bereits tatsächlich auf Völkerwanderung gesehen und Alarm gegeben? Wo immer die Falschmeldung ihre Wurzel hat, als Erkenntnis bleibt: Für die hausgemachte „Katastrophe“ genügt das Zusammentreffen dreier Faktoren - einer sensiblen Zeit, einer falschen Zahl und einer Öffentlichkeit, die, wenn es um Hiobsbotschaften geht, fast alles glaubt.²⁰¹*

Wesentlich erscheint in diesem Zusammenhang die gänzliche Verdrängung der eigenen journalistischen Verantwortung und Negierung des eigenen Fehlverhaltens. Weiters wird die Schuld anderen Instanzen zugeschrieben und suggeriert, dass die betreffende Falschmeldung eventuell bewusst lanciert wurde.

¹⁹⁹ Eine falsche Zahl. In: Die Presse (17.03.1990).2

²⁰⁰ Tausende Rumänen stürmten Österreich. In: Die Presse (15.03.1990) 1.

²⁰¹ Eine falsche Zahl. In: Die Presse (17.03.1990) 2.

Auch im Jahr 2015 kam es zur Aufdeckung eines falsch wiedergegebenen Ausschnitts eines Arbeitspapiers des Innenministeriums:

*"Die Lage scheint ernst zu sein. Die hohe Zahl der Flüchtlinge binde Kräfte. Der Polizei drohten Personalknappheit und die Gefahr, dass die „**Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit**“ nicht mehr gewährleistet werden könne, sowie „interethnische und interreligiöse Konflikte unter den Migranten und faktische Außerkraftsetzung der gesetzlichen Strukturen“. [...] So steht es in einem **Arbeitspapier des Innenministeriums**, dass der Bayerische Rundfunk am Dienstag veröffentlichte und dessen Inhalt u.a. die „ZiB2“ des „ORF“ und die „Kronen Zeitung“ – offenbar ungeprüft – übernahmen. Ist der Polizei die Lage also tatsächlich entglitten? Dennoch ist der Eindruck, der durch die Veröffentlichung des „**Geheimpapiers**“ (BR) oder „Lageberichts“ (ORF) entstand, falsch. Was nämlich niemand dazusagte: Der Inhalt der Unterlage bezieht sich auf das **hypothetische Szenario**, was passiere, wenn mit einem Schlag plötzlich **250.000 Flüchtlinge** aus den Lagern im Libanon oder der Türkei ins Land kämen. Diesen **Worst-Case** durchzuspielen war Aufgabe der Arbeitsgruppe für Risikoanalyse.²⁰²*

Hier ist durchaus interessant, dass auf jene Medien hingewiesen wird, die im Artikel wiedergegebenen Information zunächst offenbar falsch wiedergegeben hatten. Es stellt sich demnach die Frage, warum „Die Presse“ überhaupt darauf eingeht, dass es diese falschen Informationen über eine nicht mehr gegebene Sicherheit von Seiten der Polizei überhaupt gibt.

Beide Fälle haben jedoch gemein und zeigen eindeutig, wie einfach es ist, die Bevölkerung falsch zu informieren und bestimmte Reaktionen (wie Panik, Unsicherheit oder Angst) mit diesen Falschinformationen in der Gesellschaft hervorzurufen. Während jene Informationen, die schlichtweg nicht stimmen, dabei häufig besser platziert werden, weil sie reißerischer sind, trifft dies auf das Eingeständnis, dass Fehler passiert sind, nicht mehr zu. Die Artikel zu den Falschmeldungen werden so wohl von wesentlich weniger Personen wahrgenommen. Dies lässt durchaus die Frage zu, wie viele Falschmeldungen publiziert wurden, ohne dass je eine Richtigstellung erfolgt wäre, um in der Bevölkerung gezielt ein bestimmtes Gefühl hervorzurufen.

²⁰² Wetz, Andreas. „Gefahr für die öffentliche Sicherheit“. In: Die Presse (25.09.2015) 3.

6.2.4. Österreich als „Transitlager des Kontinents“²⁰³

Die erste Idee für diese Arbeit entstand aufgrund der häufig vorkommenden Darstellung Österreichs als vorbildliches Asylland. In diesem Zusammenhang ist auch der folgende Aspekt des Diskurses rund um flüchtende Personen in Österreich zu sehen. Es handelt sich dabei um die Verbindung der österreichischen Migrationsgeschichte mit dem Bild eines Landes, das seinen Verpflichtungen zur Genüge nachgekommen wäre und damit einhergehend keinerlei Verpflichtungen mehr für die Aufnahme von *Flüchtlingen* hätte. In diesen Bereich fällt ebenfalls die Rolle Österreichs als Transitland für *Flüchtlinge* und die notwendige Berichterstattung über die Weiterwanderung der in Österreich verweilenden Personen bis in die 1980er Jahre.

Dieser Verweis auf die Weiterreise der *Flüchtlinge* erscheint vor allem unter dem Aspekt interessant, dass Österreich im Fall der Weiterreise keinerlei Verantwortung und damit verbunden auch keinerlei weitere Kosten für die betreffenden Personen zu tragen hätte. Unter Berücksichtigung dieses Aspekt erscheint es sehr interessant, dass vergleichsweise häufig auf die Weiter- und Durchreise flüchtender Personen verwiesen wird.

*Während der Großteil der nach Österreich strömenden tschechoslowakischen Touristen erklärt, [...] in Wien die Klärung der Lage in der Heimat und womöglich sogar den Abzug der Besatzungstruppen abwarten zu wollen, fragen nun auch immer mehr Menschen bei den **diplomatischen Vertretungen verschiedener westlicher Länder um Transitvisa und Einreisegenehmigungen an oder bitten um Asyl**. Besonders starken Zulauf registrierten die Vertretungen der Schweiz, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Schwedens und Kanadas.²⁰⁴*

*Es war ein Tag mit vielen Wendungen. Und am Ende mit einer Lösung, wie sie so typisch für den bisherigen Umgang mit der Flüchtlingskrise ist. Österreich lässt die Flüchtlinge, die aus Ungarn in Richtung Westen ziehen, ins Land. Hier können sie entweder einen Asylantrag stellen oder, was weitaus häufiger vorkommen dürfte, **ihre Reise nach Deutschland** fortsetzen.²⁰⁵*

Außerdem wird gerne darauf verwiesen, dass Österreich seine Schuldigkeit hinsichtlich der Betreuung flüchtender Personen getan hätte. Dies impliziert, dass Österreich schon genug aufgewendet hätte und damit nun eine Art „Opfer“ der Umstände wäre. Dieser

²⁰³ Chorherr, Thomas. Die das Elend wählen. In: Die Presse (10.03.1990) 1.

²⁰⁴ Zuwenig Benzin für CS-Touristen. In: Die Presse (29.08.1968) 10.

²⁰⁵ Bogner, Peter. Kocina, Erich. Flüchtlinge dürfen nach Österreich. In: Die Presse (05.09.2015) 1.

Opfer-Mythos Österreichs wurde bisher vor allem in Hinblick auf die Betreuung jener flüchtenden Personen verwendet, die (wie oben gezeigt wurde) Österreich lediglich als Transitland zur Weiterreise in ein anderes Land nutzten.

*Dieses Land braucht sich, was die **Bewältigung des Flüchtlingsproblems** betrifft, wahrhaftig nicht zu schämen. 1956, nach der Ungarn-Revolution, hat Österreich Hunderttausende aufgenommen. Jene, die in Hörfunk und Fernsehen heute mit sanftem Augenaufschlag verdammende Pauschalurteile verhängen, wissen nicht, daß damals die Haupteinwanderungsländer der Welt **Selektionskommissionen**, komplett mit Röntgenstraßen ausgestattet, nach Österreich schickten: Nur „the best and the brightest“ wurden akzeptiert, die anderen blieben hier: **Wir haben sie bereitwillig akzeptiert, sie sind zu guten Österreichern geworden. Als Transit-, vor allem aber als Asyl-land steht Österreich seither in der Welt an vorderster Stelle.** Menschenjagden wie an der amerikanisch-mexikanischen Grenze gibt es hier ebenso wenig wie Ausbrüche ethnischen Hasses oder politischer Abneigung, die man mit Interesse zur Kenntnis nimmt, wenn sie sich etwa in der Sowjetunion ereignen. [...] Sagen wird es offen und ohne den neuerdings so populären heuchlerischen Tränenflor: **Österreich ist nicht in der Lage, das Transitlager des Kontinents zu werden.** Politische Flüchtlinge sind uns, wie stets, willkommen. Aber wer das bessere, schönere, leichtere Leben sucht, der flieht nicht. Er wandert aus. Er verzichtet darauf, an der Verbesserung der Zustände in seiner Heimat mitzuarbeiten. Er zieht es vor, ins Elend zu gehen. Hätten die jungen Österreicher nach 1945, da die Zukunft düsterer war als jene im heutigen Rumänien, den gleichen Weg gewählt, so hätte es nie den spektakulären Wiederaufbau der Nachkriegszeit geben können.²⁰⁶*

Es stellt sich demnach die berechtigte Frage, ob in diesem Fall nicht das jeweilige Zielland der flüchtenden Personen die „Schuldigkeit“ getan hätte und Österreich als Transitland damit dieses Narrativ nur für sich beansprucht, wenn es dienlich für die Rechtfertigung unterlassener Unterstützung flüchtender Personen ist.

6.2.5. Die „gute österreichische Tradition“²⁰⁷

In den Analysen zu den vorgegangenen Ebenen wurde offensichtlich, dass es bei bestimmten *Flüchtlingen* offenbar möglich war, Mitleid zu zeigen und diese in weiterer Folge zu unterstützen. Dies traf beispielsweise in hohem Maße auf die ungarischen „Nachbarn“ zu. Im österreichischen Diskurs rund um flüchtende Personen scheint

²⁰⁶ Chorherr, Thomas. Die das Elend wählen. In: Die Presse (10.03.1990) 1.

²⁰⁷ Nationalkomitee über Parteigrenzen – Fast soll Polenhilfe koordinieren. In: Die Presse (23.12.1981) 10.

auffällig, dass das Recht der *Flüchtlinge* auf Flucht offenbar stets an bestimmte Aspekte gekoppelt sein muss. Es ist nicht von einem Grundrecht der Menschen auf Flucht die Rede. Damit erscheint es schlüssig, bestimmten Menschen das Recht zu- und es anderen abzusprechen.

Für die flüchtenden Personen des Ungarnaufstandes gab es (wie schon aufgezeigt) zunächst offenbar eine hohe Bereitschaft zur Aufnahme:

*Sie kämpften für uns, kämpfen wir auch für sie?*²⁰⁸

*Es soll nicht nur eine **selbstverständliche Verpflichtung, sondern unser Stolz sein**, gerade solchen Menschen beizustehen und denen unsere ganze Hilfsbereitschaft zuzuwenden, die **schuldlos unter die zermalmenden Räder der Geschichte geraten** sind. Während wir selbst diesmal durch ein glückliches Geschick davor bewahrt geblieben sind.*²⁰⁹

Eine Verbindung ihres Rechts auf Flucht und Unterstützung mit der eigenen Geschichte ist auffallend. Auch für das Jahr 1968 ist eine Koppelung mit dem Aspekt der „Nachbarschaft“ auffällig:

*[...] betonte der Regierungschef jedoch, daß man in Österreich mit großer Aufmerksamkeit die Vorgänge in der CSSR verfolgt habe und, daß das **Schicksal der Nachbarvölker unser Land nicht gleichgültig lasse**. [...] Dem Vernehmen nach erklärte der Kanzler seinem Besucher, Österreich sei sich seines neutralen Status voll bewußt, lasse es sich jedoch nicht nehmen, Flüchtlingen Asyl zu gewähren.*²¹⁰

*Bürgermeister Marek erklärte am Sonntag in einer Radioreihe im Rahmen der Sendung „Wiener Probleme“, daß es „einen selbstverständlichen Akt der Menschlichkeit bedeutet habe, im Geist der Hilfsbereitschaft, der Demokratie und der Verständigung, **Hilfesuchende aus unserem Nachbarland** mit dem Lebensnotwendigen zu versorgen.“*²¹¹

Auch eine Verbindung mit der gemeinsamen Religion wurde zum Teil vorgenommen:

*Über die Soforthilfe hinaus sei es ein Gebot der Menschlichkeit und **vor allem der christlichen Liebe**, den Flüchtlingen gerechte Startmöglichkeiten in ihrer neuen Heimat zu geben. [...] Die Welt aber müssen ihnen verbunden bleiben, und **gerade für Christen** dürfe es keinerlei Unterschiede der Person, Religion, Weltanschauung und politischen Einstellung geben.*²¹²

²⁰⁸ „Wir kämpfen für euch!“ In: Die Presse (30.10.1956) 1.

²⁰⁹ Helft! Helft! Helft! In: Die Presse (24.11.1956) 1.

²¹⁰ Sonderministerrat in Wien. In: Die Presse (22.08.1968) 1.

²¹¹ 10.000 CS-Touristen sind heimgekehrt. In: Die Presse (02.09.1968) 10.

²¹² „Keine Bürger zweiter Klasse“ In: Die Presse (09.11.1968) 5.

Dieser Verweis auf die christliche Nächstenliebe und Unterstützung Notleidender dürfte zwischen 1969 und 1981 offenbar an Relevanz verloren haben. Hier wird nun eine „österreichische Tradition“ der Unterstützung Notleidender beschwört:

ÖVP-Obmann Alois Mock appellierte am Dienstag an alle Österreicher, anlässlich der Gründung des Nationalkomitees der „guten österreichischen Tradition“ zu folgen und den Notleidenden Polen zu helfen.²¹³

Außerdem zeigt sich zunehmend, dass sich die Bereitschaft zur Unterstützung flüchtender Personen nach und nach reduziert:

*Was sind schon 75 Menschen? Für den Österreicher, der Weihnachten hinter sich hat und für Silvester rüstet, mag es eine Zahl mehr von der **unbequemen, weil ruhestörenden „Front“ der Herbergsuche** [sic!] des Jahres 1981 sein. Da will man auch nicht hören, daß in derselben Zeit an denselben Grenzübergängen bloß 26 Visa ausgestellt wurden. Willkommener ist wohl schon die Meldung, daß seit dem Nachmittag des 23. Dezember 391 Polen wieder heimgekehrt sind. **So arg kann's doch gar nicht sein, wenn so viele zurückfahren, nicht wahr?**²¹⁴*

Hier zeigt sich auch das erste Mal die Ansicht, dass viele der flüchtenden Personen durchaus die Möglichkeit hätten, in ihren Herkunftsländern zu verbleiben und es aus Gründen der Bequemlichkeit oder finanzieller Sicherheit vorziehen würden, nach Österreich zu kommen.

*Es sei der Bundesregierung „offenkundig noch immer nicht gelungen, die notwendige internationale Unterstützung zur definitiven Unterbringung der polnischen Flüchtlinge [...] zu erreichen“, bemängelte der außenpolitische Sprecher der VO, Abg. Steiner. Das bedauerliche Versagen dokumentiere sich im Fehlen einer „entsprechenden Vertrauensbasis“. **Mit Schuld daran sei, daß „über Monate hinweg die polnischen Flüchtlinge als Wirtschaftsflüchtlinge abqualifiziert wurden.**“²¹⁵*

In den 1980er Jahren kommt es zur beginnenden Differenzierung zwischen *Wirtschaftsflüchtlingen* und politischen *Flüchtlingen*.

*Am Montag bekannten sich die Exponenten der beiden Großparteien neuerlich dazu, daß Österreich „ein Hort der Freiheit“ bleiben müsse, eine Zuflucht für alle **politischen Flüchtlinge**.*

²¹³ Nationalkomitee über Parteigrenzen – Fast soll Polenhilfe koordinieren. In: Die Presse (23.12.1981) 10.

²¹⁴ Martos, Peter. Asyl auf österreichisch. In: Die Presse (29.12.1981) 1.

²¹⁵ Kritik an Kreiskys Flüchtlingspolitik. In: Die Presse (30.12.1981) 1.

Die Zahl der „Wirtschaftsflüchtlinge“ müsse aber gebremst werden, weil Österreich überfordert sei.²¹⁶

Hinzu kommt, dass seit der Jahrtausendwende zunehmend flüchtende Personen aus Ländern außerhalb Europas nach Österreich kommen um hier um Asyl anzusuchen. Auf diese kulturellen Unterschiede wird bei der Berichterstattung zusehends verwiesen.

*Die derzeit zu beobachtende Polarisierung bringt dem Land und uns allen nichts. Wir müssen uns bewusst sein, dass viele dieser Menschen aus einer **Region kommen, in der es eine ganz andere kulturelle Prägung gibt als bei uns**. Wir müssen unsere **Grundwerte** von Anfang an vermitteln.²¹⁷*

*Die aktuelle Migrationswelle stellt, verursacht durch **objektiv vorhandene und zum Teil große kulturelle Unterschiede, die Mehrheitsgesellschaft vor Herausforderungen**.²¹⁸*

Es scheint demnach so, als würde es in der österreichischen Berichterstattung und wohl auch nach Meinung der österreichischen Bevölkerung kaum um ein Recht der *Flüchtlinge* auf Asyl (siehe Kapitel 4.1) gehen, sondern je nach Herkunft und Religion entschieden werden, wer es Wert ist, vorbehaltlos unterstützt zu werden und wem von vornherein unterstellt wird, die Grundwerte Österreichs in Frage zu stellen und das Land finanziell ausnützen zu wollen.

7. DISKURSANALYSE

Für die nun folgende Beschreibung des Diskurses rund um flüchtende Personen in Österreich seit den 1950er Jahren ist es vorab wichtig darauf hinzuweisen, dass laut Landwehr jene vorangegangene Untersuchung der Aussagen mit dem Diskurs in keinem kausalen Verhältnis stehen und das Eine nicht zwangsweise das Andere bedingt. Vielmehr ist es so, dass Aussagen und Diskurs miteinander verschlungen sind und einander gegenseitig bedingen. Wie schon im vorangegangenen Kapitel zur Mikrostruktur teils aufgezeigt wurde, zeigen sich im Laufe der Jahrzehnte, bezogen auf die rhetorischen

²¹⁶ Ab Donnerstag: Visumpflicht für Rumänen. In: Die Presse (13.03.1990) 1.

²¹⁷ Nowak, Rainer. Integration von 30.000? „Schaffen wir!“. In: Die Presse (05.09.2015) 4.

²¹⁸ Wetz, Andreas. Wie viele Bad New verträgt die österreichische Gastfreundschaft? In: Die Presse (18.09.2015) 4.

Mittel und genutzten Begrifflichkeiten, gewisse Kontinuitäten und Brüche, die nun in der Diskursanalyse zusammengeführt werden sollen.²¹⁹

Wichtig ist in diesem Zusammenhang jedoch vorab erneut darauf hinzuweisen, dass es sich bei der hier vorgenommenen Analyse um die Analyse eines einzelnen Diskursstranges handelt und dieser keineswegs die gesamte Meinungslandschaft respektive „den“ Diskurs abbilden kann. Die Berichterstattung in Zeitungen ist gewissen Reglementierungen unterworfen und ein Diskursstrang in einer Tageszeitung wird definitiv nicht im selben Ausmaß explizit und ungefiltert sein können, wie dies in privaten Diskursen häufig der Fall ist.²²⁰

7.1. Frames und *Wellen* – Enthumanisierung durch Begriffe

Eine Kontinuität in Bezug auf sämtliche Zeiträume der Berichterstattung zu den *Wellen* (mit Ausnahme jenes Zeitraums des Frühjahres 1999, in dem flüchtende Personen aus dem Kosovo nach Österreich kamen) zeigt sich bei der Enthumanisierung der *Flüchtlinge*. Es wird häufig auf jene Metaphern der *Welle*, der *Flut*, des *Drucks* und des *Stromes* und im Jahr 2015 sogar von auf den Begriff des *Rückstaus* an Personen zurückgegriffen. All diese Bezeichnungen sind primär keine Beschreibungen einer Menschengruppe. Die betreffenden Bezeichnungen wurden aus anderen Kontexten heraus in den Diskurs gebracht und suggerieren durch die jeweilige Verbindung mit der Herkunft der Wortkreationen beispielsweise Wassermassen oder Autokolonnen. Durch die Verwendung dieser Begriffe erscheint es im nächsten Schritt einfacher, abwertend über die eintreffenden Personen zu schreiben und zu sprechen, es handelt sich ja schließlich nicht um Menschen, sondern um eine undefinierbare Zahl, eine Masse. Während dies bei einem Strom noch stetig und berechenbar ist und dieser nur im schlechtesten Fall über die Ufer tritt, kommt eine Flut oder eine *Welle* plötzlich und trifft die Bevölkerung unvorbereitet.²²¹

In uns allen wird mit der Nutzung dieser Begriffe etwas hervorgerufen, es wird ein „Frame“ aktiviert. Laut George Lakoff und Elisabeth Wehling denken alle Menschen in

²¹⁹ Landwehr, Historische Diskursanalyse 127f.

²²⁰ Vgl. Zuser, Die Konstruktion der Ausländerfrage in Österreich 49.

²²¹ Wehling, Politisches Framing 167.

Form von Frames und das jedes Mal, wenn irgendjemand irgendetwas denkt. Sie definieren Frames als „Deutungsrahmen, die unser Wissen strukturieren und den Informationen einen Sinn zuordnen“²²² und unterscheiden zwei Arten von Frames. Zum einen gibt es „Surface Frames“ die uns helfen, Worten und Sätzen einer Bedeutung zuzuordnen. Zum anderen wären da „Deep Seated Frames“. Diese stellen jene Frames dar, die tief in unseren Gehirnen verankert sind und unseren „Common Sense“ ausmachen. Es handelt sich dabei also um unsere Struktur, unser Verständnis von der Welt. Dies schließt unsere moralischen und politischen Prinzipien mit ein.²²³

George Lakoff geht weiters darauf ein, dass wir den Großteil unserer Welt in Form von Metaphern verstehen und begreifen und uns dessen häufig nicht einmal bewusst sind. Der Politik würde dadurch die Möglichkeit eröffnet, durch den gezielten Gebrauch bestimmter Metaphern eine Art „Wahrheit“ zu erzeugen und das Denken der Bevölkerung in bestimmte Richtungen zu lenken, ohne dass diese es auch nur merken würde. Er gibt weiters zu bedenken, dass es sich bei Metaphern nicht nur um einen sprachlichen Aspekt handelt, sondern es mittlerweile wissenschaftlich gesichert ist, dass Metaphern auch einen erheblichen Teil unserer Wahrnehmung strukturieren und wir in Metaphern denken, sprechen und sogar handeln.²²⁴

Sprache und Metaphern können dabei, so Lakoff, als Instrument eingesetzt werden, um über den Gebrauch von Sprache beim Gegenüber bestimmte, mit den Metaphern verbundene Reaktionen hervorzurufen. Er merkt an, dass diese Verbindung zwischen einer Metapher und dem Gehirn umso stärker wird, je häufiger die Metapher genutzt wird. Dies würde die betreffenden Synapsen im Gehirn verstärken und das Gehirn sich physisch durch eine gehäufte Nutzung bestimmter Begrifflichkeiten verändern. Demzufolge wird eine häufig genutzte Metapher in politischen Debatten, wenn diese über Jahre hinweg regelmäßig verwendet wird, zusehends zum „Common Sense“ und verändert das Verständnis der Bevölkerung einer Situation gegenüber.²²⁵

²²² Lakoff, Wehling, Auf leisen Sohlen ins Gehirn 73.

²²³ Vgl. Ebda 73.

²²⁴ Vgl. Ebda 13f.

²²⁵ Vgl. Lakoff, Wehling, Auf leisen Sohlen ins Gehirn 30.

Wenn nun die Rede ist von *Flüchtlingswellen*, *-strömen* oder *-fluten*, so werden in jedem/r von uns bestimmte Bilder aktiviert und wir verfügen somit über genügend „Anschauungsmaterial“, um uns vorstellen zu können, was eine *Flüchtlingswelle* alles anrichten kann. Dies führt dazu, dass unbewusst Angst und Panik durch die vorhandenen Bildern mit den flüchtenden Menschen verbunden wird.²²⁶ Wehling schreibt in diesem Zusammenhang:

Die Bewohner unserer Städte übernehmen die semantische Rolle des Opfers. Den Flüchtlingen wird die semantische Rolle der Bedrohung zugeschrieben. Sie sind die Wassermasse, die ohne Sinn und Verstand – und vor allem ohne Ziel und Zweck! - das Land überrollt. Sie überschwemmen das Land, hinterlassen verwüstete Landschaften, großen wirtschaftlichen Schaden und eine traumatisierte Bevölkerung. Sie selbst sind keiner Gefahr ausgesetzt. Wasser schlägt nicht auf unser Land, weil ihm irgendwo hinten im Ozean irgendjemand etwas Böses will. Die Bedrohung und Not, der die Flüchtlinge in ihren eigenen Ländern ausgesetzt waren, haben in diesem Frame also keinen Platz. Und als Letztes werden den Flüchtlingen Menschlichkeit, Gefühle und Individualität abgesprochen. Die Rolle einer Wassermasse gibt das nicht her: Wasser hat keine Gefühle wie Angst, Verzweiflung, Schmerz oder Hoffnung. Und Wassermassen lassen kaum Raum für Individualität: Niemand denkt bei einer Welle, einer Flut oder gar einem Tsunami als erstes an eine astronomisch hohe Zahl kleinster Wassermoleküle.²²⁷

Ähnlich gelagert ist der Frame eines *Flüchtlingsstroms*, der jedoch nicht plötzlich auftritt, sondern stetig ist, jedoch nicht abreißt. Weiters verändert ein Strom durch Erosion die Landschaft langsam und stetig. Damit einhergehend wird ein permanenter *Zufluss* an *Flüchtlingen* suggeriert, der nicht versiegt und gleichzeitig noch anwachsen und zu Überschwemmungen und Überflutungen führen könnte. Die einzige von Menschen wahrgenommene Rolle dieser Frames ist „unsere“, die der Opfer, jener Menschen, auf die die *Welle* unvorbereitet „überschwappt“. Dieser Umstand impliziert weiters, dass in diesem Frame Empathie und Mitleid nicht den flüchtenden Personen zustehen, sondern vielmehr die Opfer dieser *Welle* zu bemitleiden sind.²²⁸

Die verwendeten Begrifflichkeiten kommen alle aus dem Alltag und sorgen damit kaum für Verwunderung oder Ablehnung. Außerdem ist der Nutzung dieser Metaphern gemein, dass es bei ihnen um die Konstruktion von Differenz geht. Durch die ständige

²²⁶ Wehling, Politisches Framing 174.

²²⁷ Vgl. Ebda 174f.

²²⁸ Wehling, Politisches Framing 175f.

Verwendung derartiger Frames und Begrifflichkeiten wird die Bedrohung durch die *Flüchtlinge* mehr und mehr zur Wirklichkeit für viele der RezipientInnen. Verbunden mit der Entsubjektivierung und Enthumanisierung der einen Gruppe, jener der *Flüchtlinge*, wird außerdem durch die Einteilung in Opfer und Bedrohung, die Gruppe der Opfer in ihrer Einigkeit stabilisiert. Es kommt zu einer Gegenüberstellung von „uns“ (den „Opfern“) vs. „den anderen“ (den *Flüchtlingen*). Dieser Umstand macht die betreffenden Frames und Metaphern so interessant für fremdenfeindliche Diskurse und die Politik.²²⁹

7.2. „Wir“ und „die Anderen“ –Opferrolle Österreichs

Im Zusammenhang mit der vermeintlichen Opferrolle Österreichs hinsichtlich dieser über das Land schwappenden *Wellen an Flüchtlingen* ist zunächst festzuhalten, dass dieser Umstand damit einhergeht, dass diese Abschottungshaltung gegenüber der Zuwanderung seit den 1980ern zunehmenden Einfluss auf die österreichische Gesellschaft ausübt. Dieser Faktor ist dabei unabhängig von einem rational möglicherweise nachvollziehbarem Fluchtgrund, der auch den Status als Asylberechtigte/r bestätigen würde. Wenn gegenüber jenen *Flüchtlingen* aus dem „unfreien Ostblock“ noch Sympathien bestanden, so wandelte sich die Situation mit den Jahren 1989/90 eklatant.²³⁰ Diese Tatsache zeigt sich auch daran, dass erst mit der *Flüchtlingswelle* aus Rumänien im März 1990 vom „Flüchtlings- und Ausländerproblem“ und sogar von der „Ausländerfurcht“ die Rede war.²³¹

In Verbindung mit dieser Opferrolle und der Dichotomie zwischen den Bereichen „Wir/Sie“ ist auch die Diskussion um „nützliche“ Ausländer zu sehen. Der Wandel von der Bereitschaft, Unterstützung und Solidarität hin zur Abschottung und Skepsis trifft so nicht auf die „Gastarbeiter“ zu, sondern bezog sich auf Menschen, bei denen nicht sicher war, ob deren Flucht nicht durchaus aus berechtigten Asylgründen geschah. Da der Zeitraum jenes Wandels ebenfalls auf eine Phase der wirtschaftlichen Schwierigkeiten traf, dürfte dies wohl auch in die Gründe der „plötzlichen“ Verhaltensänderung gegenüber

²²⁹ Vgl. Zuser, Die Konstruktion der Ausländerfrage in Österreich 42.

²³⁰ Vgl. Matouschek, Wodak, Januschek, Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? 12f.

²³¹ Vgl. Die Presse, Flüchtlingsproblem weiter im Zentrum der Innenpolitik (12.03.1990) 5.

Vgl. Die Presse, Ausländerproblem eskaliert "Grenzen im Prinzip offen" (14.03.1990) 5.

Vgl. Die Presse, Ausländerfurcht - drunt' in der Leopoldstadt. Emotionen im Sektionslokal - Genosse Löschnak konnte es niemanden recht machen (27.03.1990) 15.

Flüchtlingen einfließen. Weiters ist bei dieser Doppelmoral gegenüber unterschiedlichen Gruppen von *Ausländern* auch von einer Überreaktion hinsichtlich der kolportierten „Überfremdung“ auszugehen, da die Zahlen des Wanderungssaldos der letzten 50 Jahre durchaus aufzeigen, dass Österreichs Geburten nur geringfügig die Sterbefälle ausgleichen und die Finanzierung unseres Sozialsystems von der Zuwanderung nach Österreich abhängig ist. Diese Darstellung der Bedrohung Österreichs durch unterschiedliche Gruppen und der damit verbundene Opfermythos sind wohl zum Teil als konstitutiv für Österreichs Gesellschaft in der Zweiten Republik anzusehen.²³²

Der sich verändernde Diskurs über den langen Zeitraum von knapp 60 Jahren zeigt außerdem, was zu den jeweiligen Zeitpunkten sagbar war und lässt damit Rückschlüsse auf das jeweilige Toleranzniveau und die sozialen Kontrollnormen jener Zeit zu. Für Österreich bedeutet dies den schon mehrfach erwähnten Wandel in den späten 1980er Jahren und zeigt den Übergang eines vorrangigen Mitleidsdiskurses für die *Wellen* der Jahre 1956 und 1981 hin zu einem Vorurteilsdiskurs, der im Kern von einem Rechtfertigungsdiskurs dominiert wird. Diese Rechtfertigung fußt unter anderem auf die Unterscheidung in „Wir“ und „Sie“ und der damit einhergehenden These, dass Österreich ein *Opfer* wäre und mehr *Flüchtlinge* aufnehmen müsste, als möglich wäre.²³³

Auch die Berichterstattung des Jahres 2015 zeigt diesen Aspekt umfassend. Hier ist mehrheitlich die Rede von der „*Flüchtlingskrise* oder –katastrophe“ und einer „Notsituation“. Es ist anzumerken, dass sich diese Notsituation nicht auf die flüchtenden Personen bezieht, sondern vielmehr auf das „leidende“ Österreich, dem zu viel zugemutet wird. Interessant ist jedoch, dass der Begriff der „*Flüchtlingskrise*“ nur im Jahr 2015 vorgekommen ist und ein Unikum darstellt. Des Weiteren wird mehrmals in unterschiedlichen *Wellen* auf die Geschichte Österreichs als „Asylland“ verwiesen. Dies zeigt klar die Argumentationslinie, dass Österreich schon genug für *flüchtende Personen* geleistet hat und somit von den ÖsterreicherInnen nicht mehr „verlangt“ werden könnte, noch weitere *Flüchtlinge* aufzunehmen.

²³² Vgl. Matouschek, Wodak, Januschek, Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? 23.

²³³ Vgl. Ebda 37 und 246.

7.3. Rassismus und Antimuslimismus – „falsche“ *Flüchtlinge*

Eng verbunden mit dem Aspekt der Grenzziehung zwischen dem „Wir“ und den „Anderen“ ist auch die Frage der Identitäten der jeweiligen AkteurInnen. Bei all den Charakterisierungen der „Anderen“, der „Ausländer“ oder der „Asylanten“ scheint für „die ÖsterreicherInnen“ nur mehr eine Art Negativ-Identität übrig zu bleiben, die sich aus all dem zusammensetzt, was „die ÖsterreicherInnen“ nicht sind bzw. nicht sein können oder sollen. Die Identität äußert sich somit im Prozess der Bedeutungskonstruktion innerhalb des Diskurses über die Definition des Eigenen und die Abschottung zum Fremden. Übrig bleibt die Gesamtheit all dieser Beschreibungen, die nicht einmal zusammenpassen müssen und sich selbst widersprechen können. Wichtig dabei ist der Aspekt der positiven Eigendarstellung gegenüber der negativen Beschreibung „der Anderen“. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass unterschiedliche Gruppen „der Anderen“ in unterschiedlichem Ausmaß negativ dargestellt werden. Dies ist auch bei der Analyse des Korpus dieser Arbeit ersichtlich geworden. Während einige der *Flüchtlinge* noch „Nachbarn“ waren und auch mehrfach auf diesen Umstand hingewiesen wurde, bleibt für jene *Flüchtlinge* der Jahre nach der Jahrtausendwende vielfach nur mehr „die Andersartigkeit“ übrig. Es zeigt sich demnach, dass *Flüchtlinge* aus Ungarn oder der Tschechoslowakei offenbar demselben „Kulturkreis“ angehören und „unser Herz mit ihnen schlägt“²³⁴, während rumänische *Flüchtlinge* mit Kriminalität verbunden wurden und *Flüchtlingen* aus dem arabischen Raum samt und sonders unterstellt wurde, „unsere Grundwerte“²³⁵ nicht anerkennen zu wollen.²³⁶

Unter diesem Aspekt ist auch die bei der Berichterstattung der *Flüchtlingswelle* aus Rumänien stammende, Unterscheidung zwischen „*Wirtschaftsflüchtlingen*“ und „politischen *Flüchtlingen*“ als weitere Differenzierung zu betrachten, um den eintreffenden, flüchtenden Personen jegliche Notwendigkeit für deren Flucht abzusprechen, da sie ja lediglich aus wirtschaftlichen Gründen emigrieren und nicht „wirklich“ flüchten würden. Für die Berichterstattung der *Wellen* im Zuge des

²³⁴ Vgl. Stärkste Anteilnahme der Wiener. In: Die Presse (25.10.1956) 2.

²³⁵ Vgl. Nowak, Rainer. Integration von 30.000? „Schaffen wir!“. In: Die Presse (05.09.2015) 4.

²³⁶ Vgl. Matouschek, Wodak, Januschek, Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? 247f.

Vgl. Zuser, Die Konstruktion der Ausländerfrage in Österreich 41.

Jugoslawien-Krieges ist die Situation eine andere. Hier wird zwar von der „Massenflucht“ geschrieben aber damit zumindest suggeriert, dass es sich um Flucht und nicht willkürliche Migration handeln würde. Des Weiteren ist die Rede von „Vertriebenen“ und es wird auch wieder auf die „Nachbarn“ verwiesen. Speziell sticht die Berichterstattung zu den „Kriegsflüchtlingen“ des Jahre 1991 und 1992 hervor, da hier sehr wahrscheinlich klargelegt werden soll, dass es sich um berechtigte Fluchtgründe handelt. Einen weiteren bedeutsamen Faktor stellt das Aufkommen der Begrifflichkeiten der „Werte“ und „Integration“ bei der Berichterstattung des Jahres 2015 dar. Diese Begriffe beinhalten den Bedeutungshorizont der „Andersartigkeit“ jener ankommenden Personen. Die Frage der Integration wurde in den anderen *Wellen* schlichtweg nicht aufgegriffen und ist offensichtlich erst ab der Jahrtausendwende zum Teil des Diskurses geworden.

Dieser Umstand dürfte wohl der religiösen Zugehörigkeit vieler flüchtenden Personen und damit verbunden der aufkommenden Muslimfeindlichkeit in Österreich und Europa zuzuschreiben sein. Hier soll absichtlich nicht auf „Islamophobie“ eingegangen werden, weil dieser Begriff durch den enthaltenen Wortstamm der Phobie suggeriert, dass es sich um ein pathologisches Phänomen handeln würde, was in den meisten Fällen nicht zutreffen dürfte. Unter dem Alternativ-Konzept der Muslimfeindlichkeit bzw. des Antimuslimismus fallen die in den letzten beiden Jahrzehnten und vor allem nach dem 11.09.2001 aufkommenden Ressentiments und Vorurteile und die damit einhergehende Diskriminierung gegenüber Muslimen und dem Islam.²³⁷ Alexander Häusler fasst die Entwicklungen dabei wie folgt zusammen:

Egal, wie man dieses Phänomen nun nennt, ob Islamophobie, Islamfeindlichkeit, Muslimfeindlichkeit oder antimuslimischen Rassismus: Es ist längst mehr als nur ein dumpfes Vorurteil oder reines Ressentiment. Spätestens seit dem 11. September 2001 ist daraus eine richtiggehende Ideologie der Ungleichwertigkeit geworden – ein Gedankengebäude, mit dem sich argumentativ schlüssig begründen lässt, warum Muslimen nicht die gleichen Rechte wie anderen gewährt werden sollten. Es ist eine Ideologie, die ihre Vordenker, Spindoktoren und Propagandisten hat und die ihre speziellen Schlagworte und ihr eigenes Vokabular besitzt. Es ist eine Ideologie, die verschiedene Denkschulen kennt und Parteien, die unterschiedliche Ziele

²³⁷ Vgl. Pfahl-Traughber. Die fehlende Trennschärfe des „Islamophobie“-Konzepts für die Vorurteilsforschung 13. Vgl. Saad, Karim. Islamophobie in österreichischen Tageszeitungen. In: Bunzl, John. Hafez, Farid (Hg.). Islamophobie in Österreich (Innsbruck 2009) 200 und 11.

*verfolgen. Damit weist sie Parallelen zu anderen Ideologien aus der Vergangenheit auf, mit denen früher anderen Gruppen die Gleichberechtigung verwehrt wurde.*²³⁸

Doch diese Muslimfeindlichkeit ist nicht nur Teil der rechtspopulistischen Parteien in Europa, sondern zieht sich mittlerweile durch die gesamte Bevölkerung Europas.²³⁹ Die Medien spielen bei der Vermittlung dieser aufgekommenen Feindbilder eine wesentliche Rolle, da viele ÖsterreicherInnen im Alltag kaum Kontakt zu MuslimInnen haben, die häufig negativen Berichte der Medien hier oftmals die einzigen Informationen über das Leben von MuslimInnen darstellen und, wie schon in der institutionellen Kontextualisierung dargestellt, ist die Medienberichterstattung im generellen eher negativ ausgerichtet. Dies wirkt sich natürlich auf das Bild über MuslimInnen aus, das viele ÖsterreicherInnen haben und fördert die Unterscheidung in „Wir/Sie“ demnach noch.²⁴⁰

7.4. Angemessenheit und Verantwortung – Was ist „sagbar“?

Die vorgenommene Diskriminierung gegenüber ganzen Bevölkerungsgruppen, die „anders“ sind, ist jedoch notwendiger Weise versteckt vorzunehmen, da die Begrifflichkeiten dieses Themenbereiches wie bspw. „Diskriminierung“, „Ausgrenzung“ oder „Vorurteil“ mit einer Reihe von negativen Konnotationen verbunden sind. Kaum jemand würde demnach offen zugeben ein „Rassist“ zu sein. Dies führt zu einer Reihe von rhetorischen Mitteln und Kodierungen, um Sanktionen bezüglich offen stattfindender Diskriminierung zu vermeiden. Dadurch wiederum erfolgt eine pragmatische Vermeidung der Problematik durch Unterstellungen, Anspielungen oder Schlussfolgerungen. Die häufig vorgenommene Ausgrenzung wird für viele zusehends akzeptabel und Stück für Stück manifestieren sich Exklusion, Rassismus und Diskriminierung im Diskurs. Der Diskurs regelt weiters, was zu welcher Zeit noch „sagbar“ ist und was schon unter

²³⁸ Bax, Daniel. Angst ums Abendland. Warum wir uns nicht vor Muslimen, sondern vor den Islamfeinden fürchten sollten (Frankfurt/Main 2015) 15.

²³⁹ Vgl. Häusler, Alexander. Feindbild Moslem: Türöffner von Rechtsaußen hinein in die Mitte? In: Botsch, Gideon. Glöckner, Olaf. Kopke, Christoph et al (Hg.). Islamophobie und Antisemitismus – umstrittener Vergleich (Berlin/Boston 2012) 170.

²⁴⁰ Bax, Angst ums Abendland 231.

Diskriminierungen fallen würde, wobei sich in den letzten Jahrzehnten durchaus gezeigt hat, dass mehr und mehr „sagbar“ ist und wird.²⁴¹

Für die untersuchten Zeiträume bedeutet dies einen Fokus auf den Begriff des „Flüchtlings“, da nur Zeiträume von sogenannten *Flüchtlingswellen* untersucht wurden. Dennoch wird in den unterschiedlichen Diskursebenen kaum angemessen zur Thematik debattiert. Die meisten vergebenen Schlagwörter und damit jene Problemfelder in den untersuchten Zeiträumen sind jene zur Finanzierung/Versorgung, die Frage nach Spenden und Metaphern zur Menge der *Flüchtlinge*. Sie haben mit den flüchtenden Personen an sich und bspw. der Frage, ob Österreich eine moralische Verpflichtung zur Aufnahme von *Flüchtlingen* hat, nichts zu tun. Es geht nicht um die *Flüchtlinge*, sondern eigentlich immer um Österreich und seinen Umgang mit den flüchtenden Personen. Das Themenfeld um *Flüchtlinge*, deren Rechte und Pflichten oder auch ganz reduziert die Genfer Konvention stehen kaum zur Debatte und gehen in der politisch motivierten Berichterstattung oder zumindest in jener Berichterstattung, die politisch motivierte Begrifflichkeiten verwendet, schlichtweg unter.²⁴²

8. RESÜMEE UND AUSBLICK

Medien und Diskurs bedingen sich wechselseitig. Der in dieser Arbeit betrachtete Zeitraum der analysierten *Wellen* umfasst knapp 60 Jahre. Es war durchaus davon auszugehen, dass man in einem derart langen Zeitraum veränderte gesellschaftliche Strukturen vorfindet. In der Tat zeigt sich das Bild einer veränderten Gesellschaft.

Die Analyse begann mit dem Zeitraum jener *Welle*, die zahlenmäßig auch heute noch die größte Menge an *Flüchtlingen*, die im untersuchten Zeitraum nach und über Österreich flohen, darstellt und mit der Darstellung einer, den ungarischen Nachbarn solidarisch gegenüberstehenden Bevölkerung. Doch auch diese Solidarität hatte ihre Grenzen. Schon die letzten Artikel des ersten analysierten Zeitraums zeigten einen Wandel hin zur Frage der Finanzierung und kurz darauf kam es zur Grenzschießung. Dieser Umstand ist vor

²⁴¹ Vgl. Wodak, Ruth. Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse (Wien Hamburg 2016) 67.
Vgl. Mikfeld, Benjamin. Turowski, Jan. Sprache.Macht.Denken – Eine Einführung. In: Denkwerk Demokratie (Hg.) Sprache. Macht. Denken. Politische Diskurse verstehen und führen (Frankfurt am Main 2014) 15.

²⁴² Vgl. Zuser, Die Konstruktion der Ausländerfrage in Österreich 53

allem unter dem Aspekt erstaunlich, dass die meisten der flüchtenden Personen Österreich lediglich als Zwischenstopp auf der Weiterreise in das eigentliche Zielland des Asylansuchens nutzten. Auch 1968 wurden die „Nachbarn aus dem Osten“ noch recht bereitwillig empfangen und bis zu ihrer Weiterreise in die jeweiligen Asylländer versorgt. Mit den flüchtenden Personen aus Polen der Jahren 1980/81 kam der langsame Wandel in der Darstellung der *Wellen*, auch wenn der untersuchte Zeitraum noch von Unterstützung gekennzeichnet ist, da sich die Meinung vieler ÖsterreicherInnen über die polnischen *Flüchtlinge* nach der Verhängung des Kriegszustandes in Polen kurzzeitig zum Besseren gewendet haben dürfte.

Ein wesentlich deutlicherer Schnitt ist mit dem Jahr 1990 und den flüchtenden Personen aus Rumänien zu sehen. Hier wurde buchstäblich von einem Tag auf den anderen und offensichtlich mit Unterstützung der Medien, die Situation der flüchtenden Personen zu einem „Ausländerproblem“ hochstilisiert, um die darauf folgende Visumpflicht und die damit verbundenen restriktiveren rechtlichen Bestimmungen zu rechtfertigen. In den 1990er Jahren kam es sukzessive zu immer restriktiveren Einreise- und Asylgesetzen. Ein Trend, der bis zur Gegenwart anhält. Für jene drei *Wellen*, die mit dem Jugoslawienkrieg in Verbindung standen, bedeutete dies die Aufnahme einer sehr geringen Anzahl an Personen, mit zum Teil nur vorübergehendem Bleiberecht. Diesen Personen wurde jedoch zumindest (und dies im Gegenzug zu vielen polnischen und rumänischen flüchtenden Personen) die Notwendigkeit ihrer Flucht nicht abgesprochen. Sie galten als „wirkliche Kriegsflüchtlinge“.

In den Jahren nach der Jahrtausendwende kam zu keiner sogenannten *Welle*, auch wenn die Zahlen der Asylanträge teils höher waren, als für die Jahre der *Wellen* der Jahrzehnte zuvor. Es stellt sich daher durchaus die Frage, was eine *Welle* denn nun allgemein ausmachen soll. Da es offenkundig nicht die Anzahl der in Österreich um Asyl ansuchenden Personen ist, bleibt wohl nur mehr die These, dass der Begriff der *Wellen*, ganz egal wie groß die tatsächlich Anzahl an Asylanträgen war, retrospektiv betrachtet (je nach Nutzen) lediglich politisch verwendet wird, um bestimmte Aussagen zu untermauern. Für Österreich scheint dies definitiv eine passende These zu sein. Denn ab dem Zeitpunkt, ab dem die nach Österreich kommenden, flüchtenden Personen auch wirklich in Österreich verbleiben und um Asyl ansuchen wollten, wandelte sich der

Diskurs zusehends zur Ablehnung und Abschottung. Der Wandel Österreichs von einem Transit- zu einem Asylland markiert demnach auch die Zäsur in der Darstellung und im Umgang mit flüchtenden Personen.

Alle Zeiträume gemein haben jedoch den, mit Blick auf die Thematik, schief gelagerten Fokus, nicht auf den flüchtenden Personen, sondern auf Österreich und die Problematik der Finanzierung oder Unterbringung, die Frage der Spendenbereitschaft der Bevölkerung oder schlicht die Darstellung Österreichs als Opfer und als Zielland aufgrund einer vermeintlich möglichst einfachen Option eines „guten“ Lebens. Dieser Umstand zeigt sich besonders deutlich im letzten betrachteten Zeitraum des Jahres 2015, dem Jahr der „*Flüchtlingskrise*“. Die analysierten Artikel zeigen den Fokus auf Österreich und den Wandel zu Themenbereichen wie jenen der „Werte“ und „Integration“. Begriffe, die nur in diesem Zeitraum vorkommen und die Veränderungen im Diskurs deutlich wiedergeben. Die stattgefundenen Veränderungen dieses Zeitraums betreffen jedoch nicht nur den Diskurs, sondern ebenfalls die Mediennutzung der Bevölkerung. Für die letzten Jahre bedeutet dies den Umstand, dass die Handlungsbereiche, die von Medien beeinflusst werden, immer umfangreicher und damit Medien immer bedeutsamer werden. Während Medien in früheren Jahrzehnten lediglich zu bestimmten Zeitpunkten gezielt genutzt wurden, wie dies beispielsweise bei der Zeitung zum Frühstück der Fall war, verschwimmen die Nutzungsbereiche der Medien mit der steigenden Digitalisierung zusehends hin zu einem einzigen und universellem Netz an Medien, das mitunter schon den ganzen Tag und auch den Tagesablauf beeinflusst. Es kommt in diesem Zusammenhang demnach zu einer vermehrten Entgrenzung und Vermischung sämtlicher Einzelmedien, die sukzessive unabhängig von den sozialen Zwecken und Nutzungsweisen der BenutzerInnen entkoppelt werden. Während es für den in dieser Arbeit untersuchten Zeitraum möglich war, die Zeitung als eines der Leitmedien auszumachen, wird dies zukünftig wohl schwieriger werden. Mit der Entstehung eines digitalen Datennetzes und Integration der alten Leitmedien ergibt sich so zunehmend eine medienübergreifende Form der Daten, die wohl unser aller Zukunft prägen wird.²⁴³

²⁴³ Vgl. Krotz, Kultureller und gesellschaftlicher Wandel im Kontext des Wandels von Medien und Kommunikation 55f.

Was die Wechselwirkung von Politik und Medien angeht, fasst Trautl Brandstaller diese wie folgt zusammen:

Seit einem Vierteljahrhundert, seit Anfang der achtziger Jahre, haben tief greifende Veränderungen die europäische Demokratien erfasst, die die 1945 installierte Nachkriegsordnung und deren Hauptsäulen – Pluralismus der Parteien, Konsens für das Konzept einer sozialen Marktwirtschaft, Kontrolle der politischen Macht durch den Pluralismus der Medien – langsam, aber kontinuierlich unterminieren. Die schöne Idee der „Diskursdemokratie“ [...] wird durch die aktuelle Praxis der Massenmedien mehr als nur konterkariert, sie wird in ihr Gegenteil verkehrt. Aus der „vierten Macht“ in der Demokratie, als die sich die Medien einst verstanden, aus dem Kontrollorgan der Macht ist selbst eine Macht geworden, die verstärkter Kontrolle bedarf.²⁴⁴

Demnach ist von einer wesentlichen Wechselwirkung zwischen Politik und den Medien auszugehen und die Macht der Medien nicht zu unterschätzen. Franz Wuketits warnt in diesem Zusammenhang beispielsweise davor, Katastrophenszenarien weiterhin als politisches Projekt zu nutzen, wie das in den letzten Jahren zunehmend der Fall wurde. Diese Szenarien sollten tatsächliche Einengungen der Freiheitsräume aller BürgerInnen legitimieren, da diese „im Sinne der Sicherheit“ und „zum Besten der BürgerInnen“ geschehen würden.²⁴⁵

Wesentlich erscheint in diesem Zusammenhang die Verantwortung des Journalismus gegenüber der Nutzung von Begrifflichkeiten. George Lakoff weist darauf hin, dass JournalistInnen niemals wirklich objektiv berichten können, weil es keine objektiven Wahrheiten gibt. Was guter Journalismus jedoch bewirken kann, ist die Besinnung auf tatsächengerechte Berichte von bestimmten Fakten und Realitäten, die alle in derselben Art und Weise teilen. Ein Beispiel dafür wäre bspw. ein Bericht zu den *Fakten* eines Waldbrandes. Notwendig für eine derartige, tatsächengerechte Berichterstattung ist jedoch, dass JournalistInnen sich der Nutzung von Sprache in unterschiedlichen Kontexten bewusst werden, sich mit den Einzelheiten politischen Framings vertraut machen und diese in ihre Arbeit einfließen lassen. Dies beinhaltet auch, dass JournalistInnen ihre Leserschaft über die politische Nutzung des Framings aufklären und auf von PolitikerInnen genutzte Metaphern hinweisen. Für sämtliche JournalistInnen würde

²⁴⁴ Brandstaller, Medien in Österreich 182f.

²⁴⁵ Vgl. Wuketits, Franz M. Mord. Krieg. Terror. Sind wir zur Gewalt verurteilt? (Stuttgart 2016) 115.

dieser Umgang mit Frames und Metaphern demnach zu einer größeren Verantwortung führen. Lakoff führt in diesem Zusammenhang aus, dass JournalistInnen in jedem Fall zu jenen Berufsgruppen mit erhöhter Verantwortung gehören würden. Dies aufgrund der Tatsache, dass sie die Wächter unserer Informations- und Meinungsfreiheit und damit unserer Gedankenfreiheit wären.²⁴⁶

Es scheint abschließend ein letztes Mal wesentlich, auf die Macht von Frames, deren Nutzung durch unterschiedliche AkteurInnen sowie ebenso darauf hinzuweisen, wie sehr sie unser aller Denken unbewusst beeinflussen. Dies impliziert in jedem Fall Bewusstsein bei allen TeilnehmerInnen von Diskursen (also im Grunde bei allen Personen) dafür hervorzurufen, dass es keineswegs ausreicht, im Nachhinein anzumerken, dass diese oder jene Aussage „nicht so gemeint“ war, denn ab dem Zeitpunkt, an dem man eine Aussage in der einen oder anderen Art tätigt, trägt man die volle Verantwortung für diese. Denn es passiert nur allzu leicht, dass Aussagen sich sehr schnell im Diskurs verselbstständigen und einen anderen Sinn erhalten.²⁴⁷ Die breite Öffentlichkeit über die Mechanismen des politischen Framings und der Nutzung bestimmter Begrifflichkeiten aufzuklären, erscheint demnach als schlichte Notwendigkeit um so schlussendlich zur Partizipation mündiger BürgerInnen an den unterschiedlichsten Diskursen beitragen zu können. Es mag wohl kaum ein höheres Ziel geben.

²⁴⁶ Vgl. Lakoff, Wehling, Auf leisen Sohlen ins Gehirn 175f, 177f.

²⁴⁷ Vgl. Matouschek, Wodak, Januschek, Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? 249.

9. VERZEICHNIS

9.1. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Anzahl der Asylanträge in Österreich (1955-2017).....	20
Abbildung 2 Jahre mit der höchsten Anzahl an Asylanträgen.....	21
Abbildung 3 Jahre der "Flüchtlingswellen"	24
Abbildung 4 Anzahl Artikel nach Tagen mit Beginn der „Wellen“	51
Abbildung 5 Verteilung nach Tagen (Ungarnaufstand 1956)	57
Abbildung 6 Seitenzahl der Artikel nach Tagen (Ungarnaufstand 1956)	57
Abbildung 7 Verteilung nach Tagen (Prager Frühling 1968)	60
Abbildung 8 Seitenanzahl der Artikel nach Tagen (Prager Frühling 1968)	60
Abbildung 9 Verteilung nach Tagen (Solidarnosc Bewegung 1981).....	63
Abbildung 10 Seitenanzahl der Artikel nach Tagen (Solidarnosc Bewegung 1981).....	63
Abbildung 11 Verteilung nach Tagen (Umsturz in Rumänien 1990)	67
Abbildung 12 Verteilung nach Tagen und Zeitungsseiten (Umsturz in Rumänien 1990) ...	69
Abbildung 13 Verteilung nach Tagen (Unabhängigkeit Kroatiens & Sloweniens 1991/92)	70
Abbildung 14 Seitenanzahl der Artikel nach Tagen (Unabhängigkeit Kroatiens & Sloweniens 1991/1992).....	71
Abbildung 15 Verteilung nach Tagen (Bürgerkrieg Bosnien- Herzegowina 1992).....	72
Abbildung 16 Seitenanzahl der Artikel nach Tagen (Bürgerkrieg Bosnien- Herzegowina 1992).....	72
Abbildung 17 Verteilung nach Tagen (Kosovo Konflikt 1999).....	74
Abbildung 18 Seitenanzahl der Artikel nach Tagen Kosovo Konflikt 1999)	74
Abbildung 19 Verteilung nach Tagen (Öffnung der Grenzen 2015).....	75
Abbildung 20 Verteilung nach Tagen und Zeitungsseiten (Öffnung der Grenzen 2015)	76

9.2. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 Zeiträume der untersuchten „Wellen“	50
---	----

Tabelle 2 Anzahl der Artikel	51
Tabelle 3 Häufigste Schlagwörter aller Zeiträume	52
Tabelle 4 Häufigste Schlagwörter aller Zeiträume (mit Gruppierung).....	53
Tabelle 5 Häufigste Schlagwörter (Ungarnaufstand 1956)	56
Tabelle 6 Häufigste Schlagwörter (Prager Frühling 1968)	59
Tabelle 7 Häufigste Schlagwörter (Solidarnosc 1981).....	64
Tabelle 8 Häufigste Schlagwörter (Umsturz in Rumänien 1990)	68
Tabelle 9 Häufigste Schlagwörter (Unabhängigkeit Kroatiens & Sloweniens 1991/1992).	71
Tabelle 10 Häufigste Schlagwörter (Bürgerkrieg Bosnien-Herzegowina 1992).....	73
Tabelle 11 Häufigste Schlagwörter (Kosovo Konflikt 1999)	74
Tabelle 12 Häufigste Schlagwörter (Öffnung der Grenzen 2015).....	76

9.3. Literaturverzeichnis

„Die Presse“ Verlags-Gesellschaft m.b.H. & Co KG. Mediadaten online unter <http://diepresse-vermarktung.com/home/print/mediadaten/index.do> abgerufen am 26.04.2018.

Arendt, Hannah. *We Refugees*. In: Robinson, Marc (Hg.). *Altogether Elsewhere. Writers on Exile* (Boston/London 1996) online unter http://www-leland.stanford.edu/dept/DLCL/files/pdf/hannah_arendt_we_refugees.pdf abgerufen am 05.03.2018 110-119.

Bauer, Werner T. *Zuwanderung nach Österreich* (Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (Wien 2008) online unter: http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/zuwanderung_nach_oesterreich_studie2008_oegpp.pdf abgerufen am 05.03.2018.

Bax, Daniel. *Angst ums Abendland. Warum wir uns nicht vor Muslimen, sondern vor den Islamfeinden fürchten sollten* (Frankfurt/Main 2015).

Beck, Jürgen (Hg.). *Exodus Europa. Die Flüchtlingskrise 2015* (Altenmünster 2015).

Bingen, Dieter. *Vorreiter des Umbruchs im Ostblock* (Informationen zur politischen Bildung Heft 273) online unter <http://www.bpb.de/internationales/europa-/polen/40660/vorreiter-des-umbruchs-im-ostblock?p=all> abgerufen am 30.04.2018.

Brandstaller, Trautl. Medien in Österreich. In: Frodl, Gerbert, Kruntorad, Paul. Manfred, Rauchensteiner. (Hg.) Physiognomie der 2. Republik – Von Julius Raab bis Bruno Kreisky (Wien 2005) 181-206.

Bruckner, Johanna. „Aktuell spielen alle Parteien der AfD in die Hände“ (Interview mit Elisabeth Wehling) In Süddeutsche Zeitung vom 17.02.2016 online unter: <http://www.sueddeutsche.de/kultur/sprache-in-der-fluechtlingsdebatte-das-wort-fluechtling-richtet-schaden-an-1.2864820> abgerufen am 05.03.2018.

Bruns, Claudia. Wissen – Macht – Subjekt(e). Dimensionen historischer Diskursanalyse am Beispiel des Männerbunddiskurses im Wilhelminischen Kaiserreich. In: Eder. Franz X. (Hg.). Das Gerede vom Diskurs – Diskursanalyse und Geschichte (Öst. Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 16 Jg., Heft 4, Innsbruck 2005) 106-122.

Bundesanstalt Statistik Österreich. Asyl. online unter http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/wanderungen/asyl/index.html abgerufen am 05.03.2018.

Bundeszentrale für politische Bildung. 20 Jahre Unabhängigkeitserklärung von Kroatien und Slowenien online unter <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/68781/unabhaengigkeit-von-kroatien-und-slowenien-24-06-2011> abgerufen am 30.04.2018.

Bundeszentrale für politische Bildung. 45 Jahre Prager Frühling online unter: <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/167238/45-jahre-prager-fruehling-19-08-2013> abgerufen am 24.05.2018.

Demokratiezentrum Wien. Asyl in Österreich online unter <http://www.demokratiezentrum.org/wissen/wissensstationen/asyl-in-oesterreich.html> abgerufen am 30.04.2018.

Demokratiezentrum Wien. Asylpolitik in Österreich im europäischen Kontext online unter <http://www.demokratiezentrum.org/index.php?id=486> abgerufen am 30.04.2018.

Demokratiezentrum Wien. Station 5: Asyl – ein Menschenrecht online unter <http://www.demokratiezentrum.org/ausstellungen/migration-on-tour/stationen/05-asyl.html> abgerufen am 30.04.2018.

Die Presse. „Die Presse“ – Blattlinie online unter <https://diepresse.com/unternehmen/613276/Die-PresseBlattlinie> abgerufen am 11.05.2018.

Diekmann, Andreas. Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen (Hamburg 42010).

Eilders, Christiane. Massenmedien als Produzenten öffentlicher Meinungen – Pressekommentare als Manifestation der politischen Akteursrolle. In: Pfetsch, Barbara. Adam, Silke (Hg.) Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen (Wiesbaden 2008) 27-51.

Fälty, Reginald. Die Presse: unabhängige Zeitung für Österreich, Leseranalyse. Ungart Fred (Hg.) (Wien 1960).

Fassmann, Heinz. Fenzl, Heide-Marie. Asyl und Flucht. In: Fassmann, Heinz. Stacher Irene (Hg.). Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen- sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen (Wien 2003) 284-304.

Fischer, Martina. Bosnien-Herzegowina online unter <http://www.bpb.de/inter-nationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54780/bosnie-n-herzegowina> abgerufen am 30.04.2018.

Fremdenrechtsänderungsgesetz 2018 online unter <https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/module?genticss.am=Content&p.contentid=10007.323932> abgerufen am 08.05.2018.

Gehler, Michael. Die Umstürzbewegungen 1989 in Mittel- und Osteuropa online unter <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/deutsche-teilung-deutsche-einheit/43728/die-umstuerzbewegungen-1989?p=all> abgerufen am 30.04.2018.

Geisel, Sieglinde. Geflüchtete versus Asylanten. Begriffe drücken Einstellungen aus. In: Deutschlandradio Kultur 10.09.2015 online unter http://www.deutschlandradiokultur.de/gefluechtete-versus-asylanten-begriffedruecken.1005.de.html?dram:-article_id=330623 abgerufen am 05.03.2018.

Gold, Johannes. Der Diskurs über Migration in Politik und Medien im Verlauf der österreichischen Zweiten Republik (ungedr. Diss. Universität Wien 2013).

Haller, Günther. Die zweite Republik. In: Kainz, Julius. Unterberger, Andreas. Ein Stück Österreich. 150 Jahre „Die Presse“ (Wien 1998) 194-199.

Hanewinkel, Hera. Fluchtmigration nach Deutschland und Europa: Einige Hintergründe online unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurz-dossiers/217-369/fluchtmigration-hintergruende?p=all> abgerufen am 30.04.2018.

Häusler, Alexander. Feindbild Moslem: Türöffner von Rechtsaußen hinein in die Mitte? In: Botsch, Gideon. Glöckner, Olaf. Kopke, Christoph et al (Hg.). Islamophobie und Antisemitismus – umstrittener Vergleich (Berlin/Boston 2012) 169-190.

Jarren, Otfried. Donges, Patrick. Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung (Wiesbaden ³2011).

Kern, Friedrich. Österreich: Offene Grenze der Menschlichkeit. Die Bewältigung des ungarischen Flüchtlingsproblems im Geiste internationaler Solidarität (Wien 1959).

Kraler, Albert. The case of Austria. In: Zincone, Giovanna. Penninx, Rinus. Borkert, Maren (Hg.). Migration Policymaking in Europe. The Dynamics of Actors and Contexts in Past and Present (Amsterdam 2011) 21-60.

Krotz, Friedrich. Kultureller und gesellschaftlicher Wandel im Kontext des Wandels von Medien und Kommunikation. In: Thomas, Tanja (Hg.) Medienkultur und soziales Handeln (Wiesbaden 2008) 43-62.

Kühne, Kai. Mitbestimmung und Massenmedien. Zeitungen als politische Akteure im deutschen Mitbestimmungsdiskurs. In: Industrielle Beziehungen Vol. 18(4) (2011) 241-261.

Lakoff, George. Johnson, Mark. Leben in Metaphern. Konstruktion und Gebrauch von Sprachbildern (Heidelberg ⁸2014).

Lakoff, George. Wehling, Elisabeth. Auf leisen Sohlen ins Gehirn. Politische Sprache und ihre heimliche Macht (Heidelberg 2008).

Landwehr, Achim. Geschichte des Sagbaren. Einführung in die historische Diskursanalyse (Historische Einführung Bd. 8 Berlin ²2004).

Landwehr, Achim. Historische Diskursanalyse (Frankfurt/New York ²2009).

Lehmann, Julian. Flucht in die Krise – Ein Rückblick auf die EU-„*Flüchtlingskrise*“ 2015 online unter <http://www.bpb.de/apuz/217302/ein-rueckblick-auf-die-eu-fluechtlingskrise-2015?p=all> abgerufen am 30.04.2018.

Matouschek, Bernd. Wodak, Ruth. Januschek, Franz. Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Genese und Formen von rassistischen Diskursen der Differenzen (Wien 1995).

Mayring, Philipp. Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken (11., aktual. und überarb. Aufl. Weinheim und Basel 2010).

Mikfeld, Benjamin. Turowski, Jan. Sprache.Macht.Denken – Eine Einführung. In: Denkwerk Demokratie (Hg.) Sprache. Macht. Denken. Politische Diskurse verstehen und führen (Frankfurt am Main 2014) 15-50.

Münz, Rainer. Austria and its Migrants. In: Bischof, Günter. Plasser, Fritz. Pelinka, Anton et al (Hg.). Global Austria. Austria's Place in Europe and the World (Contemporary Austrian Studies New Orleans 2011) 184-199.

Münz, Rainer. Zuser, Peter. Kytir, Josef. Grenzüberschreitende Wanderungen und ausländische Wohnbevölkerung: Struktur und Entwicklung. In: Fassmann, Heinz. Stacher, Irene (Hg.). Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen- sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen (Wien 2003) 20-61.

Nationaler Kontaktpunkt Österreich im Europäischen Migrationsnetzwerk. Die Gestaltung der Asyl- und Migrationspolitik in Österreich. Internationale Organisation für Migration (Hg.) (Wien 2015).

Nieland, Jörg-Uwe. Lovric, Ingrid. „Ein Kreuz für Deutschland.“ Chancen und Grenzen unterhaltender Politikvermittlung. In: Thomas, Tanja (Hg.) Medienkultur und soziales Handeln (Wiesbaden 2008) 269-298.

Nietsch, Julia. Kosovo online unter <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54633/kosovo> abgerufen am 30.04.2018.

Parlamentsdirektion, Republik Österreich. Parlamentskorrespondenz Nr. 411 vom 27.04.2016. Recht auf Asylverfahren kann künftig zeitweilig eingeschränkt werden online unter https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2016/PK0411/ abgerufen am 08.05.2018.

Parlamentsdirektion, Republik Österreich. Parlamentskorrespondenz Nr. 817 vom 28.06.2017. Fremdenrechtspaket bringt Gebietsbeschränkungen für *Flüchtlinge* und Beugehaft online unter https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2017/PK0817/-/index.shtml abgerufen am 08.05.2018.

Pfahl-Traugber, Armin. Die fehlende Trennschärfe des „Islamophobie“-Konzepts für die Vorurteilsforschung. Ein Plädoyer für das Alternativ-Konzept „Antimuslimismus“ bzw. „Muslimfeindlichkeit“. In: Botsch, Gideon. Glöckner, Olaf. Kopke, Christoph et al (Hg.). *Islamophobie und Antisemitismus – umstrittener Vergleich* (Berlin/Boston 2012) 11-28.

Priesmeyer-Tkocz, Weronika. Von „Solidarnosc“ ins Zeitalter der Solidarität online unter <http://www.bpb.de/internationales/europa/europa-kontrovers/38236/standpunkt-weronika-priesmeyer-tkocz> abgerufen am 30.04.2018.

Pürer, Heinz. *Medien in Deutschland. Presse – Rundfunk – Online* (Stuttgart 2015).

Rathkolb, Oliver. *Die paradoxe Republik. Österreich zwischen 1945 bis 2015* (Wien 2015).

Saad, Karim. *Islamophobie in österreichischen Tageszeitungen*. In: Bunzl, John. Hafez, Farid (Hg.). *Islamophobie in Österreich* (Innsbruck 2009) 200-210.

Schulz, Winfried. *Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung* (Wiesbaden 2011).

Seethaler, Josef. *Österreichische Tageszeitungen- über 100 Jahre alt*. (Arbeitsberichte der Kommission für historische Pressedokumentation Nr. 2 /2. Version Wien 2005).

Sievers, Wiebke. *Migrations- und Integrationsforschung in Österreich. Literaturdatenbank und Forschungsstand* (SIAK-Journal, Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis 4 Wien 2012) online unter: http://dx.doi.org/10.7396/2012_4_B abgerufen am 05.03.2018 12-22.

Steinmaurer, Thomas. *Konzentriert und verflochten. Österreichs Mediensystem im Überblick* (Beiträge zur Medien- und Kommunikationsgesellschaft 10 Wien 2002).

Steinmaurer, Thomas. *Medien und Medienpolitik in Österreich. Ein Überblick*. In: *Forum Politische Bildung* (Hg.). *Informationen zur Politischen Bildung* (Bd. 35 Innsbruck-Wien-Bozen 2012).

UNHCR. Die Genfer Flüchtlingskonvention online unter <http://www.unhcr.org/dach/at/ueber-uns/unsere-mandate/die-genfer-fluechtlingskonvention> abgerufen am 11.05.2018.

Vales, Vlasta. Die tschechoslowakischen *Flüchtlinge* 1968-1989. In: Heiss, Gernot. Rahtkolb, Oliver (Hg.). Asylland wider Willen. *Flüchtlinge* in Österreich im europäischen Kontext seit 1914. (Weinzierl, Erika. Mattl, Siegfried. Rathkolb, Oliver (Hg.). Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Geschichte und Gesellschaft Bd 25 Wien 1995) 172-181.

Van de Rakt, Eva. Schultheis, Silja. Szombati, Kristóf. Einführung: Der Ungarn-Aufstand 1956 online unter <https://www.boell.de/de/2016/10/21/einfuehrung-der-ungarn-aufstand-1956> abgerufen am 30.04.2018.

Verwiebe, Roland. Haindorfer, Raimund. Seewann, Lena et al (2015): Zusammenleben in Wien. Einstellungen zu Zuwanderung und Integration. In: Stadt Wien, Magistratsabteilung 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung (Hg.). (Werkstattbericht 152, Wien 2015).

Vogl, Mathias. Die jüngere Entwicklung im Bereich des Asyl- und Fremdenrechts. In: Fassmann, Heinz. 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht 2001-2006 (Wien 2007) 19-40.

Volf, Patrik-Paul. Der politische Flüchtling als Symbol der Zweiten Republik. Zur Asyl- und Flüchtlingspolitik in Österreich seit 1945. In: Zeitgeschichte 11-12, 22. Jahrgang (Wien 1995) 415-436.

Wandruszka, Adam. Geschichte einer Zeitung. Das Schicksal der „PRESSE“ und der „NEUEN FREIEN PRESSE“ von 1848 zur zweiten Republik (Wien 1958).

Wehling, Elisabeth. Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht (Köln 2016).

Weigl, Andreas. Migration und Integration. Eine widersprüchliche Geschichte. Kulturabteilung der Stadt Wien, Hubert Christian Ehalt (Hg.). (Österreich Zweite Republik. Befund Kritik, Perspektive Bd 20 Innsbruck 2009).

Wien Geschichte Wiki. Die Presse. online unter https://www.wien.gv.at/wiki/index.php/Die_Presse abgerufen am 26.04.2018.

Wodak, Ruth. Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse (Wien Hamburg 2016).

Wyss, Samuel. *Flüchtlinge* oder Flüchtende? Sprache ist Politik (Interview mit der Sprachwissenschaftlerin Elisabeth Wehling vom 25. Februar 2016, SRF Schweizer Radio und Fernsehen) online unter <http://www.srf.ch/news/international/fluechtlinge-oder-fluechtende-sprache-ist-politik> abgerufen am 05.03.2018.

Zierer, Brigitta. Politische *Flüchtlinge* in österreichischen Printmedien (Abhandlungen zu Flüchtlingsfragen Bd 23 Wien 1998).

Zierer, Brigitta. Willkommene Ungarn *Flüchtlinge* 1956? In: Heiss, Gernot. Rahtkolb, Oliver (Hg.). Asylland wider Willen. *Flüchtlinge* in Österreich im europäischen Kontext seit 1914. (Weinzierl, Erika. Mattl, Siegfried. Rathkolb, Oliver (Hg.). Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Geschichte und Gesellschaft Bd 25 Wien 1995) 157-171.

Zuser, Peter. Die Konstruktion der Ausländerfrage in Österreich. Eine Analyse des öffentlichen Diskurses 1990 (Institut für Höhere Studien, Wien; Reihe Politikwissenschaft 35, 1996).

9.4. Quellenverzeichnis

Statistik Austria, Bundesanstalt Statistik Österreich. Asyl. online unter http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/waendierungen/asyl/index.html abgerufen am 05.03.2018.

Statistik Austria, BMI Asylstatistik. Grafik Anträge seit 1947 (unveröffentlicht).

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Mitschrift der Sommerpressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel Thema: Aktuelle Themen der Innen- und Außenpolitik online unter <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/-Mitschrift/Pressekonferenzen/2015/08/2015-08-31-pk-merkel.html> abgerufen am 03.05.2018.

BAMF, ‚Verfahrensregelung zur Aussetzung des Dublinverfahrens für syrische Staatsangehörige‘, Az. 411 - 93605/Syrien/2015, 21 August 2015 online unter http://www.asylumineurope.org/sites/default/files/resources/bamf_instructions_on_syrian_dublin_cases_august_2015.pdf abgerufen am 03.05.2018.

Artikel (analysiert und zum Teil zitiert)

Datum	Überschrift	Autor	Seite
1956	Ungarischer Volksaufstand	23.10.1956-23.11.1956 bearbeitet	
25.10.1956	Budapest von Panzern zerniert		2
25.10.1956	Stärkste Anteilnahme der Wiener		2
28.10.1956	Helft der Freiheit!		1
28.10.1956	An der Grenze: nirgends mehr ein Sowjetstern		2
28.10.1956	"Was weiß man von unserem Kampf im Westen?"		3
28.10.1956	Die <i>Flüchtlinge</i> bleiben nicht in Kärnten		6
28.10.1956	Blut und Medikamente für die Verwundeten		7
30.10.1956	"Wir kämpfen für Euch!"		1
30.10.1956	Mit dem Hilfstransport in Ödenbutg		4
30.10.1956	Im Bürgertheater: Umschlagplatz der Nächstenliebe		5
30.10.1956	Ungarnhilfe bisher aus 30 Staaten		5
30.10.1956	Verbände und Organisationen spenden		5
31.10.1956	Spendenflut für Ungarn kaum mehr zu bewältigen		5
31.10.1956	Gewaltige Summen für Ungarnhilfe		5
01.11.1956	Gilt Asylrecht auch für Kommunisten?		4
03.11.1956	Mehr als tausend <i>Flüchtlinge</i> aus Ungarn		5
03.11.1956	Der Spendenstrom reißt nicht ab		5
06.11.1956	Ein Strom der Verzweiflung an der Grenze		5
06.11.1956	Etwa 10.000 in Auffanglagern		5
08.11.1956	"Ächtet die Henker der Freiheit Ungarns!"		4
08.11.1956	Hilfssendungen aus aller Welt		4
09.11.1956	Flüchtlingshochschule im Salzkammergut		3
09.11.1956	Die Grenze bleibt für das Rote Kreuz gesperrt		3
10.11.1956	500 <i>Flüchtlinge</i> schon in der Schweiz		5
11.11.1956	Klingenbach: Halt auch für das Rote Kreuz!		9
13.11.1956	Neuer Rotkreuz-Konvoi nach Budapest unterwegs		5
14.11.1956	Österreichs große Sorge - die <i>Flüchtlinge</i>		1
15.11.1956	Schon 25.000 <i>Flüchtlinge</i> in Österreich		5
16.11.1956	Rasche Hilfe - aber wie?		1
16.11.1956	Flüchtlingszustrom kaum mehr zu bewältien		4
16.11.1956	Bis Donnerstag fast 27.000 <i>Flüchtlinge</i>		4
17.11.1956	Explosionen jenseits der ungarischen Grenze		4
18.11.1956	Schon 32.000 <i>Flüchtlinge</i>		7
20.11.1956	Montag abend: Mehr las 34.000 <i>Flüchtlinge</i>		4
21.11.1956	Ungarn- <i>Flüchtlinge</i> und Österreich im Unterhaus		2
21.11.1956	<i>Flüchtlinge</i> kosteten bisher 30 Millionen Schilling		5
22.11.1956	Katastrophensituation in den Flüchtlingslagern		4
23.11.1956	Fast 60.000 <i>Flüchtlinge</i> in Österreich		3
23.11.1956	Österreich appelliert an die Welt		3
24.11.1956	Helft! Helft! Helft!		1
24.11.1956	Bis Freitag abend: 65.000 Ungarn <i>Flüchtlinge</i>		3
1968	Prager Frühling	21.08.1968-21.22.09.1968 bearbeitet	

Datum	Überschrift	Autor	Seite
22.08.1968	Sonderministerrat in Wien		1
24.08.1968	Eine <i>Welle</i> der Hilfsbereitschaft für Touristen		6
26.08.1968	Es fehlt an Geld, Quartier, Bezin		10
28.08.1968	Stadthalle als Touristenquartier		10
29.08.1968	Die Stadthalle wurde tschechische Enklave		5
29.08.1968	Zuwenig Benzin für CS-Touristen		10
30.08.1968	CS-Touristen in schwieriger Lage		5
31.08.1968	15.000 CS-Touristen in Oesterreich erwartet		14
02.09.1968	10.000 CS-Touristen sind heimgekehrt		10
04.09.1968	Lager für CS-Touristen leeren sich		10
05.09.1968	CS-Touristen vom Reisefieber erfaßt		10
06.09.1968	Konferen über CS Touristen		5
06.09.1968	Lange Ferien für CS-Touristenkinder		12
07.09.1968	Hundert CS- <i>Flüchtlinge</i> täglich		12
09.09.1968	"Keine Bürger zweiter Klasse"		5
10.09.1968	Salven auf tschechische <i>Flüchtlinge</i>		10
13.09.1968	Noch 1400 CSSR-Bürger in Wien		5
14.09.1968	"Nie wieder Sowjetpanzer sehen!"		12
20.09.1968	Die Spezialisten aus der CSSR sind umworben		10
1981 Solidarnosc Bewegung		13.12.1981-13.01.1982 bearbeitet	
15.12.1981	Die neue <i>Flüchtlingsswelle</i> rollt mit alten Meldezetteln	Stefan Schöffl	12
16.12.1981	Von 114 Polen wurden 33 an der Grenze abgewiesen		8
18.12.1981	Immer weniger kommen über Niederösterreich		8
18.12.1981	"Es ist unmöglich, herauszukommen" Ein Pole, der es dennoch schaffte	Stefan Schöffl	8
18.12.1981	53 Millionen für <i>Flüchtlinge</i>		8
18.12.1981	"So still war es in diesem Lager noch nie"	Marianne Enigl	8
19.12.1981	<i>Flüchtlinge</i> - verstehen und unterstützen		14
21.12.1981	"Erstmals gibt's wieder Fleisch."		10
22.12.1981	Fischer: Aus Solidarität oder Caritas Helfen		1
22.12.1981	Bereits Millionenspenden für Polenhilfe - Doch vorerst fehlen Lebensmitteltransporter		12
23.12.1981	Nationalkomitee für Polenhilfe bittet um Spenden		1
23.12.1981	Nationalkomitee über Parteigrenzen - Fast soll Polenhilfe koordinieren		10
24.12.1981	Polenilfe "ein Strahl der Hoffnung" - Österreich wird zu Drehscheibe		14
24.12.1981	Wenn das Asyl an der Bürokratie scheitert	Stephan Schöffl	14
28.12.1981	"Nicht jeder kann mit einem Visum rechnen" Warum Polen an Grenzen abgewiesen werden	Marianne Enigl, Stefan Schöffl	10
29.12.1981	Asyl auf österreichische	Peter Martos	1
30.12.1981	Kritik an Kreiskys Flüchtlingspolitik		1
02.01.1982	<i>Flüchtlinge</i> : USA weiter zurückhaltend - Österreich soll "Wartesaal" bleiben		1
11.01.1982	Lokalausweis in der Polenberatungsstelle der Caritas	Helga Maria Wolf	10
13.01.1982	Polen <i>Flüchtlinge</i> : Kritik an Planungs- und andern Mängeln		4
13.01.1982	Nicht einmal ein Drittel der Polen <i>Flüchtlinge</i> ausgewandert.		8
1990	Umsturz in Rumänien	01.11.1989 – 07./08.04.1990 bearbeitet	

Datum	Überschrift	Autor	Seite
02.03.1990	Kaisersteinbruch steigt auf die Barrikaden		17
07.09.1990	Revolte gegen <i>Flüchtlinge</i>		1
07.03.1990	Der Sturm von Kaisersteinbruch		2
07.03.1990	Straßenblockade gegen geplantes Flüchtlingslager		20
08.03.1990	Nach weiteren Straßenblockaden Visa für Rumänen?		1
08.03.1990	Novelle zum Fremdenrecht: Die Grenze im Flugzeug	Benedikt Kommenda	4
09.03.1990	Stempel-Erlass Löschnaks		2
09.03.1990	Kaisersteinbruch droht mit weiteren Blockaden		4
10.03.1990	Flüchtlingsstrom erhitzt die Gemüter		1
10.03.1990	Die das Elend wählen	Thomas Chorherr	1
10.03.1990	Kaisersteinbruchs erste Erfolge bei "Herbergssuche"		18
12.03.1990	Zurück wollen sie um keinen Preis	Maren Kister Hetzendorf	3
12.03.1990	Flüchtlingsproblem weiter im Zentrum der Innenpolitik		5
13.03.1990	Ab Donnerstag: Visumpflicht für Rumänen		1
13.03.1990	Asylanten-Problem beschäftigt morgen das Parlament		5
13.03.1990	Unterkünfte für 500 <i>Flüchtlinge</i> ist gesichert		20
14.03.1990	Ausländerproblem eskaliert "Grenzen im Prinzip offen"		5
14.03.1990	Hunder Rumänen im Marsch auf Wien		16
15.03.1990	Tausende Rumänen stürmten Österreich		1
15.03.1990	Flucht vor dem Flüchtlingsproblem	Hanna Kordik	1
15.03.1990	Tausende Rumänen flohen vor dem Visumzwang		16
16.03.1990	Österreichs Mission in Bukarest belagert		1
16.03.1990	Nix Valuta, nix Austria	Peter Zehrer, Michael Lokmeyer	3
16.03.1990	Ausländerstrom aus Osteuropa und Flüchtlingslager bleiben Hauptthema der Innenpolitik: "Österreich kann die Auswanderungswelle nicht alleine tragen"		5
16.03.1990	<i>Flüchtlinge</i> : Jetzt schießt sich VP auf Löschnak ein		5
16.03.1990	Noch immer 164 Rumänen in Nickelsdorf	Michael Lohmeyer, Gerald Reischl	5
17.03.1990	Die <i>Flüchtlingswelle</i> schafft nun auch bilaterale Probleme mit Ungarn: Auch Rumänien verhängt Visumpflicht	Maren Köster-Hetzendorf	1
17.03.1990	Eine falsche Zahl		2
17.03.1990	Flüchtlingspolitik als Zankapfel		5
19.03.1990	<i>Flüchtlingswelle</i> : Druck auf West-Österreich wächst		5
21.03.1990	<i>Flüchtlinge</i> halten Regierung weiter auf Trab		5
22.03.1990	"Flüchtlings-Gipfel"		1
22.03.1990	Löschnak will Ausländerpolitik ändern		5
23.03.1990	<i>Flüchtlinge</i> : Geppert gegen Löschnak		5
23.03.1990	Wenig Glück bei der Herbergssuche	Stefan Schäffl	18
24.03.1990	Visumpflicht auch für Polen?		2
27.03.1990	Abtenau weht sich gegen <i>Flüchtlinge</i>		17
27.03.1990	Der "Polizeiminister" stellte sich dem Publikum - Experte für verstärkten Ausländer-Zuzug		15
02.04.1990	Mehr als tausend Unterschriften gegen Rumänen		5
02.04.1990	"Import von Kriminalität"	Walter Kohl	5
02.04.1990	Landeshauptleute beraten Flüchtlingsproblem		5

Datum	Überschrift	Autor	Seite
1991/1992	Unabhängigkeit Kroatien/Slowenien	01.12.1991-31.01.1992 bearbeitet	
31.12.1991	Jugoslawen horten große Schillingbeträge		1
02.01.1992	Dritte Welt auf der Flucht		1
02.01.1992	Afrika „Kann das Gejammer nicht mehr hören“	Peter Krotky	4
02.01.1991	UN-Flüchtlingshochkommissariat - Auf der Suche nach dauerhaften Lösungen		4
02.01.1992	1991 brachte Rekord an Asylwerbern		18
04.01.1992	Niederösterreich		18
11.01.1991	Kein Essen für <i>Flüchtlinge</i> ?		20
13.01.1992	Wien hilft auch Kroaten		2
20.01.1992	Kritik am Asylgesetz	Walter Kohl	5
1992	Bürgerkrieg Bosnien-Herzegowina	01.04.1992-01.05.1992 bearbeitet	
01.04.1992	"Mein Anliegen ist ein faires Verfahren"	Karl Ettinger	3
11.04.1992	Aus Angst vor Pogromen Massenflucht aus Bosnien		2
13.04.1992	Neuer Anlauf für Frieden in Bosnien - Doch der Flüchtlingsstrom schwillt an		1
14.04.1992	Neue Facette der Kämpfe in Bosnien-Herzegowina		1
17.04.1992	Vance: "Keine Lösung für Bosnien aus Gewehrläufen"		3
29.04.1992	Tee aus Heu, Turnmatten als Betten	Maren Köster-Hetzendorf	6
1999	Kosovo Konflikt	24.03.1999-24.04.1999 bearbeitet	
12.04.1999	<i>Flüchtlinge</i> aufgegriffen		11
13.04.1999	Die ersten <i>Flüchtlinge</i> werden für Donnerstag in Wien erwartet		11
13.04.1999	"Sollen sich wohlfühlen"		11
13.04.1999	Bereits 89 Millionen für "Nachbar in Not"		11
16.04.1999	<i>Flüchtlinge</i> angekommen		1
16.04.1999	Ein Flugzeug voller <i>Flüchtlinge</i> und ein Innenminister an der Gangway		18
20.04.1999	Flüchtlingshilfe im Kosovo: UNO gegen Schussel-Vorstoß		1
20.04.1999	Große Hilfsbereitschaft der Wiener - Heute kommt zweiter Flüchtlings-Jet		11
21.04.1999	Schreckliche Zustände in Mazedoniens Lager		12
21.04.1999	"So etas kann man sich nicht ausdenken"		12
21.04.1999	Hilfe für Kosovo-Frauen		12
21.04.1999	Spenden statt Glücksspiel		12
21.04.1999	Lager für Kosovo-Soldaten		12
21.04.1999	Kosovo- <i>Flüchtlinge</i>		12
22.04.1999	"Mir sind die Tränen gekommen beim Anblick der <i>Flüchtlinge</i> "		3
23.04.1999	Asyl für Kosovo-Albaner? "Jeder kann den Antrag stellen"		16
2015	Öffnung der Grenzen in Österreich	05.09.2015-05.10.2015 bearbeitet	
05.09.2015	<i>Flüchtlinge</i> dürfen nach Österreich	Peter Bognar, Erich Kocina	1
05.09.2015	Flüchtlingsbeauftragte "Traumata nicht in der Klasse bewältigen"	Bernadette Bayrhammer	2
05.09.2015	Schulbeginn für Flüchtlingskinder	Julia Neuhauser	3
05.09.2015	Leitl: Junge <i>Flüchtlinge</i> in die Lehre		3
05.09.2015	Juncker: 160.000 <i>Flüchtlinge</i> auf EU-Länder verteilen		4
05.09.2015	Integration von 30.000? "Schaffen wir!"	Rainer Nowak	4
05.09.2015	Fluchthelfer als Schlepper angehalten		5

Datum	Überschrift	Autor	Seite
05.09.2015	71 Tote in LKW: Bereits in Ungarn erstickt		5
05.09.2015	Grüne: Botschaften öffnen		5
06.09.2015	Der kurze Sommer der Anarchie	Christian Ultsch	1
06.09.2015	Der Tag, an dem die Grenze (kurz) verschwand	Erich Kocina, Christine Imlinger, Claudia Lagler	4
06.09.2015	"Die illegalen Migranten tun, was sie wollen"		5
06.09.2015	Faymann: EU-Lösung oder Friedensnobelpreis abgeben	Bernadete Bayrhammer	6
07.09.2015	Offene Grenze wird wieder dicht		1
07.09.2015	"Ein Vorbild für ganz Europa"	Köksal Baltaci, Christine Imlinger, Bernadette Bayrhammer, Martin Stuhlpfarrer	2
08.09.2015	Im Osten der Türkei braut sich die nächste Katastrophe zusammen	Wieland Schneider	2
08.09.2015	Komissar lobt Lager Trainkirchen		2
08.09.2015	Flughafenareal: Containerdorf für 400 <i>Flüchtlinge</i>		2
08.09.2015	Neue Zahlen: Nächste <i>Flüchtlingswelle</i> rollt an		3
09.09.2015	Kardinal macht Druck auf Pfarrer	Dietmar Neuwirth	1
09.09.2015	Höhere Budgetkosten durch <i>Flüchtlinge</i>		3
10.09.2015	Schwierige Integration von <i>Flüchtlingen</i> auf dem Jobmark	Christian Höller	5
10.09.2015	Flüchtlingspulk auf Bundesstraße bei Nickelsdorf		5
11.09.2015	Warum sie nach Europa wollen	Julia Raabe	1
11.09.2015	Die <i>Flüchtlingswelle</i> reißt nicht ab	Christine Imlinger, Jürgen Streihammer	2
11.09.2015	Mit Geisterpässen nach Europa	Marlies Kastenhöfer	4
12.09.2015	Europa an seinen Grenzen	Nicole Stern, Wolfgang Böhm	1
12.09.2015	"Eine Notsituation": Für <i>Flüchtlinge</i> voerst 75 Millionen Euro extra		2
12.09.2015	Flüchtlingsquartier Stadthalle		2
12.09.2015	"Ungarn war das Schlimmste"	Jürgen Streihammer	4
12.09.2015	Drama auf A4: Expertise belegt Erstickungstod		4
12.09.2015	"Kriegen wir Geld zurück, wenn wir ersaufen?"	Martin Gehlen	5
13.09.2015	Die freiwilligen Helfer vom Hauptbahnhof	Erich Kocina	4
13.09.2015	Wie ein kleiner Ort lernte, mit <i>Flüchtlingen</i> umzugehen	Karim El-Gawhary	8
14.09.2015	Deutschland macht die Grenzen dicht	Rainer Nowak, Julia Raabe	1
14.09.2015	Deutschland gibt uns unsere Verantwortung zurück	Oliver Pink	2
14.09.2015	Mehrer tausend <i>Flüchtlinge</i> sitzen in Österreich fest		2
14.09.2015	Serbien schimpft: "Schande, Orbán!"	Thomas Roser	3
15.09.2015	Noch 200.000 auf der Balkanroute		1
15.09.2015	Der Zug der <i>Flüchtlinge</i> und die Politik der Symbole	Dietmar Neuwirth	2
15.09.2015	Aus Ungarn Lagern an die Grenze	Anna Thalhammer	2
15.09.2015	Der Salzburger Hauptbahnhof als vorläufige Endstation	Claudia Lagler	2
15.09.2015	Eine Grenzerfahrung für die Bundesregierung	Phillipp Aichinger	3
15.09.2015	Wie viele Notbetten schafft das Land?	Andreas Wetz	6
15.09.2015	Deutsch lernen: "Helfe mit mit Händen und Füßen"	Julia Neuhauser	6
16.09.2015	"Haben Grenze nicht zugemacht"	Nicole Stern	1
16.09.2015	Die ÖBB sorgen sich um den Betrieb ihrer Bahnhöfe	Andreas Wetz	2
16.09.2015	<i>Flüchtlingswelle</i> ebbt etwas ab	Anna Thalhammer	3

Datum	Überschrift	Autor	Seite
16.09.2015	ORF hilft in "historischer Situation"		4
16.09.2015	Quartiernot: Nur 400 Kasernenplätze	Iris Bonavida, Karl Ettinger	4
16.09.2015	"Das Boot ist noch nicht voll"	Mirjam Marits, Martin Fritzl	5
17.09.2015	"Da ist eine Schlacht im Gange"		1
17.09.2015	Ungarn baut Zaun zu Kroatien	Christian Ultsch	1
17.09.2015	Grenzkontrollen starteten im Burgenland	Andreas Wetz	4
17.09.2015	Die Ruhe vor dem Ansturm im Süden	Claudia Lagler, Mirjam Marits, Anna Thalhammer	4
17.09.2015	Kammer gegen Taxler	Anna Thalhammer	4
18.09.2015	Wie viele Bad News verträgt die österreichische Gastfreundschaft?	Andreas Wetz	4
19.09.2015	Die Flucht entscheidet die Wahl		1
19.09.2015	Historische Rekorde bei Asylanträgen	Andreas Wetz, Manfred Seeh	4
19.09.2015	Faymann fordert fünf Milliarden Euro Hilfe für Flüchtlingslager		4
19.09.2015	Mitterlehner ist nun für die Festung Europa		5
19.09.2015	Bayern-Kritik: Wien missachtet EU-Recht		5
19.09.2015	"Wir wünschen eine gute Reise!"	Jürgen Streihammer	7
20.09.2015	Wer wird sind, und was wir ollen	Ulrike Weiser	1
20.09.2015	Asylmisere: Das gütige und das strenge Antlitz der Koalition	Karl Ettinger	6
21.09.2015	Assistenzeinsatz - wer zahlt, ist noch offen	Iris Bonavida	4
21.09.2015	Schwierige Notversorgung: Österreichs Helfer brauchen Hilfe	Andreas Wetz	5
22.09.2015	Asyl auf Zeit soll zur Regel werden	Iris Bonavida, Karl Ettinger, Philipp Aichinger	1
22.09.2015	Die ÖVP besetzt die "Festung Europa"	Oliver Pink	2
22.09.2015	"Klare Botschaft an Auswanderer und Wähler"		2
22.09.2015	<i>Flüchtlinge</i> : College geplant		4
23.09.2015	Kommt "Höchstzahl" an <i>Flüchtlingen</i>	Martin Fritzl	4
23.09.2015	„Nicht zu viele Busse auf einmal an die Grenze“	Iris Bonavida	5
24.09.2015	Asylpolitik: EU will Risse kitten	Michael Laczynski	1
24.09.2015	Asylpolitik: Straches "Respekt für Orbán"	Philipp Aichinger	4
24.09.2015	Bei Asylsuche überstrapaziert? Nicht in Mitterlehner Heimat	Karl Ettinger	4
25.09.2015	Geld und Grenzschutz: Europas Antwort auf die <i>Flüchtlingskrise</i>	Michael Laczynski	2
25.09.2015	"Und so unrecht hat Viktor Orbán ja nicht"	Oliver Pink	3
25.09.2015	"Gefahr für öffentliche Sicherheit"	Andreas Wetz	3
26.09.2015	Wahl im Sog des Flüchtlingsstroms	Karl Ettinger	1
26.09.2015	Und natürlich gibt es eine Obergrenze	Rainer Nowak	2
26.09.2015	Orbán zu Faymann: Österreich will gar nichts."	Christian Ultsch, Jürgen Streihammer	6
26.09.2015	Flüchtlingsstrom: "Ungarns Zaun hat nichts gebracht"		7
26.09.2015	Anwälte für Zuwanderung: "Öffnen wir Arme und Herzen"		7
27.09.2015	Wer sind die Syrer, die zu uns kommen=	Wieland Schneider, Martin Gehlen	4
27.09.2015	Arbeit als Schlüssel zur Integration	Christian Höller	17
28.09.2015	Flüchtlingsrückstau in Salzburg		7
29.09.2015	Merkel macht Druck auf Wien	Christian Ultsch, Eva Winroither, Rainer Nowak	1
30.09.2015	Die verdängten <i>Flüchtlinge</i>	Eva Winroither	1

Datum	Überschrift	Autor	Seite
30.09.2015	Auch ohne Asylkrise wäre nicht alles eitel Wonne	Jakob Zirm	2
30.09.2015	Österreich muss sich auf neue Flüchtlingsroute einstellen		3
30.09.2015	"Geld allein wird die Probleme nicht lösen"	Julia Raabe	6
30.09.2015	Asyl und Wahlen: Der Zusammenhang	Martin Stuhlpfarrer, Köksal Baltaci, Andreas Wetz	11
01.10.2015	Asylkosten sind höher als angenommen	Christian Höller	2
01.10.2015	Heuer 1150 Abschiebungen in die Heimatländer	Karl Ettinger, Eva Winroither Iris Bonavida	3
01.10.2015	"Es ist ein bewältigbares Problem"	Gerhard Hofer	4
02.10.2015	Chronologie der Ratlosigkeit	Iris Bonavida	4
03.10.2015	Österreich: Durchgriffsrecht wird angewandt		12
03.10.2015	Flcüthlinge: Drei Fälle von Ruhr		12
03.10.2015	Geld für <i>Flüchtlinge</i> : Österreichs Budget "deutlich überzogen"		13
04.10.2015	Europa muss lernen, Härte zu zeigen	Christian Ultsch	1
04.10.2015	Der lange Marsch der jungen Männer	Karin Kneissl	6
04.10.2015	Familiennachzug für <i>Flüchtlinge</i> erschwert	Martin Fritzl	8
04.10.2015	Ein Aktionstag für <i>Flüchtlinge</i>	Christine Imlinger, Friederike Leibl	9
05.10.2015	Wien trägt zwei Drittel der Last	Eva Winroither	1
05.10.2015	Campino: "Dürfen nicht an dieser Flüchtlingsfrage zerbrechen"	Friederike Leibl	18

10. ANHANG

Statistik Austria, BMI Asylstatistik. Anträge seit 1947 (unveröffentlicht).

JAHR	INSGESAMT	JAHR	INSGESAMT
1955	1.941	1987	11.406
1956	170.679	1988	15.790
1957	58.585	1989	21.882
1958	3.599	1990	22.789
1959	3.439	1991	27.306
1960	5.178	1992	16.238
1961	4.116	1993	4.744
1962	3.458	1994	5.082
1963	3.435	1995	5.900
1964	3.611	1996	7.000
1965	4.247	1997	6.700
1966	3.805	1998	13.805
1967	3.919	1999	20.129
1968	7.362	2000	18.284
1969	9.831	2001	30.127
1970	3.085	2002	39.354
1971	2.075	2003	32.359
1972	1.838	2004	24.634
1973	1.576	2005	22.461
1974	1.712	2006	13.349
1975	1.502	2007	11.921
1976	1.818	2008	12.841
1977	2.566	2009	15.821
1978	3.412	2010	11.012
1979	5.627	2011	14.416
1980	9.259	2012	17.413
1981	34.557	2013	17.503
1982	6.314	2014	28.064
1983	5.868	2015	88.340
1984	7.208	2016	42.285
1985	6.724	2017	24.296
1986	8.639		

ABSTRACT

Die vorliegende Arbeit behandelt die diskursanalytische Aufbereitung der Darstellung sogenannter „Flüchtlingswellen“ in der österreichischen Tageszeitung „Die Presse“ seit 1956.

Methodisch orientiert sich die Arbeit an der „historischen Diskursanalyse“ nach Landwehr. Es wurden insgesamt 206 Artikel zu acht kolportierten „Flüchtlingswellen“ analysiert. Die untersuchten „Wellen“ waren: Ungarischer Volksaufstand (1956), Prager Frühling (1968), Solidarnosc Bewegung (1981), Umsturz in Rumänien (1989), Unabhängigkeit Kroatiens & Sloweniens (1991/1992), Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina (1992), Kosovo Konflikt (1999) sowie die Öffnung der Grenzen (2015). Der Untersuchungszeitraum erstreckte sich über 30 Tage nach dem Auftreten jener Phänomene, die zu den „Wellen“ geführt haben sollen. Eingebettet wurde diese Analyse in den historischen, medialen und institutionellen Kontext der zu untersuchenden Artikel.

Die Ergebnisse der Analyse unterstützen die These, dass zwischen den 1950er Jahren bis in die 1980er Jahre hinein die Darstellung der flüchtenden Personen überwiegend positiv besetzt war und es mit dem Fall des Eisernen Vorhangs sowie dem zunehmenden Wandel Österreichs von einem Transitland für flüchtende Personen hin zu einem Zielland für Asylsuchende, zu einer Zäsur in der Darstellung der flüchtenden Personen in den Medien und wohl auch der österreichischen Bevölkerung kam. Ab den 1990er Jahren werden flüchtende Personen zunehmend negativer dargestellt. Der Fokus der Berichterstattung liegt hier vermehrt auf „Krisen“ oder „Problemen“ und nicht mehr (wie dies bei früheren „Wellen“ der Fall war) auf der Darstellung der Hilfsbereitschaft der österreichischen Bevölkerung.

Allen „Wellen“ gemein ist ein starker Fokus der Berichterstattung auf die Unterbringung und die Frage der Finanzierung der Versorgung der ankommenden Personen sowie eine häufige Nutzung natürlicher Metaphern wie bspw. „Ströme“, „Fluten“ oder „Wellen“ in Zusammenhang mit der Beschreibung der Menge jener flüchtenden Personen.

Es zeigt sich, dass die betreffenden „Wellen“ von der Anzahl und weiters der damit verbundenen Berichterstattung kaum vergleichbar sind und daher anzunehmen ist, dass einige jener Zeiträume im Nachhinein lediglich zu „Wellen“ hochstilisiert wurden, um das Bild Österreichs als „Flüchtlingsland“ stützen zu können.